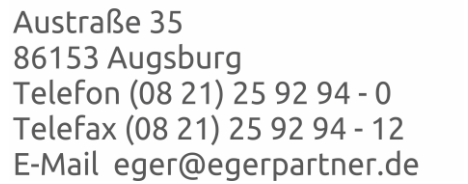


# Volumenoptimierung der Deponie Ravensburg Gutenfurt

## UVP-Bericht

Aufgestellt: 30. Oktober 2020

<b><u>Auftraggeber:</u></b> <b>Landkreis Ravensburg</b> Friedenstraße 6 88212 Ravensburg  .....	<b><u>Auftragnehmer:</u></b> <b>Eger &amp; Partner</b> Landschaftsarchitekten Austraße 35 86153 Augsburg   ..... Dipl.-Ing. (FH) Georg Dinger -Landschaftsarchitekt-
--	---



Emanuel Karl, M. Sc. Umweltplanung und Ingenieurökologie

[illegible]

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>5</b>
1.1	Antragsteller .....	5
1.2	Anlass und Zielsetzung .....	5
1.3	Rechtliche Grundlagen.....	6
1.4	Beschreibung des Vorhabens und seiner wesentlichen Wirkungen.....	7
1.4.1	<i>Beschreibung des Vorhabens.....</i>	<i>7</i>
1.4.2	<i>Relevante Projektwirkungen .....</i>	<i>10</i>
1.5	Darstellung des Untersuchungsrahmens .....	11
1.5.1	<i>Räumliche und inhaltliche Abgrenzung des Untersuchungsraumes .....</i>	<i>11</i>
1.5.2	<i>Untersuchungsinhalte, methodisches Vorgehen .....</i>	<i>14</i>
<b>2</b>	<b>BESCHREIBUNG DER UMWELT UND IHRER BESTANDTEILE IM EINWIRKUNGSBEREICH DES VORHABENS .....</b>	<b>15</b>
2.1	Kurzbeschreibung des Untersuchungsraumes .....	15
2.2	Ermittlung und Beschreibung der Schutzgüter .....	18
2.2.1	<i>Schutzgut Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit .....</i>	<i>18</i>
2.2.2	<i>Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt .....</i>	<i>21</i>
2.2.3	<i>Schutzgut Boden .....</i>	<i>26</i>
2.2.4	<i>Schutzgut Wasser.....</i>	<i>28</i>
2.2.5	<i>Schutzgut Klima und Luft.....</i>	<i>32</i>
2.2.6	<i>Schutzgut Orts- bzw. Landschaftsbild.....</i>	<i>34</i>
2.2.7	<i>Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter.....</i>	<i>36</i>
2.2.8	<i>Schutzgut Fläche.....</i>	<i>38</i>
2.2.9	<i>Wechselwirkungen.....</i>	<i>40</i>
2.2.10	<i>Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Beschreibung der Umwelt und ihrer Bestandteile aufgetreten sind .....</i>	<i>42</i>
2.3	Identifizieren von Bereichen besonderer umweltbezogener Wertigkeit / Bedeutung (Raumwiderstand) .....	42
2.3.1	<i>Vorgehensweise .....</i>	<i>42</i>
2.3.2	<i>Beschreibung der Bereiche mit besonderer umweltbezogener Bedeutung .....</i>	<i>46</i>
<b>3</b>	<b>ÜBERSICHT ÜBER DIE WICHTIGSTEN VOM TRÄGER DES VORHABENS ZU PRÜFENDE LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN .....</b>	<b>47</b>
<b>4</b>	<b>BESCHREIBUNG DER MAßNAHMEN, MIT DENEN ERHEBLICHE NACHTEILIGE UMWELTAUSWIRKUNGEN VERMIEDEN UND VERMINDERT WERDEN KÖNNEN .....</b>	<b>48</b>
<b>5</b>	<b>ERMITTLUNG, BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER ZU ERWARTENDEN ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN .....</b>	<b>49</b>
5.1	Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit .....	49
5.2	Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt .....	50
5.3	Boden .....	52
5.4	Wasser .....	53
5.5	Klima und Luft .....	54
5.6	Orts- bzw. Landschaftsbild .....	54
5.7	Kulturgüter und sonstige Sachgüter.....	55
5.8	Fläche.....	55
5.9	Wechselwirkungen .....	56

5.10	Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Prognose der Umweltauswirkungen aufgetreten sind.....	57
<b>6</b>	<b>ERGEBNISSE DER VERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG(EN) NACH § 34 BNATSCHG SOWIE DER ARTENSCHUTZRECHTLICHEN BETRACHTUNG.....</b>	<b>58</b>
6.1	FFH-Verträglichkeit .....	58
6.2	Beachtung des Artenschutzes .....	58
<b>7</b>	<b>MÖGLICHKEITEN DER KOMPENSATION ERHEBLICHER UMWELTAUSWIRKUNGEN</b>	<b>62</b>
<b>8</b>	<b>VERGLEICH DER ALTERNATIVEN (FAKULTATIV WENN ALTERNATIVEN GEPRÜFT WERDEN) .....</b>	<b>63</b>
<b>9</b>	<b>ZUSAMMENFASSUNG .....</b>	<b>66</b>
<b>10</b>	<b>LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS .....</b>	<b>70</b>
10.1	Gesetze und Richtlinien .....	70
10.2	Literatur / Quellen.....	71
10.3	Gutachten.....	72

## **ANLAGEN**

Anlage Nr. 1:	Schutzgut Mensch, einschl. menschlicher Gesundheit	(M 1:5.000)
Anlage Nr. 2:	Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	(M 1:5.000)
Anlage Nr. 3:	Schutzgut Boden	(M 1:5.000)
Anlage Nr. 4:	Schutzgut Wasser	(M 1:5.000)
Anlage Nr. 5:	Schutzgut Orts-/Landschaftsbild	(M 1:5.000)
Anlage Nr. 6:	Schutzgut Kultur- und Sachgüter	(M 1:5.000)
Anlage Nr. 7:	Raumwiderstandskarte	(M 1:5.000)

# **1 EINLEITUNG**

## **1.1 Antragsteller**

### **Landkreis Ravensburg**

Friedenstraße 6

D-88212 Ravensburg

## **1.2 Anlass und Zielsetzung**

Träger des Entsorgungszentrums Gutenfurt ist der Landkreis Ravensburg. Pächter des Geländes und Betreiber der Anlage ist, seit 01.01.2005, die Ravensburger Entsorgungs-Anlagen GmbH (REAG). Der aktuelle Deponiebetrieb erfolgt auf der Grundlage des Plangenehmigungsbescheids des Regierungspräsidiums Tübingen (RPT) vom 13.12.2004. Auf der Deponie Gutenfurt werden sämtliche DK I- und DK II-Abfälle des Landkreises Ravensburg entsorgt.

Die Deponie Gutenfurt ist bereits weitgehend verfüllt. Auf der Basis der Restvolumenberechnung aus dem Jahr 2019 ergibt sich ein aktuelles Restvolumen zum 01.01.2020 von 36.600 m<sup>3</sup>. In Verbindung mit dem im September 2020 im Rahmen einer Anzeige beantragten zusätzlichen Ablagerungsvolumen von 10.000 m<sup>3</sup> ist bei Zugrundelegung des voraussichtlichen Abfallanfalls ca. Mitte 2022 mit der vollständigen Verfüllung der Deponie zu rechnen.

Um die Laufzeit der Anlage zu verlängern, soll die Deponieform so verändert werden, dass auf gleicher Grundfläche ein größeres Ablagerungsvolumen entsteht. Dies soll insbesondere durch steilere Böschungen (im Wesentlichen im aktuellen Einbaubereich) und dem Entfall von Bermen erreicht werden. Weiterhin ist im Hochpunktbereich eine geringe Überhöhung der Deponie vorgesehen.

Die Volumenoptimierung der Deponie Gutenfurt bietet aufgrund des bereits weit fortgeschrittenen Verfüllzustands im DK I und DK II-Bereich die Möglichkeit, den Standort zu sichern und weiterhin Deponieraum vorzuhalten. Zudem wird, bedingt durch die Mantelverordnung eine Zunahme der DK I-Mengen erwartet. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass die Entsorgungssicherheit für z.B. DK I-Abfälle in Baden-Württemberg nur noch knapp gegeben ist.

Das Optimierungsvorhaben entspricht auch den Planungen des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, welches die Schaffung von zusätzlichem Deponievolumen empfiehlt. (AU CONSULT 2020)

Um die Entsorgungssicherheit für Abfälle der Deponieklasse DK I und DK II mittel- bis langfristig sicherstellen zu können, plant der Landkreis Ravensburg die Erweiterung der Deponie Gutenfurt.

### 1.3 Rechtliche Grundlagen

In Deutschland ist die Umweltverträglichkeitsstudie durch das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S.2513) geändert worden ist, geregelt. Vorhaben, für welche eine Umweltverträglichkeitsstudie durchzuführen ist, sind in Anlage 1 zum UVPG aufgelistet.

Gemäß § 6 UVPG und § 7 Abs. 3 UVPG in Verbindung mit Anlage 1 Nr. 12.2.1 besteht für die Errichtung und Betrieb einer Deponie zur Ablagerung von Abfällen im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, mit einer Aufnahmekapazität von 10 t oder mehr je Tag oder mit einer Gesamtkapazität von 25.000 t oder mehr eine UVP-Pflicht. Für das Erweiterungsvorhaben zur gegenständlichen Deponie wurde daher die UVP-Pflicht festgestellt. Darüber hinaus beinhaltet die gegenständliche Umweltverträglichkeitsprüfung auch die forstrechtlichen Belange gemäß Anlage 1 Nr. 17.2.3 UVPG.

Gemäß § 23 Landesabfallgesetz (LAbfG) ist als Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde das Regierungspräsidium Tübingen als höhere Abfallrechtsbehörde (Referat 54.2 Industrie/Kommunen Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft) zuständig.

Im Hinblick auf eine wirksame Umweltvorsorge und der Ermittlung der Auswirkungen auf die Umwelt muss der zuständigen Behörde ein Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht) vorgelegt werden. Zur Festlegung des Untersuchungsumfanges wurde am 16.01.2020 ein Scoping-Termin gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 UVPG durchgeführt. In diesem sind der Untersuchungsraum, die Inhalte und der Untersuchungsumfang festgelegt.

§ 16 UVPG legt die Angaben des UVP-Berichtes fest. Dazu zählen eine umfassende Beschreibung des Vorhabens und dessen Merkmale, die Beschreibung der Umwelt und ihrer Bestandteile im Einwirkungsbereich sowie die Ermittlung der unmittelbaren und mittelbaren Umweltauswirkungen des Vorhabens. Geplante Maßnahmen zur Verminderung, zu Ausgleich und Ersatz sowie Alternativen werden beschrieben, geprüft und begründet.

Zur Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen wird auf vorhandene Datengrundlagen zurückgegriffen. Des Weiteren wurden gesonderte Fachgutachten zur faunistischen Bestandssituation (für die Tiergruppen Avifauna, Amphibien und Reptilien) erhoben. Geländekartierungen zu Biotop- und Nutzungstypen und Planentwürfe der technischen Deponieplanung stellen weitere Grundlagen dar. Die dem vorliegenden UVP-Bericht zugrunde liegenden Grundlagen und Angaben werden im beiliegenden Quellenverzeichnis aufgeführt.

## 1.4 Beschreibung des Vorhabens und seiner wesentlichen Wirkungen

Auf der Deponie Gutenfurt werden sämtliche DK I- und DK II-Abfälle des Landkreises Ravensburg entsorgt. Aufgrund der fortgeschrittenen Verfüllung weist die Deponie zum Stand Ende 2019 lediglich noch ein Restvolumen von ca. 36.600 m<sup>3</sup> auf. In Verbindung mit dem im September 2020 im Rahmen einer Anzeige beantragten zusätzlichen Ablagerungsvolumen von 10.000 m<sup>3</sup> ist bei Zugrundelegung des voraussichtlichen Abfallanfalls ca. Mitte 2022 mit der vollständigen Verfüllung der Deponie zu rechnen.

Zur mittelfristigen Sicherstellung der Entsorgungssicherheit für DK I- und DK II-Abfälle im Landkreis Ravensburg beabsichtigt der Landkreis das Ablagerungsvolumen am Standort Gutenfurt zu erhöhen. Die Volumenoptimierung soll primär durch die Verteilung von Böschungen, den Entfall von Bermen und die maßvolle Überhöhung der Deponie erreicht werden.

Die Volumenoptimierung der Deponie Gutenfurt bietet aufgrund des bereits weit fortgeschrittenen Verfüllzustands im DK I und DK II-Bereich die Möglichkeit, den Standort zu sichern und weiterhin Deponieraum vorzuhalten. Zudem wird, bedingt durch die Mantelverordnung eine Zunahme der DK I-Mengen erwartet. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass die Entsorgungssicherheit für z.B. DK I-Abfälle in Baden-Württemberg nur noch knapp gegeben ist.

Das Optimierungsvorhaben entspricht auch den Planungen des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, welches die Schaffung von zusätzlichem Deponievolumen empfiehlt. (AU CONSULT 2020)

### 1.4.1 Beschreibung des Vorhabens

Das Vorhabensgebiet befindet sich ca. 3 km südwestlich der Stadt Ravensburg, im Areal des Entsorgungszentrums Gutenfurt. Die Vorhabensfläche entspricht der Fläche des Deponiekörpers. Die Deponie befindet sich aktuell noch in der Nutzung.

#### Beschreibung des Standorts

Die Erweiterung der Deponie Gutenfurt soll auf der Flurnummer 332/15, Gem. Eschach, erfolgen. Auf diesem Flurstück befindet sich die Deponie Gutenfurt mit dem dazugehörigen Deponiekörper. Auf der Deponie erfolgt aktuell der reguläre Betrieb, die Deponie ist jedoch weitgehend verfüllt.

Der östliche Teil des Deponiekörpers (Gutenfurt I) wurde von 1975 bis 2005 als Deponie für Haus- und Gewerbeabfälle betrieben. Ab dem 01.06.2005 wurden dort nur noch Inertstoffe und Schlacken abgelagert. Die Deponie Gutenfurt I ist mit einer temporären Abdeckung aus einer 0,5 m starken Boden- und Humusschicht versehen. Die Deponie Gutenfurt II bildet die Westflanke der Deponie und besteht aus den Abschnitten A I/II und AIII/IV. Auf den Flächen AI/AII wurden seit 1984 Haus-, Gewerbe- und sonstige hausmüllähnlichen Abfälle und später auch inerte Abfälle abgelagert, bevor im Jahr 2005 die Erweiterung in Form von zwei neuen DK II-Abschnitten erfolgte (AIII/IV). Diese Abschnitte wurden zu den vorhandenen Ablagerungsbereichen Gutenfurt I und AI/AII mit einer DK II-Zwischenabdichtung abgedichtet. Diejenigen Bereiche der aktuell betriebenen Deponie, welche momentan nicht für den Einbau von Deponat genutzt werden, sind mit Folien temporär abgedichtet. Die Bestandsböschungen weisen ein Gefälle von ca. 1:3 – 1:5 auf. Die Herstellung von Bermen wurde entgegen der Plangenehmigung von 2004 überwiegend noch nicht realisiert. (AU CONSULT 2020)

Um den Deponiekörper verläuft eine asphaltierte Ringstraße, hinter der ein Zaun das Deponiegelände begrenzt. Im weiteren Umfeld ist das Deponiegelände von Laubmischwald in verschiedenen Feuchtestufen umgeben.

#### Beschreibung der Merkmale des Vorhabens

Die technische Planung ist im allgemeinen Erläuterungsbericht zur Volumenoptimierung der Deponie Gutenfurt mit einer detaillierten Beschreibung des Vorhabens, des Deponiebetriebes sowie der Nachsorgephase beschrieben. Nachfolgend wird auf diese Daten zusammenfassend zurückgegriffen.

Flächengröße des Vorhabens, gesamt: ca. 18 ha, davon entfallen ca. 8,0 ha auf die Deponie Gutenfurt I und ca. 6,6 ha auf die Deponie Gutenfurt II (Bestand),  
Betriebswege und Zufahrten auf dem Deponiegelände: ca. 1,5 ha (Bestand),  
umlaufender Betriebszaun 2.250 lfm (Bestand),  
Regenüberlaufbecken: ca. 250 m<sup>3</sup> Fassungsvermögen

#### Merkmale der Betriebsphase des Vorhabens (gem. AU CONSULT)

Die **aktive Betriebsphase** gestaltet sich wie folgt:

Die Verfüllung erfolgt ausschließlich mit mineralischen Abfällen, die die Zuordnungswerte für DK I bzw. DK II (DepV, Anhang 3, Tab. 2, Spalte 6 und 7) einhalten. Die Betriebsphase ist durch folgende Kennwerte gekennzeichnet:

- Maximale jährliche Ablagerungsmenge:  
bis einschl. 2020: ca. 32.000 t/Jahr  
ab 2021: ca. 22.000 t/Jahr
- Durchschnittliche Einbaudichte: ca. 1,5 t/m<sup>3</sup>
- Maximales Ablagerungsvolumen:  
bis einschl. 2020: ca. 21.300 m<sup>3</sup>  
ab 2021: ca. 14.700 m<sup>3</sup>
- Verfüllvolumen durch Volumenoptimierung: ca. 130.000 m<sup>3</sup>
- Verfüllzeitraum durch Volumenoptimierung: ca. 9 Jahre
- Durchschnittliche Ladung pro LKW: ca. 20 t
- Maximale Anzahl LKW pro Jahr: ca. 1.600 LKW
- Arbeitstage: 250
- Durchschnittliche Anzahl LKW pro Tag: ca. 10
- Anzahl LKW pro Tag in Zeiten hoher Frequentierung: ca. 25
- Durchschnittliche Anzahl der Kleinanlieferer pro Tag: ca. 20
- Maximale Anzahl der Kleinanlieferer pro Tag: ca. 50

Die Volumenoptimierung der Deponie Gutenfurt führt auf der Basis der oben dargestellten Annahmen zu einem Ablagerungsvolumen von etwa 130.000 m<sup>3</sup> und einem Verfüllzeitraum von etwa 9 Jahren.

Die Zufahrt zum Betriebsbereich erfolgt unverändert über die Deponiezufahrt und die bestehenden Betriebsstraßen. Die visuelle Beeinträchtigung der Anlieger bleibt unverändert. Das betriebsbedingte Verkehrsaufkommen liegt in vergleichbarer Größenordnung wie in den Vorjahren.

Eine gesonderte Erschließung der Deponie ist nicht erforderlich, da die Erweiterungsfläche sowie die Bestandsdeponie über die bereits bestehenden öffentlichen Straßenverkehrswege (B 30) und den Straßen des Betriebsgeländes angebunden sind. Die Anlieferung erfolgt mit dem LKW und Kipper, der Einbau wird mit Planierraupen und Baggern durchgeführt.

Im Ablagerungsbereich der Deponie sind keine Betriebsgebäude und auch keine Lagerung von Betriebsmitteln vorgesehen. Dies besteht bereits auf dem vorgelagerten Betriebsgelände.

Die **Nachsorgephase** gestaltet sich wie folgt:

Die Funktion der Kontrolleinrichtungen der Gesamtdeponie muss bis zum Ende der Nachsorgephase aufrechterhalten werden. Dies wird durch Kontroll-, Wartungs- und erforderlichenfalls Sanierungsmaßnahmen sichergestellt.

#### Grund-, Oberflächen- und Sickerwasser



Die Deponie befindet sich in keinem Wasserschutzgebiet. Im Umfeld erfolgt keine Nutzung für die öffentliche Wasserversorgung. Die Grundwasserfließrichtung ist zu den nächstgelegenen Gewässern im Nordwesten und Süden (Schussen und Schwarzach) gerichtet. Der Grundwasserspiegel liegt bei etwa 423 ü. NN. Es sind insgesamt sieben Grundwassermessstellen vorhanden. Die Qualität des Grundwassers in der Umgebung der Deponie ist nach aktuellen Untersuchungen im Vergleich zu den Vorjahren im Wesentlichen unverändert. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass die Funktionstüchtigkeit des Deponieabdichtungssystems gegeben ist. Hinweise auf Leckagen sind nicht vorhanden.

Das Niederschlagswasser der Deponie und der dazugehörigen Verkehrsflächen wird über ringsum angeordnete Randgräben aufgefangen und in insgesamt zwei Zwischenspeicherbecken (Westen und Südosten) und ein Regenüberlaufbecken (Norden) geleitet. Der gesamte nördliche Bereich der Deponie entwässert in das Regenüberlaufbecken. Der erste Spülstoß wird zur Kläranlage abgeleitet. Anschließend erfolgt eine Entlastung in die Vorflut (Schussen). Der südliche Bereich der Deponie entwässert zum einen in das Zwischenspeicherbecken im Westen, zum anderen in das südöstlich gelegene Zwischenspeicherbecken. Von dort wird das Niederschlagswasser jeweils in die Vorflut geleitet.

Das Sickerwassersammelsystem besteht aus einer Ringleitung um die gesamte Deponie sowie im Bereich Gutenfurt I aus zwei Hauptsammeldrängen, die beiden in einen Horizontalschacht münden, von welchem das Sickerwasser zu einem Sickerwasserspeicherbecken (Kompostplatzbecken) geführt wird. Das Sickerwasser muss nicht behandelt werden und wird direkt zur Kläranlage Langwiese abgeleitet. Im Abschnitt AI und AII wird über Dränageleitungen in die im Randbereich befindliche Ringleitung entwässert und von dort in ein Sickerwasserspeicherbecken abgeleitet. Nach einer Vorbehandlung wird es zur Kläranlage Langwiese geführt. Die Abschnitte AIII und AIV entwässern, mit Ausnahme der über die Ringleitung erfassten Sickerwässer, seit 1992 in einen Horizontalschacht. Durch die verlängerte Betriebszeit ergibt sich ein verlängerter Sickerwasseranfall. Der jährliche Sickerwasseranfall bleibt im Vergleich zu früheren Jahren unverändert.

### Emissionen

Durch den Deponiebetrieb mit Anlieferung und dem Abfalleinbau kommt es zu Lärm-, Geruchs- und Staubemissionen.

Staubemissionen: Grundsätzlich entstehen Staubemissionen mit unterschiedlicher Quellenstärke. Luftverunreinigende Umweltwirkungen entstehen im Wesentlichen bei der Materialverfüllung, durch Abwehungen und dem Fahrverkehr im Deponiegelände beim Einbau. Bei der Anlieferung des Materials, vor allem auf unbefestigten Fahrwegen, entstehen ebenfalls Staubemissionen. Zur Minderung werden Fahr- und Abladeflächen regelmäßig bewässert. Sämtliche Zufahrtswege sind asphaltiert. Die geringen zur erwartenden Staubimmissionen aus der Deponatanlieferung und dem Deponateinbau bleiben aufgrund gleichbleibender Anliefermengen gegenüber den Immissionen aus dem aktuellen Betrieb unverändert.

Lärmemissionen: Das Geräuschaufkommen der geplanten Deponie setzt sich aus Schallabstrahlungen durch Baumaschinen (Planierdraupe beim Verteilen und Verdichten) und durch das Abkippen des Verfüllmaterials sowie durch den Lieferverkehr (Anlieferung des Verfüllmaterials mit Muldenkipper) zusammen. Die Schallemissionen aus der Deponatanlieferung und dem Deponateinbau bleiben gegenüber den Schallemissionen aus dem aktuellen Betrieb unverändert.

Geruchsemissionen: Die zur Verfüllung genehmigten Stoffe sind weitestgehend geruchslos. Geruchsbelastungen die ein umwelterhebliches Maß überschreiten sind somit nicht zu erwarten. Auf eine ergänzende Untersuchung hierzu kann verzichtet werden.

## 1.4.2 Relevante Projektwirkungen

Das Vorhaben verursacht bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen. Hieraus resultieren Vermeidungs-, Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen. Es gilt zu beachten, dass es sich bei den Wirkfaktoren stets um Veränderungen zum aktuell genehmigten Zustand handelt. Dieser ist durch den Plangenehmigungsbescheid des Regierungspräsidiums Tübingen (RPT) vom 13.12.2004 definiert.

### Baubedingte Wirkfaktoren:

- baubedingtes Verkehrsaufkommen
- baubedingte Schallimmissionen
- stoffliche Immissionen (Stäube, Betriebsstoffe, u. Ä.)
- visuelle Reize
- Beeinträchtigungen und ggf. Verlust von Lebensräumen von Flora und Fauna durch temporäre Inanspruchnahme von Lebensräumen sowie Vergrämungswirkungen durch den Bau (Deponiefläche)

### Anlagebedingte Wirkfaktoren:

- visuelle Auswirkungen durch die Erhöhung des Deponiekörpers gegenüber dem genehmigten Zustand
- Auswirkungen bzw. Nutzungseinschränkung aufgrund von Folgenutzungsbestimmungen (evtl. Gehölze auf der Deponie)
- Oberflächenentwässerung/Sickerwasser
- Temporäre Überprägung eines mit Gehölzen bestandenen Areals
- Ggf. Beeinträchtigung von faunistischen Lebensräumen durch den ergänzenden Deponiekörper (Mauereidechse)

### Betriebsbedingte Wirkfaktoren (aktiver Deponiebetrieb):

- betriebsbedingtes Verkehrsaufkommen
- betriebsbedingte Schallimmissionen
- Entstehung von Sickerwässern
- stoffliche Emissionen (Stäube, Betriebsstoffe, u.a.)
- visuelle Reize durch Fahrzeugbewegungen
- verlängerte Laufzeit des aktiven Deponiebetriebs

### Betriebsbedingte Wirkfaktoren (Nachsorgephase):

- Sickerwasserableitung
- Schadstoffbelastungen für das Grundwasser
- Rekultivierungseinschränkungen aufgrund der Oberflächenabdichtung der Deponie

Für den vorhabengegenständlichen Erweiterungsbereich entstehen mehrheitlich dieselben Wirkfaktoren wie beim aktuellen Betrieb der Deponie.

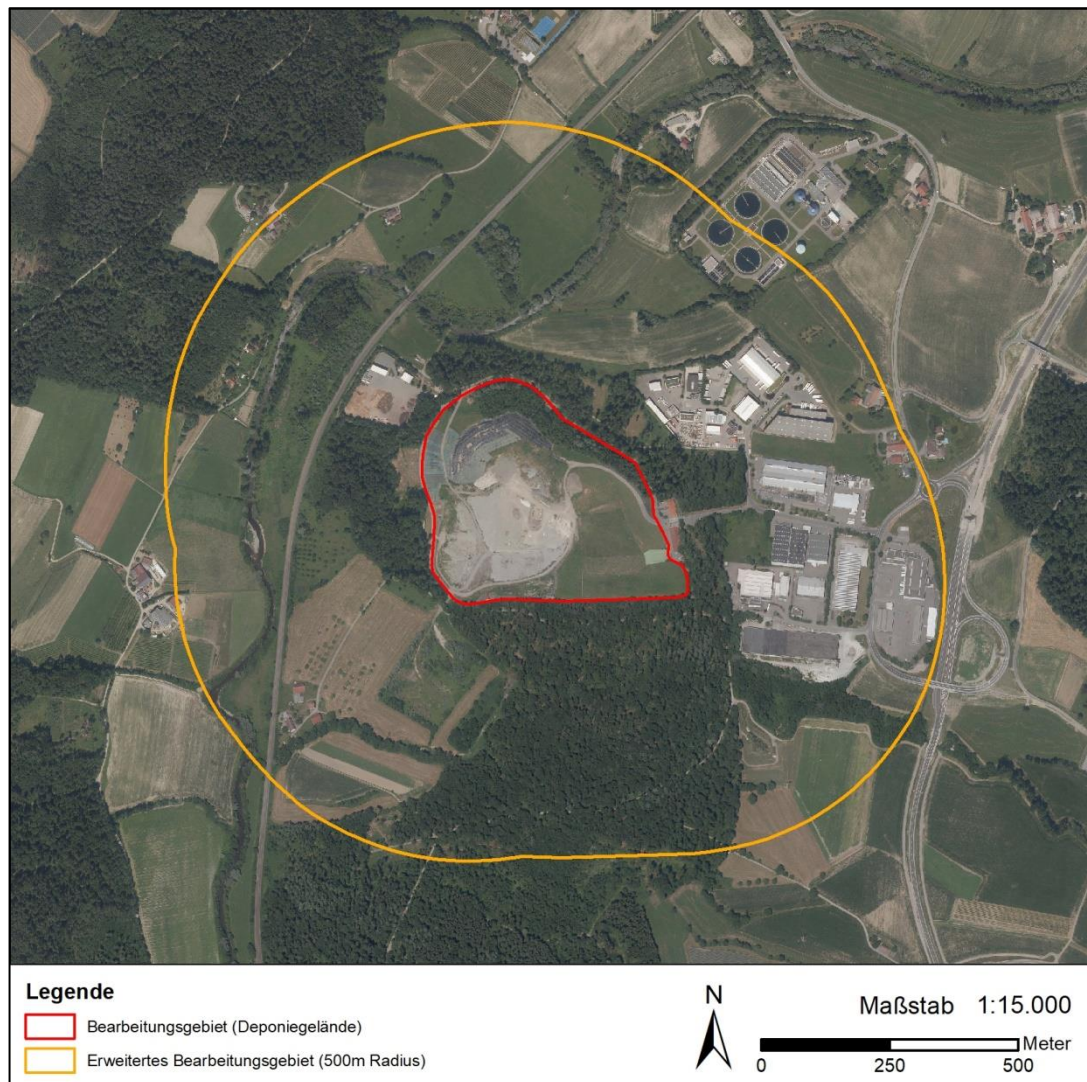
Nachdem es sich bei dem Vorhaben um die Überhöhung einer bereits genehmigten Deponie handelt, ist nach Ansicht des Antragstellers der genehmigte Endzustand als Beurteilungsbasis für die potentiell entstehenden Eingriffe heranzuziehen. Umweltauswirkungen sind dementsprechend nur dann als vorhabensrelevant anzusehen, wenn sie vom genehmigten Sachstand abweichen. Das betrifft sowohl bau-, betriebs- als auch anlagebedingte Wirkungen. Hinsichtlich des Artenschutzes ist die faunistisch und floristisch aktuelle Situation zu bewerten. Diese Ansicht wurde von der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen der Antragskonferenz vom 16.01.2020 sowie einer juristischen Abklärung am 03.06.2020 durch die höhere Naturschutzbehörde bestätigt.

In diesem Zusammenhang sind die grau hinterlegten Wirkfaktoren im Rahmen der Eingriffsregelung nicht wirksam und werden daher nicht weiter berücksichtigt.

## 1.5 Darstellung des Untersuchungsrahmens

### 1.5.1 Räumliche und inhaltliche Abgrenzung des Untersuchungsraumes

Aufgrund des räumlich stark begrenzten Wirkungspotentials des geplanten Vorhabens erfolgte keine gesonderte vorgelagerte Planungsraumanalyse. Die Festlegung des Untersuchungsgebietes erfolgte auf der Grundlage von vorhandenen und bekannten Daten. Einbezogen wurden die Daten zu fachlichen Ausweisungen, zu Schutzgebieten und Festsetzungen. Unter Berücksichtigung der relevanten Wirkfaktoren des Projektes und der Umgebung ergab sich ein projektspezifischer Untersuchungsraum, der im Scoping-Termin festgelegt wurde.



(Quelle: Eger & Partner, 05/2020)

Im Festlegungsprotokoll zum Scoping-Termin vom 16.01.2020 wurde der Umgriff für das Untersuchungsgebiet mit einer Fläche von ca. 173 ha vorgesehen. Dieser beinhaltet das Deponiegelände, die sich anschließenden Land und Forstwirtschaftsflächen sowie das östlich gelegene Gewerbegebiet.

Der Untersuchungsraum liegt im Regierungsbezirk Tübingen im Landkreis Ravensburg, innerhalb der Gemeinde Ravensburg.

Der Untersuchungsraum umfasst neben der Vorhabenfläche das Betriebsgelände und dessen umgrenzende Flächen. Prägend ist die landwirtschaftliche Nutzung der weiteren Umgebung.

Im Umgriff um die Vorhabenfläche bestehen Biotop der Offenland- und der Waldbiotopkartierung, Biotopverbundsflächen, ein FFH-Gebiet sowie Naturdenkmale und ein Landschaftsschutzgebiet. Darüber hinaus liegen Überschwemmungsgebiete und Überflutungsflächen gemäß Hochwassergefahrenkartierung vor.

Für das Vorhabengebiet liegen keine Wasserschutz- oder Quellenschutzgebiete vor. Auch Bannwald und Schonwaldflächen existieren im weiteren Umgriff nicht. Naturschutzgebiete, Naturparks, Nationalparks, Biosphärengebiete, Moore nach BK50, Moore nach Moorkarte Baden-Württembergs, Gebiete mit Europadiplom, Ramsar-Gebiete, FFH-Mähwiesen und SPA-Gebiet liegen ebenfalls nicht vor.

Im Umgriff des Vorhabengebietes befinden sich keine archäologischen Bereiche mit nationaler Bedeutung.

#### Übergeordnete Ausweisungen:

Der Regionalplan Bodensee-Oberschwaben liegt in der rechtsgültigen Fassung vom 04.04.1996 vor. In der Raumnutzungskarte ist der Deponiekörper als Regionaler Grünzug ausgewiesen. Im Weiteren Umgriff des Vorhabensgebietes sind zudem mehrere großflächige Ausschlussgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen. Sowohl im Nordwesten als auch im Süden und im Osten der Deponie befinden sich Waldflächen, die als Vorranggebiet für Forstwirtschaft und Waldfunktionen ausgewiesen sind. Im Süden befindet sich zudem ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft. Darüber hinaus ist die Schussen und ihre Auenbereiche als Überschwemmungsgebiet gemäß § 79 WG gekennzeichnet.

Aufgrund der Betroffenheit sind die Regelungen zu den Regionalen Grünzügen besonders relevant. Diese finden sich im Regionalplan unter Punkt 3.2.2:

#### **3.2.2 Regionale Grünzüge**

Z Regionale Grünzüge sind von Bebauung frei zu halten. Hiervon ausgenommen sind standortgebundene Vorhaben der Land- und Forstwirtschaft, der Rohstoffgewinnung sowie Einrichtungen der Erholung, sofern diese mit den Grundsätzen der regionalen Grünzüge und Grünzäsuren (Kap. 3.2.1) vereinbar sind.

Standortgebundene Einrichtungen der Infrastruktur, die nicht in der Raumnutzungskarte enthalten sind nur dann zulässig, wenn mit Planungsalternativen die Notwendigkeit der Inanspruchnahme nachgewiesen ist. Die Funktionsfähigkeit der regionalen Grünzüge ist in jedem Fall zu gewährleisten, der Landschaftsverbrauch möglichst gering zu halten.

Die Deponie Ravensburg – Gutenfurt ist in der Raumnutzungskarte des Regionalplans 1996 nachrichtlich übernommen und in der Tabelle 4.16 des Regionalplans ausgeführt. Bei dem gegenständlichen Vorhaben handelt es sich um eine rein vertikale Volumenerweiterung der bestehenden Deponie in Gutenfurt. Ein Landschaftsverbrauch findet nicht statt. Als Element der Abfallentsorgungseinrichtung handelt es sich um eine standortgebundene Anlage der technischen Infrastruktur, deren Alternativlosigkeit im allgemeinen Erläuterungsbericht dargelegt ist. Eine Beeinträchtigung der Ziele der Regionalplanung (hier: Regionale Grünzüge) wird durch das Vorhaben nicht ausgelöst.

Der Regionalplan befindet sich derzeit in Überarbeitung. Eine Entwurfsfassung vom 25.06.2021 liegt vor. Diese wurde aktuell durch den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben als Satzung beschlossen. In dieser Fassung sind die Waldgebiete um die Deponie teilweise als Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege gekennzeichnet. Die Deponie selbst wird als Vorrangbereich für Regionale Grünzüge definiert. Diese sind im Regionalplan unter Punkt 3.1.1 beschrieben:

### **3.1.1 Regionale Grünzüge**

- Z (1) Gem. den in PS 3.1.0 genannten allgemeinen Zielen sind im Regionalplan Regionale Grünzüge als Vorranggebiete festgelegt und in der Raumnutzungskarte dargestellt.
- Z (2) Die Regionalen Grünzüge sind von Bebauung freizuhalten. Darüber hinaus sind außerhalb der im Regionalplan für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe festgelegten Gebiete Veränderungen der Geländeoberfläche durch Abgrabung oder Aufschüttung ausgeschlossen.
- Z (3) Unter der Voraussetzung, dass außerhalb der Grünzüge keine zumutbaren Planungsalternativen bestehen, die Schutzziele nach PS 3.1.0 nicht beeinträchtigt werden und keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen, sind in den Regionalen Grünzügen ausnahmsweise zulässig:
- Standortgebundene bauliche Anlagen der Land- und Forstwirtschaft,
  - Standortgebundene bauliche Anlagen der technischen Infrastruktur,
  - Die Erneuerung beziehungsweise die kleinräumige Erweiterung vorhandener Campingplätze oder Wohnmobilstellplätze sowie die Errichtung neuer Wohnmobilstellplätze mit untergeordneter baulicher Ausprägung,
  - Andere freiraumbezogene Anlagen für Erholung, Freizeit und Sport mit untergeordneter baulicher Ausprägung,
  - Aufschüttungen und Abgrabungen, soweit sie der Wiederherstellung der ursprünglichen Geländeform, den besonderen Erfordernissen des Hochwasserschutzes oder der Erweiterung bestehender Deponien dienen,
  - Die Errichtung baulicher Anlagen der Abfallbehandlung innerhalb von Entsorgungseinrichtungen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft, soweit diese im Sinne einer an der Kreislaufwirtschaft orientierenden Abfallwirtschaft erforderlich sind.

Die Deponie Gutenfurt ist in der Raumnutzungskarte sowie im Textteil der derzeit vorliegenden Entwurfsfassung des Regionalplans nicht aufgeführt. Im Rahmen des Scoping-Termins am 16.01.2020 wird die Deponie als Zwischenstadium zwischen dem ehemals vorhandenen Wald und dem zu rekultivierenden Wald betrachtet.

Das gegenständlichen Vorhaben zur vertikalen Volumenerweiterung der bestehenden Deponie Gutenfurt entspricht aufgrund der Eigenschaft als standortgebundene bauliche Anlage der technischen Infrastruktur sowie der expliziten Ausnahmeregelung für Aufschüttungen zur Erweiterung bestehender Deponien den Zielen zu den Regionalen Grünzügen bzw. erfüllt den Tatbestand der ausnahmsweisen Vereinbarkeit mit den Zielen des Regionalplans. Die Alternativlosigkeit des Vorhabens ist im allgemeinen Erläuterungsbericht dargelegt. Darüber hinaus bestehen keine Beeinträchtigungen Schutzziele nach PS 3.1.0 sowie keine weiteren entgegenstehenden Festlegungen des Regionalplans.

#### Darstellung in kommunalen Planungen:

Gemäß Flächennutzungsplan (FNP) 'Mittleres Schussental' (Stand 21.04.2018) handelt es sich sowohl bei dem Deponiegelände selbst, als auch bei großen Teilen der Freifläche im Südwesten des Geländes um eine Ver- bzw. Entsorgungseinrichtung. Die bewaldete Fläche um die Deponie ist als Fläche für Land- und Forstwirtschaft definiert. Genauer als wald- und landschaftsprägende Gehölzarten. Im weiteren Umfeld befinden sich hauptsächlich Landwirtschaftsflächen. Im Osten der Deponie ist auch das Gewerbegebiet als gewerbliche Baufläche vermerkt. Zwischen den jeweiligen Flächennutzungstypen befinden sich meist schmale, als Grünflächen bezeichnete Streifen. Naturschutzflächen bestehen gemäß Flächennutzungsplan überwiegend im Süden und Südwesten sowie im Norden der Deponie (Feuchtgebiet/Biotopflächen/Landschaftsschutzgebiet).

### 1.5.2 Untersuchungsinhalte, methodisches Vorgehen

Die Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß UVPG (zuletzt geändert am 12.12.2019) umfasst die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter, welche in § 2 Abs. 1 UVPG genannt sind.

#### Folgende Schutzgüter werden gemäß Scoping-Protokoll betrachtet:

- Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit
- Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt,
- Fläche, Boden, Wasser, Luft/Klima, und Landschaft
- Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sowie
- die Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern.

Die Untersuchung der Schutzgüter erfolgt in Text und Plänen. Für das Schutzgut Klima/Luft sind keine Beeinträchtigungen zu erwarten, daher erfolgt in Übereinstimmung mit den Vorgaben der Ziff. 0.5.1.1 und des Anhang 2 der UVPVwV eine verkürzte Behandlung des Schutzguts. Eine planliche Darstellung des Schutzguts Klima/Luft erfolgt aufgrund mangelnder Relevanz ebenfalls nicht. Selbiges gilt für das Schutzgut Fläche. Darüber hinaus werden die planlichen Darstellungen der einzelnen Schutzgüter kombiniert, sofern sich dies als inhaltlich sinnvoll erweist und die Lesbarkeit nicht beeinträchtigt.

Die Erstellung der Unterlagen zur Umweltverträglichkeit orientiert sich an der RUVS. Abweichungen zu den Vorgaben der RUVS ergeben sich v.a. durch die Anpassung an die aktuelle Fassung des UVPG (z.B. Einführung des Schutzgutes Fläche).

Grundlage für die Beschreibung und Bewertung der Schutzgüter bilden die Umweltgesetze (in der jeweils aktuellen Fassung) mit den darin genannten Umweltqualitätszielen, Verordnungen und gutachterlichen Festlegungen. Dazu erfolgt eine Erhebung und Auswertung der verfügbaren Sekundärdaten, eine flächendeckende Nutzungs-/Vegetationsstrukturtypenkartierung gem. dem Schlüssel zum Erfassen, Beschreiben und Bewerten von Arten, Biotope und Landschaft der LUBW in Kombination mit der Ökokontoverordnung sowie weitere beauftragte Fachgutachten.

- Hydrogeologisches Gutachten (BERGHOF • PBU UMWELTENGINEERING UND ANALYTIK GMBH 1997)
- Faunistisches Fachgutachten zu den Gruppen Vögel, Reptilien und Amphibien (HARTMANN 2020)
- Aussagen des AG zu Fahrzeugbewegungen und damit zu Lärm und Staubentwicklung

Im Ergebnis wurden auf Grundlage der vorhandenen Sachverhalte die jeweiligen Schutzgutbelange und deren Wechselwirkungen ermittelt, beschrieben und deren Schutzerfordernisse und die zu erwartenden Umweltauswirkungen vorhabenbezogen qualifiziert bzw. quantifiziert dargestellt.

## 2 BESCHREIBUNG DER UMWELT UND IHRER BESTANDTEILE IM EINWIRKUNGSBEREICH DES VORHABENS

Die Bestandserfassung und -bewertung innerhalb des UVP-Berichts dient der Ermittlung der Ausprägung der Schutzgüter im Wirkraum des Vorhabens. Dabei werden der Grad und die Schwere von möglichen Umweltauswirkungen herausgestellt, die einer Zulassung des Vorhabens entgegenstehen können. Im Ergebnis wird der Raumwiderstand abgeleitet, welcher Grundlage einer umweltschonenden Planung ist.

Bei den zu erfassenden Parametern der einzelnen Schutzgüter sind die Aspekte Entscheidungserheblichkeit, Aussagekraft und Handhabbarkeit für das Vorhaben und dessen Wirkraum entscheidend.

### 2.1 Kurzbeschreibung des Untersuchungsraumes

#### Natürliche Gegebenheiten

Das Untersuchungsgebiet wird dem Landschaftsraum Bodenseebecken zugerechnet. Der Naturraum 'Bodenseebecken' umfasst im Wesentlichen das Gebiet des Stammbeckens und des wichtigsten Zweigbeckens des Rheingletschers, die Schussenzunge. Die Beckenlandschaft umrahmt den See in wechselnder Breite und reicht bis zu einer Höhe von 500 m. Sie wird aus der mit Schottern aufgefüllten Schussenrinne, anschließenden Jungmoränenbereichen, glazial überformten Molassehöfen und gliedernden Abflussrinnen gebildet. In den niederen Teilen herrschen undurchlässige Beckentone vor, die überwiegend grünlandgenutzt werden. Auf kiesigen und sandigen Böden (z.B. im Bereich der Schussenzunge) herrscht Wald vor (z. B. der Tettnanger Wald). Die nicht zu steilen Standorte der Drumlins, die Lockerböden der Grundmoräne und die tonreichen Seeterrassen sind besser für den Ackerbau geeignet. Die Molassehöfe sind tief von Bächen durchfurcht (Tobel) und von Wald bestanden. Aufgrund der geringen Höhenlage und der ausgleichenden Wirkung der Wassermassen des Bodensees kann die Klimagunst für den Anbau von Sonderkulturen (Wein, Obst, Hopfen, Gemüse) genutzt werden. (LUBW o. D.)

Das hügelige Relief des Untersuchungsgebiets weist Höhenlagen zwischen 417 und 445 m ü. NN auf (TOPOGRAFIC MAP 2020). Die Landschaft ist geprägt durch landwirtschaftliche Grünflächennutzung die überwiegend auf Braunerden und Pseudogley-Braunerden aus Beckensedimenten stattfindet. Um das Deponiegelände gibt es großflächige Waldgebiete, weiter entfernt dann auch Waldinseln bzw. Feldgehölze. Typisch sind Laubmischwälder.

Das Vorhabengebiet weist durch die frisch/feuchten sowie z.T. sehr feuchten bis nassen Standortbedingungen nahezu flächendeckend eine Grünlandbewirtschaftung auf. Geologisch ist das Untersuchungsgebiet geprägt von den Feinsedimenten der Hasenweiler-Beckensedimente und dem Schluffton bzw. Sand der Auenlehme. Charakteristische Klimabedingungen im Untersuchungsgebiet sind warme Sommer und milde Winter mit geringen Niederschlagsmengen.

Am Rand des Untersuchungsraums verläuft im Nordwesten die Schussen. Innerhalb des Deponiegeländes befinden sich keine Fließgewässer. Die Schussen ist Teil des FFH-Gebiets 8223-311 „Schussenbecken mit Tobelwäldern südlich Blitzenreute“.



### Nutzungsstruktur

Die unmittelbare Umgebung des Untersuchungsgebiets besteht einerseits aus anthropogen geprägten Flächen wie Gewerbeflächen, weitere Ver- und Entsorgungseinrichtungen wie die Klärwerke Langwiese sowie Infrastruktureinrichtungen wie Bahn- und Gleise (zwischen Oberzell und Meckenbeuren) und die Landstraße (zwischen Oberzell und Untereschach). Des Weiteren sind sowohl im Norden als auch im Südwesten agrarwirtschaftlich genutzte Flächen vorzufinden.

Prägende Landschaftsstrukturen sind vor allem der Schussenwald, welcher die Deponie großflächig und allseitig umgibt. Weitere prägnante Landschaftselemente sind die Schussen mit den angrenzenden strukturreichen Ufern sowie diverse Hecken, Feldgehölze und Streuobstwiesen, welche wesentlich zu einer kleinteiligen Strukturierung der umliegenden landwirtschaftlich genutzten Flächen beitragen.

### Überblick über die wertbestimmenden und/oder entscheidungsrelevanten Planungsvorgaben:

#### Übergeordnete Ziele und Grundsätze der Raumordnung

Im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (Fassung vom 04.04.1996) sind für den Untersuchungsraum folgende zu berücksichtigende Ziele und Grundsätze genannt.

#### 4.3.5 Abfallentsorgung

- (G) Der Erweiterung und Optimierung bestehender Anlagen ist grundsätzlich Vorrang vor der Schaffung neuer Standorte und Anlagen einzuräumen. Dabei sind die Belange der Kapitel 2 - 4 des Regionalplanes zu berücksichtigen (Siedlungsstruktur, Freiraumstruktur und Infrastruktur).

Die Entsorgung des nach der Separierung verbleibenden Restmülls soll so erfolgen, dass Beeinträchtigungen von Mensch, Umwelt, Grundwasser, Luft und Landschaftsbild möglichst vermieden werden. In Abstimmung auf die räumlichen Gegebenheiten soll eine möglichst wirtschaftliche und umweltschonende Kombination verschiedener Verwertungs- und Entsorgungsmethoden vorgesehen werden. Die Abfallentsorgung hat dem Stand der Technik zu entsprechen. Höherwertige Abfallbehandlungsanlagen (thermische Verwertung oder biologische Restmüllbehandlung - Vergärung) und Deponien müssen sich ergänzen. Für die Abfallbehandlung und Reststoffdeponierung sind Standorte zu untersuchen.

- (V) Die Trennung nach verschiedenen Fraktionen soll weiter verbessert werden,
- dabei ist für wiederverwertbare Altstoffe sowie Sonderabfallkleinmengen das Netz der von den Landkreisen betriebenen Sammelstellen auszubauen,
  - für Gartenabfälle sollen auch dezentrale Lösungen ermöglicht werden
  - Nicht verwertbarer Restmüll, wie Mehrkomponentenstoffe, sollen in Reststoffdeponien eingelagert werden.

Klärschlämme sind auf die Möglichkeit ihrer Aufbereitung und Wiederverwertung hin zu überprüfen. Im Rahmen der Entsorgung überwachungsbedürftiger Abfälle ist für die Region zu prüfen, ob eine zentrale Sammelstelle durch das Land eingerichtet werden kann.

- (V) Die regionale Zusammenarbeit und Koordination der erforderlichen Maßnahmen sollen verbessert werden, insbesondere bei neuen Entsorgungstechnologien. Hierzu sollen landkreisübergreifende Verwertungs- und Entsorgungskonzepte angestrebt werden.
- (N) Die in der Region vorhandenen Standorte zur Behandlung von Abfällen, Recyclinganlagen und Entsorgungskonzepte sind für die drei Landkreise der Region in der Begründung tabellarisch dargestellt. Kreismülldeponien und langfristig zu



betreibende weitere Deponiestandorte, Müllumladestationen und Kläranlagen sind in der Raumnutzungskarte dargestellt.

Die gegenständliche Deponie ist im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (04.04.1996) für den Landkreis Ravensburg als Kreismülldeponie, Kompostieranlage, Altholzannahmestelle sowie als Wertstoffeffassungsanlage (Recyclinghof) „Ravensburg/Gutenfurt“ ausgewiesen.

### Übergeordnete Ziele und Grundsätze der Raumordnung

Aktuell befindet sich der Regionalplan Bodensee-Oberschwaben in der Fortschreibung, diese wurde im November 2007 beschlossen. Im aktuellen Anhörungsentwurf Regionalplan 2020 wurde die Aufnahme eines Kapitels zur Abfallwirtschaft diskutiert. Dabei hat der Planungsausschuss einstimmig beschlossen, der Verbandsversammlung, die Aufnahme eines Kapitels zur Abfallwirtschaft in den Regionalplan aufzunehmen. Der Abschnitt ist noch nicht final formuliert, es erfolgen weitere Abstimmungen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lautet das Kapitel wie folgt:

#### 4.3 Abfallwirtschaft

##### 4.3.0 Allgemeine Grundsätze zur Abfallwirtschaft

G (1) Die Abfallhierarchie nach § 6 KrWG (Kreislaufwirtschaftsgesetz) legt fünf Stufen in folgender Rangfolge für den Umgang mit Abfall fest:

1. Vermeidung,
2. Vorbereitung zur Wiederverwendung,
3. Recycling,
4. sonstige Verwertung, insb. energetische Verwertung und Verfüllung,
5. Beseitigung.

Vorrang hat dabei diejenige Option, die den Schutz von Mensch und Umwelt am besten gewährleistet. Ein wesentliches Ziel der Abfallhierarchie nach § 6 KrWG ist es, wertvolles Deponievolumen einzusparen sowie die mit der Deponierung gegebenenfalls einhergehenden negativen Umweltauswirkungen zu reduzieren.

G (2) Die Menge an anfallendem Erdaushub und Bauabfällen soll möglichst minimiert werden. Es soll frühzeitig geplant werden, wie Erdaushub und Bauabfälle vermieden, nachhaltig verwendet und verwertet werden können. Mineralische Bauabfälle sollen nach Möglichkeit einer Wiederverwendung bzw. einem Recycling zugeführt werden. Bei Erdaushub und Bauabfällen, die trotz dieser Maßnahmen entsorgt werden müssen, soll eine ortsnahe und landschaftsverträgliche Entsorgung angestrebt werden.

G (3) Soweit zusätzlicher Bedarf für Kapazitäten zur Abfallbehandlung und Abfallbeseitigung entsteht, soll nach Möglichkeit die Erweiterung, Wiedernutzung bzw. die Optimierung geeigneter bestehender oder ehemaliger Standorte sowie die technische Optimierung bestehender Anlagen angestrebt werden. Die Neuerrichtung von Deponien soll möglichst vermieden werden. Die Entsorgungsstrukturen sollen so weiterentwickelt werden, dass ein möglichst hohes Maß an Ressourcen- und Energieeffizienz erzielt und das Niveau der stofflichen und energetischen Abfallverwertung weiter optimiert wird. Bei der Erweiterung und Neuerrichtung von Deponien sowie zugehöriger baulicher Anlagen soll eine Beschränkung auf das unbedingt erforderliche Maß erfolgen. Erhebliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds, der Erholungsfunktion und der Lebensraumfunktion für Tiere und Pflanzen einschließlich des Biotopverbunds sollen vermieden werden.

## 2.2 Ermittlung und Beschreibung der Schutzgüter

Für die einzelnen Schutzgüter erfolgt die Bestandsermittlung und -beschreibung projektbezogen und auswirkungsorientiert. Auf der Grundlage der verbindlichen fachgesetzlichen und raumordnerischen Vorgaben sowie der Erhebungen im Rahmen der gutachterlichen Erfassung wird eine Bewertung durchgeführt.

### 2.2.1 Schutzgut Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit

#### Werthintergrund

Gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 des UVPG sind die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen eines Vorhabens (u. a.) auf das Schutzgut Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Das Schutzgut Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit wird abgebildet durch die Teilaspekte

- Gesundheit und Wohlbefinden
- Wohn- und Wohnumfeldfunktion
- Erholungs- und Freizeitfunktion

Für den Aspekt "Gesundheit und Wohlbefinden des Menschen" werden die Auswirkungen auf benachbarte Siedlungen / Wohnverhältnisse durch Schall- und Staubwirkungen sowie Beeinträchtigungen auf erholungsrelevante Flächen und Netzwerke bearbeitet.

#### Datengrundlagen

Die maßgebliche Datengrundlage bilden die vorbereitende und die verbindliche Bauleitplanung der vom Untersuchungsgebiet berührten Kommunen. Folgende bekannte Gebietskategorien mit rechtlichem Schutzstatus, verbindlichen Festsetzungen sowie fachlichen Kriterien wurden als projektbezogene, relevante Parameter für das Untersuchungsgebiet erhoben:

Information	Quelle	Stand
Flächennutzungsplan des Gemeindeverbands Mittleres Schussental	Stadt Ravensburg	Stand 21.04.2018
Geltungsbereich von Satzungen/Bebauungspläne	Stadt Ravensburg Stadtplanungsamt	06/2020
Waldfunktionsplan mit festgesetzter Funktion als Immissionsschutzwald sowie als Erholungswald	Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg	08/2017
Freizeitkarte 1:25.000	Geoportal Baden-Württemberg	06/2020
Geruchsimmissionen	iMA Richter & Röckle	10/2016

### Geschützte Gebietskategorien

Das Untersuchungsgebiet weist keine Wohnfunktion auf. Im FNP des Gemeindeverbands Mittleres Schussental ist das Vorhabensgebiet als Bestandsdeponie bzw. als Fläche für Ver- und Entsorgungsanlagen gem. § 5 Abs. 2 BauGB gekennzeichnet. Im weiteren Umgriff zum Vorhaben befinden sich ebenfalls keine Wohnbauflächen. Lediglich gewerbliche Bauflächen sind im Osten des Entsorgungszentrums ausgewiesen.

Die direkt umgebenden Fluren sind als Flächen für Wald- und Landschaftsprägende Gehölzarten gekennzeichnet. Darüber hinaus sind auch Flächen für die Landwirtschaft und Grünflächen in der Umgebung ausgewiesen.

### Verbindliche Festlegungen bzw. gutachterliche Erwägungen

Während des Betriebs der Deponie ist mit Emissionen (Schall, Staub) zu den Betriebszeiten zu rechnen. Emissionen können ebenfalls durch die Anfahrt des zu Deponierenden Materials über die Bundesstraße 30 entstehen.

Die nächstgelegene Ortslage mit ausgewiesenen Wohngebieten liegt in nördlicher Richtung, in ca. 800 m Entfernung. Im weiteren Umfeld der Deponie bestehen gemäß Flächennutzungsplan keine weiteren ausgewiesenen Wohnbereiche. Verbindliche Bauleitpläne existieren im näheren Umfeld der Deponie ebenfalls nicht. In der Nähe des Deponiegeländes bestehen jedoch diverse Einzelwohnbauten, die als Bebauung im Außenbereich zu charakterisieren sind. Eine Übersicht liefert folgende Tabelle:

Ort / Lage	Distanz
Weiler, südwestlich des Untersuchungsgebiets, östlich der Schussen (Gutenfurt 5 & 6)	320 m
Gehöfte, südwestlich des Untersuchungsgebiets, westlich der Schussen	500 m
Einzelgebäude im Westen des Untersuchungsgebiets, westlich der Schussen (Klößen 5 & 6)	380 m
Weiler im Nordwesten des Untersuchungsgebiets (Klößen 3, 4 und 7)	350 m
Südlicher Ortsrand von Oberzell	620 m
Landwirtschaftliche Gehöfte im Nordosten des Untersuchungsgebiets (Aich 1 & 2)	750 m
Weiler im Osten des Untersuchungsgebiets (Lachen 1-5)	450 m

Bei der Betrachtung der Erholungsbedeutung ist das Gebiet um das Deponiegelände, insbesondere für die Naherholung, nur mäßig geeignet, da es mangels geeigneter Wegstrukturen nur bedingt erlebbar ist.

Schwerpunkt der Freizeitnutzung dürften die Waldgebiete südlich der Deponie und westlich der Schussen sein. Die Schussen selbst ist nicht erreichbar. Die flussbegleitende Landstraße zwischen der Hof- und Pilgerkappelle Hungersberg und der Ortschaft Oberzell dürfte im Rahmen der Freizeitnutzung ebenfalls einer gewissen Frequentierung unterliegen. Gemäß der Freizeitkarte des Geoportals Baden-Württemberg verläuft entlang dieser Achse ein Fahrradweg. Im Waldstück weiter östlich (Hasentobel) verbindet sich der Fahrradweg mit dem Hauptwanderweg HW 23. Dieser ist gleichzeitig ein Teil des Jakobuswanderwegs. Östlich der Schussen verläuft lediglich ein kombinierter Rad- und Wanderweg in nordöstlicher Richtung durch den Schussenwald. Dieser führt durch das südliche Industriegebiet und weiter in Richtung Nordosten. Östlich der B30 teilt sich der Rad- und Wanderweg in den Radweg (Riedlinie HW 1) sowie den kombinierten Rad- und Wanderweg Hauptwanderweg HW 13). Der Bereich im Deponiegelände und in unmittelbarer Nähe dazu ist, bezogen auf die Erholungsbedeutung von untergeordneter Bedeutung. Die bestehenden Rad- und Wanderwege befinden sich weitgehend in großer Entfernung. Aufgrund

der werktäglichen Betriebszeiten sind zudem keine Beeinträchtigungen für die Feierabenderholung zu erwarten. Außerdem dienen die örtlichen Gegebenheiten (große, die Deponie umgebenden Waldflächen) als abschirmende Elemente, so dass eine Freizeitnutzung im Umfeld der Deponie keiner erheblichen Beeinträchtigung unterliegt.

Die Waldflächen im unmittelbaren Umfeld der Deponie Gutenfurt sind im Rahmen des Waldfunktionsplans als Immissionsschutzwald gemäß § 31 LWaldG i. V. m. § 12 BWaldG ausgewiesen. Darüber hinaus sind alle Waldflächen im großräumigen Umfeld der Deponie als Erholungswald gemäß § 13 Abs. 1 BWaldG i. V. m. § 33 LWaldG ausgewiesen.

Eine Geruchsbelastung geht von der Deponie Gutenfurt nicht aus, da seit dem 01.06.2005 nur noch geruchsneutrale Inertabfälle und Schlacken abgelagert werden. (AU CONSULT 2020)

### Vorbelastungen

Gemäß FNP befinden sich sowohl im Norden, Westen als auch im Süden weitere Flächen der Ver- und Entsorgungsanlagen, aber auch Altablagerungen und kontaminierte Standorte gemäß § 5 Abs. 3 BauGB. Als wesentliche Vorbelastung gilt die Kläranlage Langwiese und ein östlich davon gelegener Reiterhof, welche maßgeblich für die Geruchsimmissionen im erweiterten Untersuchungsraum verantwortlich sind. Vorwiegend bei Westlagen entstehen geruchliche Belastungen, vor allem im angrenzenden Gewerbegebiet, die nachweislich dem Klärwerk zugeordnet werden können (IMA RICHTER & RÖCKLE 2016). Von der Deponie Gutenfurt sind derartige Belastungen nicht zu erwarten, da nur noch mineralische Abfälle verbaut werden, die keine Gerüche abgeben.

Darüber hinaus gilt die bestehende Deponie selbst trotzdem als Vorbelastungselement primär im Sinne der Schallabgabe. Die Anlage verursacht punktuell verschiedene Emissionen zu den Betriebszeiten (werktags zwischen 7.30 bis 16.30).

Entsprechende Emissionen hierbei sind:

- Schallabstrahlung durch Baumaschinen
- Geräuschemissionen durch Werk- und Lieferverkehr
- Staubemissionen bei der Anlieferung und dem Einbau des Deponats, insbesondere auf unbefestigten Wegen
- Schadstoffemissionen durch die (dieselbetriebenen) Fahrzeuge
- Durch die bestehende Bundesstraße 30 bestehen ebenfalls durch die Fahrzeugbewegungen Geräusch- sowie Schadstoffemissionen durch den Verkehr mit KFZ und LKW

## 2.2.2 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

### Werthintergrund

Gemäß UVPG § 2 Abs. 1 Nr. 1 sind die Auswirkungen auf die Schutzgüter

- Tiere,
- Pflanzen und,
- die biologische Vielfalt

zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Aufgrund des engen Wirkungsgefüges zwischen den drei Schutzgütern wird deren Funktion und Ausprägung innerhalb der Lebensgemeinschaft dargestellt. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Erfassung der entscheidungserheblichen Umweltwirkungen.

Neben § 2 UVPG bilden das BNatSchG, das NatSchG, das LWaldG sowie die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie der EU den gesetzlichen Hintergrund für die Beschreibung der Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.

Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben sowie entsprechend der Bestandssituation erfolgt im Rahmen des Schutzgutes „Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt“ die Bearbeitung von

- Beeinträchtigungen von Lebensräumen,
- Neuzerschneidungen biotischer Funktionsbeziehungen,
- Auswirkungen auf (europäisch) geschützte Arten.

### Datengrundlagen

Es werden die festgesetzten Schutzgebiete und die für das Untersuchungsgebiet vorhandenen Aussagen der Fachplanungen herangezogen sowie eine gutachterliche Betrachtung des Untersuchungsgebietes, um die wertgebenden, maßgeblichen Lebensräume, Ausstattungsmerkmale und bioökologischen Funktionen zu ermitteln.

Folgende Schutzgebiete, fachliche Ausweisungen und zu erhebende Parameter aufgrund fachlicher Kriterien wurden unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelungen als projektbezogene, relevante Sachverhalte für das Vorhaben ermittelt:

Information	Quelle	Stand
Flächen i.S.v. § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG und § 30a LWaldG (Biotope)	LUBW	08/2019
Gebiete mit Schutzstatus und weitere fachliche Festsetzungen (u.a. NATURA 2000-Gebiete, Ökoflächenkataster, Biotopverbund, etc.)	LUBW	Online-Abfrage 05/2020
Sekundärdaten: Verbreitungskarten der LUBW, Fachliteratur, Zielartenkonzept (ZAK), Biotopkartierung (BK)	LUBW	o. D.
Biotop- und Nutzungsstrukturtypen gemäß Datenschlüssel des LUBW (Arten, Biotope, Landschaft); dabei Identifizierung von Verbundsystemen und Funktionsräumen zum Erhalt der biologischen Vielfalt, aber auch von Zerschneidungs- und Trennwirkungen	Eger & Partner	09/2018
Faunistische Erhebungen zu streng und besonders geschützten Arten und ihren Lebensstätten (i.S.v. §§ 42, 43 BNatSchG); hier zu planungsrelevanten Tiergruppen Vögel, Amphibien und Reptilien und Erstellung eines faunistischen Fachgutachtens durch einen Biologen	Peter Hartmann	08/2020
Ergänzende Kompensations- und Ökoflächen	STADT RAVENSBURG	01/2020

### Geschützte Gebietskategorien

Im Vorhabensbereich selbst sind keine gesetzlich geschützten Gebiete und Flächen ausgewiesen.

Im weiteren Umfeld befindet sich westlich der Deponie das Naturdenkmal 84360641928 „Streuwiese westl. Lachen“. Darüber hinaus befinden sich entlang der Schussen und ihrer Nebenflüsse etliche Biotope der Offenlandbiotopkartierung. In den Waldgebieten um die Deponie befinden sich zudem Biotope der Waldbiotopkartierung. Die Schussen und der südlich der Deponie gelegene Zufluss Schwarzach sind Teil des FFH-Gebiets 8223-311 „Schussenbecken mit Tobelwäldern südlich Blitzenreute“. Auch Flächen des feuchten und mittleren Biotopverbunds sind im Umfeld der Deponie ausgewiesen, überwiegend im Bereich der Schussen.

Im Untersuchungsgebiet existieren keine Naturschutzgebiete, Nationalparke, Biosphärenreservate, Naturparke, SPA-, Ramsar- und IBA-Gebiete.

Kompensations- bzw. Ökoflächen gemäß Kompensationsverzeichnis liegen vereinzelt in ca. 650 m Entfernung vor. Im Bereich der Schussenaue und im Gewann Bachäcker befinden sich städtische Kompensationsflächen sowie nördlich davon eine Kompensationsfläche des Landes. Diese befinden sich in ca. 100 m bis ca. 400 m Entfernung zum Vorhabensbereich.

Biotopschutzwald gemäß Waldfunktionsplan (§ 30a LWaldG i. V. m. § 12 BWaldG) existiert außerhalb des Deponiegeländes, im Vorhabensbereich jedoch nicht.

### Bereiche mit verbindlichen Festsetzungen

Die gegenständliche Deponie ist im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (04.04.1996) für den Landkreis Ravensburg als Kreismülldeponie, Kompostieranlage, Altholzannahmestelle sowie als Wertstoffeffassungsanlage (Recyclinghof) „Ravensburg/Gutenfurt“ ausgewiesen. Gleichzeitig ist das Gebiet großräumig als Regionaler Grünzug gekennzeichnet, das von Bebauung frei zu halten ist. Die Deponie Ravensburg – Gutenfurt ist in der Raumnutzungskarte des Regionalplans 1996 nachrichtlich übernommen und in der Tabelle 4.16 des Regionalplans aufgeführt. Als Element der Abfallentsorgungseinrichtung handelt es sich somit um eine standortgebundene Anlage der technischen Infrastruktur. Das Fehlen zumutbarer Alternativen ist im allgemeinen Erläuterungsbericht und der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung dargelegt. Eine Beeinträchtigung der Ziele der Regionalplanung (hier: Regionale Grünzüge) wird durch das Vorhaben nicht ausgelöst vgl. Kapitel 1.5.1.

Der Regionalplan befindet sich aktuell in der Überarbeitung. In der Fassung vom 25.06.2021 ist das Gebiet ebenfalls als Regionaler Grünzug ausgewiesen. Das gegenständlichen Vorhaben zur vertikalen Volumenerweiterung der bestehenden Deponie Gutenfurt entspricht aufgrund der Eigenschaft als standortgebundene bauliche Anlage der technischen Infrastruktur sowie der expliziten Ausnahmeregelung für Aufschüttungen zur Erweiterung bestehender Deponien den Zielen zu den Regionalen Grünzügen bzw. erfüllt den Tatbestand der ausnahmsweisen Vereinbarkeit mit den Zielen des Regionalplans vgl. Kapitel 1.5.1.

### Schutzgutausprägungen aufgrund gutachterlicher Erwägungen

Die gutachterliche Datenerhebung erfolgt auf der Grundlage des im Protokoll zum Scoping-Termin festgelegten Untersuchungsrahmens.

Die Bestandserhebungen zum speziellen Artenschutz (§ 42 BNatSchG) erfolgen gemäß den anerkannten Methodenstandards. Daneben erfolgt die Berücksichtigung des besonderen Artenschutzes durch Beibeobachtungen bei den Erhebungen und Recherche aus den Sekundärdaten.

### Biotop- und Nutzungstypen und Pflanzen

Bei der Betrachtung des Schutzgutes Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt steht die Erfassung des Untersuchungsgebietes als Lebensraum für einheimische Tier- und Pflanzenarten unter Einbeziehung der bekannten Daten im Vordergrund.

Das Untersuchungsgebiet ist durch das bestehende Entsorgungszentrum geprägt. Die östliche Zufahrt zum Gelände führt von der Bundesstraße 30 durch ein großflächig versiegeltes Gewerbegebiet. Auf dem Deponiegelände befindet sich ein verhältnismäßig kleines Areal mit Betriebsgebäude, Maschinenhalle und Umladestation. Der Großteil des Geländes wird vom Deponiekörper ausgefüllt. Dieser ist bereits weitgehend verfüllt und weist dementsprechend eine fortgeschrittene Abdeckung auf. Im Osten befindet sich der Teil 'Gutenfurt I', der von 1975 bis 2005 als Deponie für Haus- und Gewerbeabfälle betrieben wurde. Seit dem 01.06.2005 wurden dort nur noch Inertstoffe und Schlacken abgelagert. Gegenwärtig ist dieser Bereich mit einer temporären Abdeckung aus einer 0,5 m starken Boden- und Humusschicht versehen, auf der sich mittlerweile eine extensive, artenarme Wiese etabliert hat.

Die Deponie Gutenfurt II bildet die Westflanke der Deponie. Im zentralen bzw. südwestlichen Teil des Deponiekörpers findet der Betrieb statt. In diesen Bereichen sind großflächige und unbewachsene Kiesrohböden anzutreffen. Diejenigen Bereiche der aktuell betriebenen Deponie, welche momentan nicht für den Einbau von Deponat genutzt werden, sind mit Folien temporär abgedichtet und in Teilen mit Krautsäumen bewachsen. Im Norden des Deponiekörpers besteht ein ca. 1,6 ha großes Areal, das mit jungen Laubbaumarten bestückt ist. Dabei handelt es sich um eine strukturarme Vorwaldgesellschaft, die forstrechtlich als Waldbestand gemäß § 2 Abs. 1 LWaldG beurteilt wird.

Der Deponiekörper wird von einer asphaltierten Ringstraße umgeben. Im Westen befindet sich außerdem ein ca. 150 m<sup>2</sup> großer Teich. Zudem besteht im Nordwesten ein ca. 1,5 ha großes versiegeltes Erweiterungsgelände, das zum Deponiegelände gehört. Es wird primär als Lagerfläche für Grüngut, Mulch, zerkleinerte Gehölze und Sperrmüll genutzt.

Das Deponiegelände ist von großflächigen Laubmischwaldflächen umgeben, die verschiedene Feuchtigkeitsstufen aufweisen. In der weiteren Umgebung sind überwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen vorzufinden, die primär der Grünlandnutzung zugeschrieben werden können. Ackerbauliche Nutzungen finden sich kaum. Von Norden verläuft die Schussen westlich um das Deponiegelände bis in den Südwesten. Die z.T. sehr breiten Auenbereiche sind geprägt von gehölzreichen Feucht- und Brachlebensräumen.

Im Untersuchungsraum sind keine streng und besonders geschützten Pflanzenarten bekannt.

Von besonderer naturschutzfachlicher Bedeutung sind folgende Biotoptypen und Biotopkomplexe aufgrund

- deren Ausprägung hinsichtlich Naturnähe, Gefährdung, Seltenheit sowie
- deren Bedeutung als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und für die Erhaltung der biologischen Vielfalt:
  - Gehölze mit einheimischen, standortgerechten Arten
  - Stillgewässer (Teich/Tümpel) mit entsprechender Gewässerbegleitvegetation

### Tiere und biologische Vielfalt

Hier wird auf die faunistischen Erhebungen, welche für die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durchgeführt wurden, zurückgegriffen.

Die faunistischen Untersuchungen orientieren sich an dem Vorhaben der Volumenvergrößerung des Deponiekörpers Gutenfurt und dessen Projektwirkungen sowie der spezifischen Ausstattung des Untersuchungsraumes.

Im faunistischen Untersuchungsraum sind folgende Lebens- und Funktionsräume vorhanden:

- kiesige Rohbodenstandorte
- vereinzelte Staudenbestände trockener Standorte auf dem Betriebsgelände,
- Mischwaldgebiete sowie
- (feuchte) Grünlandlebensräume in der landwirtschaftlichen Flur

### **Vögel**

Insgesamt wurden 31 Arten nachgewiesen, die mit wenigen Ausnahmen in den Gehölzbeständen am Rand der Deponie und den angrenzenden Waldbereichen außerhalb des Zauns beobachtet wurden. Dabei überwiegen häufige und verbreitete Arten mit vergleichsweise geringer Störempfindlichkeit, die bei entsprechender Ausstattung auch im Siedlungsbereich brüten. Mehrere Arten, darunter Greifvögel (Rot- und Schwarzmilan, Mäusebussard, Turmfalke), Dohle und Saatkrähe, wurden nur außerhalb des Areals oder beim Überflug beobachtet, können jedoch als potenzielle Nahrungsgäste eingestuft werden. Unter den Brutvögeln ist insbesondere der Graureiher hervorzuheben. Von dieser Art wurde eine kleine Brutkolonie mit mindestens 7 Nestern in einem Fichtenbestand am östlichen Rand des Untersuchungsgebiets (außerhalb der Deponiefläche) festgestellt.

### **Amphibien**

Es konnten zwei Arten (Erdkröte und Teichfrosch) nachgewiesen werden. Beide Arten sind im Gebiet bodenständig (Nachweise von Jungtieren bzw. Kaulquappen) und kommen häufig vor. Eine Beeinträchtigung durch das Vorhaben ist nicht zu erwarten.

### **Reptilien**

Es konnten zwei Arten (Mauereidechse und Ringelnatter) nachgewiesen werden.

Die Mauereidechse ist über ein größeres Areal verbreitet, Schwerpunkte sind die mit Folienbahnen abgedeckten Bereiche im Süden und Westen des Schlackebergs. Bei der letzten Begehung am 28.07. wurden rund 40 Tiere gezählt, darunter auch mehrere Jungtiere. Eine vollständige Erfassung gestaltet sich in Anbetracht der zahlreichen Versteckplätze als sehr schwierig, da sich die Eidechsen bei sonniger und warmer Witterung vorzugsweise im Halbschatten aufhalten und die besonnten Abschnitte meiden. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die zugeplanten Bereiche als potenzielle Habitate in Betracht kommen. Vorteile der Folienbahnen sind die rasche Erwärmung bei Besonnung und die zahlreichen Versteckplätze an den Folienrändern sowie unter den Sandsäcken.

Von der Ringelnatter wurde bislang nur einmal ein Exemplar beobachtet. Der Nachweis erfolgte im westlichen Teich.

Die Zauneidechse konnte im Gelände bisher nicht festgestellt werden. Am ehemaligen Fundort im Nordwesten des Areals (Nachweise 2015) wurde mittlerweile eine Container-Umladestation angelegt. Der zweite ehemalige Fundort im Südwesten (Erdzwischenlager) erscheint nach wie vor als Lebensraum für die Zauneidechse geeignet, wenngleich bisherige Kontrollen keinen Nachweis erbrachten.



### Vorbelastungen

Gemäß FNP befinden sich sowohl im Norden, Westen als auch im Süden weitere Flächen der Ver- und Entsorgungsanlagen aber auch Altablagerungen und kontaminierte Standorte gemäß § 5 Abs. 3 BauGB. Darüber hinaus gilt die bestehende Deponie selbst als Vorbelastungselement. Die Anlage verursacht punktuelle Emissionen zu den Betriebszeiten (werktags zwischen 7.30 bis 16.30).

Entsprechende Emissionen hierbei sind:

- Schallabstrahlung durch Baumaschinen
- Geräuschemissionen durch Werk- und Lieferverkehr
- Staubemissionen bei der Anlieferung und dem Einbau des Deponats, insbesondere auf unbefestigten Wegen
- Schadstoffemissionen durch die (dieselbetriebenen) Fahrzeuge
- Durch die bestehende Bundesstraße 30 bestehen ebenfalls durch die Fahrzeugbewegungen Geräusch- sowie Schadstoffemissionen durch den Verkehr mit Kfz und Lkw

## 2.2.3 Schutzgut Boden

### Werthintergrund

Gemäß UVPG§ 2 Abs. 1 Nr. 3 sind die Auswirkungen auf das Schutzgut Boden zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Neben § 2 UVPG bilden das BNatSchG, das NatSchG und das BBodSchG den gesetzlichen Hintergrund für die Beschreibung des Schutzgutes.

Es wird der schonende Umgang mit belebtem Boden sowie die nachhaltige Sicherung bzw. Wiederherstellung der vielfältigen Bodeneigenschaften und –Funktionen geregelt. Dazu zählen die Vermeidung von Bodenerosion, die Sicherung von geschlossenen Pflanzendecken und die Erhaltung der Funktionen im Naturhaushalt.

Insbesondere sind die natürlichen als auch die nutzungsbezogenen Bodenfunktionen zu erfassen, die sich in folgende Teilaspekte untergliedern lassen.

- Boden als Lebensraum und Teil des Naturhaushaltes (inkl. der Funktion als Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen)
- Boden als natur- und kulturgeschichtliches Archiv
- Boden als Nutzungsgegenstand

Die Archivfunktion des Bodens wird im Rahmen des Schutzguts 'Kulturgüter/kulturelles Erbe' behandelt.

### Datengrundlagen

Erhebung der wesentlichen Bodeneigenschaften und -funktionen auf Grundlage der Bodenübersichtskarte und der Bodenschätzung zur gutachterlichen Beurteilung der Lebensraumfunktion und des Standortpotenzials sowie der Seltenheit der Böden.

Information	Quelle	Stand
Bodenkarte 1:50.000	LGRB-Viewer	Online-Zugriff 07/2020
Geologische Karte 1:50.000	LGRB-Viewer	Online-Zugriff 07/2020
Standorte für naturnahe Vegetation	LGRB-Viewer	Online-Zugriff 06/2020
Bodenfruchtbarkeit	LGRB-Viewer	Online-Zugriff 06/2020
Wald funktionsplan mit festgesetzter Funktion als Bodenschutzwald	Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg	08/2017

### Geschützte Gebietskategorien und Bereiche mit verbindlichen Festsetzungen

Für das Untersuchungsgebiet bestehen keine Schutzgebiete gemäß Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) deren rechtliche Vorgaben entsprechend zu beachten sind. Der Wald funktionsplan weist vereinzelte Flächen von Bodenschutzwald gemäß § 30 LWaldG i. V. m. § 12 BWaldG auf. Diese befinden sich überwiegend in den Waldflächen welche die Deponie südlich und westlich umgeben.

Des Weiteren gibt es aus der Bauleitplanung (FNP) keine geschützten Flächen mit Bezug zum Bodenschutz.

Altlasten- bzw. Altlastenverdachtsflächen sowie weitere Festsetzung von Bodenschutzflächen gemäß § 7 LBodSchAG bestehen im Untersuchungsgebiet nicht.

Geotope existieren im Untersuchungsgebiet nicht.

### Schutzgutausprägungen aufgrund gutachterlicher Erwägungen

Im zentralen Bodenseebecken zwischen Ravensburg, Langenargen und Friedrichshafen befinden sich die Hasenweiler-Beckensedimente. Diese bestehen aus glaziolakustrinen Feinsedimenten und eingelagerten gravitativen Ablagerungen sowie vereinzelt aus auflagernden holozänen Seesedimenten der Hasenweiler Formation. Das Deponiegelände befindet sich mitten in dieser geologischen Einheit. Aufgrund der Nähe zum Auenbereich der Schussen und ihrer Zuflüsse befinden sich im weiteren Umfeld des Deponiegeländes auch Auenlehme aus sandig, humosem und lokal anmoorigem Schluffton. Das Deponiegelände ist in der Geologischen Karte 1:50.000 als anthropogene Ablagerungen (Aufschüttung, Auffüllung) klassifiziert. (GEOLOGISCHE KARTE 1:50.000)

Im Umfeld des Deponiegeländes liegen mäßig fruchtbare Braunerden und Pseudogleye-Braunerden aus Beckensedimenten mit hoher bis sehr hoher Puffer- und Filterfunktion für Schadstoffe sowie mittlerer Wasserspeicherefunktion vor. Außerdem lassen sich sehr fruchtbare kalkhaltige Augengleye und brauner Auenboden-Augengleye aus Auenlehm finden, dessen Filter- und Pufferfunktion ebenfalls hoch ist. Auch Pseudogleye und Pelosol-Pseudogleye aus schluffig-tonigen Beckensedimenten lassen sich vereinzelt vorfinden. Deren Bodenfruchtbarkeit ist mittelmäßig, die Filter- und Pufferfunktion für Schadstoffe dagegen sehr hoch eingestuft. Das Deponiegelände selbst mit dem gegenständlichen Vorhabensbereich wird gemäß Bodenkarte nicht klassifiziert (BODENKARTE 1:50.000)

Im Bereich des Vorhabens befinden sich somit keine hochwertigen Böden bzw. Bodenfunktionen oder -prozesse. Moore gemäß Moorkarte (BK50) sowie gemäß Moorkarte Baden-Württembergs bestehen im Untersuchungsgebiet ebenfalls nicht.

Im unmittelbaren Bereich um das Deponiegelände weisen die Böden eine durchschnittliche natürliche Bodenfruchtbarkeit auf. Erst in den Bereichen der Schussenaue erreichen die Böden eine hohe natürliche Bodenfruchtbarkeit.

Ähnlich verhält es sich mit den Bodenstandorten für naturnahe Vegetation. Dabei handelt es sich um nährstoffarme Böden mit extremem Wasserhaushalt auf denen sich spezialisierte seltene Pflanzen ansiedeln können. Diese befinden sich im Untersuchungsraum überwiegend in Teilen der Schussenaue, sowie südlich des Schwarzenbachs im Schussenwald.

Bei dem Boden unterhalb der Deponie handelt es sich um eine anthropogen überprägte Bodenform, deren natürlicher Wert stark herabgesetzt ist. Gemäß den geologischen Untersuchungen der BERGHOF PBU UMWELTENGINEERING UND ANALYTIK GMBH besteht der Untergrund am Standort Gutenfurt aus einer geologischen Barriere aus Beckentonen – und Schluffen der Würmeiszeit. Die Becken- bzw. Seeton-schicht ist etwa 25 m stark. Die darunterliegenden tonigen und sandigen Geschiebemergel werden von Deckschichten der Oberen Süßwassermolasse unterlagert. Diese bestehen vorwiegend aus Tonmergelsteinen mit lokal eingeschalteten, geringmächtigen Feinsandeinlagen. (AU CONSULT 2020)

Die in der DepV formulierten Anforderungen zur geologischen Barriere können eingehalten werden. Beeinträchtigungen des Bodens in umwelterheblichem Ausmaß, durch potentiell emittierte Fremdstoffe, sind nicht zu erwarten. Ein dauerhafter Schutz des Bodens kann somit sichergestellt werden.

### Vorbelastungen

Grundsätzlich stellt das Entsorgungszentrum eine starke anthropogene Überprägung dar. Die Vorbelastung besteht vor allem durch den Deponiekörper und die weiteren dauerhaften Flächeninanspruchnahmen wie Verkehrswege, Betriebsgebäude und Lagerflächen.

## 2.2.4 Schutzgut Wasser

### Werthintergrund

Gemäß UVPG § 2 Abs. 1 Nr. 3 sind die Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Neben § 2 UVPG bilden das Wasserhaushaltsgesetz (WHG), die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sowie das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) den gesetzlichen Rahmen für die Beschreibung des Schutzgutes Wasser. Dessen Regelungen werden durch entsprechende Fachgesetze ergänzt.

In § 1 a WHG sind die Gewässer (Grund- und Oberflächenwasser) als Bestandteil des Naturhaushaltes sowie als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern und nachhaltig zu entwickeln. Vermeidbare Beeinträchtigungen der ökologischen Funktionen von Gewässern bzw. direkt von diesen geprägten Landökosystemen haben zu unterbleiben.

Dabei werden die Teilaspekte

- Grundwasser und
- Oberflächenwasser

jeweils separat erfasst und dargelegt.

Bezüglich des Grundwassers sind insbesondere solche Funktionen zu bewerten, die eine Verunreinigung des Wassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften verhüten. Die Leistungsfähigkeit des Wassers ist zu erhalten sowie eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden.

Bezüglich der Errichtung einer Deponie müssen die stofflichen Wirkungen des anfallenden Sickerwassers sowie des anfallenden Oberflächenwassers betrachtet werden.

### Datengrundlagen

Information	Quelle	Stand
Hydrogeologische Karte 1:50.000	LGRB-Viewer	Online-Zugriff 07/2020
Biozönotisch bedeutsame Gewässer	UDO	06/2020
Stillgewässer	Erhebungen im Rahmen der Faunakartierung	09/2019
Überflutungsflächen HQ 100 und Überschwemmungsgebiete HQ100	UDO	06/2020
Hydrogeologisches Fachgutachten	PBU Umweltengineering und Analytik GmbH	05/1997
Grundwasser Durchlässigkeit (Grundwasserleiter)	LGRB-Viewer	06/2020
Grundwasser Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung	LGRB-Viewer	06/2020
IE-Anlagenstandort und/oder Seveso III-Betriebsbereich (ohne Betroffenheit potenziell relevanter Teile bei HQ	UDO	06/2020

### Geschützte Gebietskategorien

Im weiteren Untersuchungsgebiet befindet sich ein Überschwemmungsgebiet (HQ100) gemäß § 76 WHG. Darüber hinaus bestehen keine weiteren Schutzgebiete aufgrund gesetzlicher Regelungen und Verordnungen für das Untersuchungsgebiet.

Wasserschutzwald gemäß Waldfunktionsplan (§ 31 LWaldG i. v. m. § 12 BWaldG) existieren im Untersuchungsgebiet nicht.

### Bereiche mit verbindlichen Festlegungen

Verbindliche Vorgaben und Ziele der Raumordnung (Regionalplan Bodensee-Oberschwaben, Stand 04.04.1996) hinsichtlich des Trinkwasserschutzes, des Hochwasserschutzes und der Abwasserentsorgung bestehen nicht. Im Rahmen der Raumordnung verbindliche ausgewiesene Gebiete bestehen nicht. Die wenige hundert Meter vom Deponiegelände entfernte Schussen und ihr Auenbereich sind im Regionalplan jedoch als Überschwemmungsgebiet gemäß § 79 WG ausgewiesen. Der Vorhabensbereich tangiert das als Überschwemmungsgebiet definierte Areal nicht.

#### 4.3.3 Hochwasserschutz

- (G) Die Speicherkapazität der natürlichen Rückhaltegebiete, wie natürliche Wasserläufe, Überschwemmungsgebiete, Auwälder, Moore, Feuchtgebiete und Wälder ist zu erhalten (vgl. Kap. 3.1.1). Zur Bewahrung der notwendigen Flächen für den Hochwasserabfluss werden Retentionsräume an Gewässern I. und II. Ordnung durch die Fachplanung gesichert.
- (V) Neben den derzeitigen Festsetzungen sind an weiteren überschwemmungsgefährdeten Gewässern I. und II. Ordnung Überschwemmungsgebiete auszuweisen.
  - Anlage von naturnahen Rückhalteräumen und die Wiederherstellung naturnaher Auelandschaften durch die Renaturierung von Fließgewässern,
  - natürliche Ufersicherung durch die Schaffung und Gestaltung von Uferlandstreifen, im Oberlauf der Fließgewässer beginnend,
  - Verringerung der Flächenversiegelung (s. Kap. 3.1.1.), Bebauungspläne nur außerhalb von überschwemmungsgefährdeten Bereichen.
- (N) Die rechtskräftig festgesetzten und geplanten Überschwemmungsgebiete sind nachrichtlich in der Raumnutzungskarte dargestellt.

Ausgewiesene Wasserschutz- oder Quellenschutzgebiete besitzen eine besondere Empfindlichkeit gegenüber den Vorhabenwirkungen einer Deponie. Im Untersuchungsgebiet sowie im weiteren Umgriff von zwei Kilometern sind aber keine Wasserschutzgebiete der Zonen I-III und keine Quellenschutzgebiete ausgewiesen.

### Schutzgutausprägungen aufgrund gutachterlicher Erwägungen Grundwasser

Das Areal um das Entsorgungszentrum ist gemäß Hydrogeologischer Karte weitläufig als Beckensedimente des Rheingletschers mit sehr geringer Durchlässigkeit und geringer bis sehr geringer Ergiebigkeit klassifiziert. Ergänzt wird dies von Altwasserablagerungen in der Schussenaue, deren Deckschicht durch sehr geringe bis fehlende Porendurchlässigkeit und kleinräumiger meist mäßiger bis sehr geringer Ergiebigkeit in eingeschalteten geringmächtigen Kieslagen gekennzeichnet ist. Das gesamte Entsorgungszentrum und damit auch der Bereich der Volumenoptimierung ist als anthropogene Bildung (vom Menschen absichtlich erzeugte Ablagerung aus künstlichem oder natürlichem Material z.B. aus Müll, Bauschutt, Erd und Gesteinsaushub, Abraum, usw.) ausgewiesen. (HYDROGEOLOGISCHE KARTE 1:50.000)

Die Grundwasserfließrichtung ist zu den nächstgelegenen Gewässern im Nordwesten und Süden (Schussen und Schwarzach) gerichtet.

Der Grundwasserspiegel liegt bei etwa 423 ü. NN. Es sind insgesamt sieben Grundwassermessstellen vorhanden. Die Qualität des Grundwassers in der Umgebung der Deponie ist nach aktuellen Untersuchungen im Vergleich zu den Vorjahren im Wesentlichen unverändert. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass die Funktionstüchtigkeit des Deponieabdichtungssystems weiterhin gegeben ist. Hinweise auf Leckagen sind nicht vorhanden. (AU CONSULT 2020)

Eine besondere Empfindlichkeit für das Schutzgut besteht, wenn Sickerwässer der Deponie das Grundwasser erreichen und in den Grundwasserleiter eindringen. Durch die geologische Barriere besteht aber eine Schutzfunktion der Deckschichten bis zum Grundwasser. Im Rahmen der Volumenoptimierung kann auf das bereits bestehende Sickerwassererfassungs- und -ableitungssystem zurückgegriffen werden. Im Bereich des Deponieabschnitts Gutenfurt I existieren zwei Hauptsammeldränagen, die das Sickerwasser über einen Horizontalschacht zu einem Sickerwasserspeicherbecken (Kompostplatzbecken) leiten. Da dieses Sickerwasser nicht behandelt werden muss, wird es von dort direkt zur Kläranlage Langwiese abgeleitet. Das Sickerwasser im Deponieabschnitt Gutenfurt II wird sowohl über einen Horizontalschacht, als auch über Dränageleitungen in die im Randbereich befindliche Ringleitung entwässert. Von dort wird es in ein Sickerwasserspeicherbecken abgeleitet und nach einer Vorbehandlung zur Kläranlage Langwiese geführt. Die restlichen Bereiche der Deponie werden ebenfalls im Horizontalschacht erfasst und zu einem Sickerwasserspeicherbecken geführt, bevor es vorbehandelt und zur Kläranlage Langwiese abgeleitet wird. Die Funktion der Sickerwassererfassung und -entsorgung muss bis zum Ende der Nachsorgephase aufrechterhalten werden. Dies muss durch Kontroll-, Wartungs- und erforderlichenfalls Sanierungsmaßnahmen sichergestellt werden. (AU CONSULT 2020)

Durch die neue Oberflächenform ergeben sich zusätzliche Auflasten, die im Hinblick auf das bestehende Sickerwassersammelsystem nach dem aktuellen Stand der Technik geprüft und berücksichtigt werden. Zudem ist davon auszugehen, dass Teile des Systems beschädigt sein können. Sickerwasseraustritte oder andere negative Beeinträchtigungen, die auf eine nicht ausreichende Sickerwasserableitung hinweisen würden, sind an der Deponie bisher aber nicht aufgetreten. Sofern während der Betriebsphase, welche sich durch den Volumengewinn durch die geplante neue Oberflächenform verlängert, mit dem potentiellen Versagen der Sickerwasserdränagen gerechnet werden muss, ist eine teilweise oder vollständige Sicherung bzw. Sanierung der Leitungen vorgesehen. Wann und in welchem Umfang diese Sicherung/Sanierung notwendig wird, muss auf der Basis der regelmäßigen Spülungen und Kamerabefahrungen der Leitungen entschieden werden. Eine vorsorgliche Sicherung bzw. Sanierung ist gegenwärtig noch nicht notwendig, da kein linearer Zusammenhang zwischen den höheren Einwirkungen (Auflasten) und

möglichen Rohrleitungsschäden besteht und sich trotz rechnerischer statischer Mängel die erwarteten Schäden, nicht im erwarteten Umfang oder auch zeitlich erheblich verzögert ergeben können. Eine Sicherung/Sanierung ist jederzeit während der restlichen Betriebs und Nachsorgephase möglich. (AU CONSULT 2020)

Das hydrogeologische Gutachten (BERGHOF • PBU 1997) kommt zu dem Ergebnis, dass die Deponie eine natürliche und mindestens 20 m mächtige, geologische Barriere aufweist. Durchlässigere, deutlich grundwasserführende Horizonte wurden nicht angetroffen. Bei allen durchgeführten Untersuchungen ergaben sich keinerlei Hinweise, dass das Grundwasser durch den Deponiebetrieb beeinflusst sein könnte.

#### Oberflächenwasser

Im Untersuchungsraum befinden sich zwei kleine Oberflächengewässer. Im Westen existiert ein ca. 150 m<sup>2</sup> großer Teich. Darüber hinaus besteht im Nordwesten, im Übergangsbereich zur Erweiterungsfläche, ein weiterer kleiner dauerhaft wasserführender Tümpel von ca. 50 m<sup>2</sup>. Fließgewässer gibt es auf dem Deponiegelände nicht. Um den Deponiekörper bestehen jedoch kleine künstliche Ableitungsgräben, die der Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers dienen. Das Niederschlagswasser wird über die Randgräben erfasst, in den bestehenden Absetzbecken gesammelt und anschließend in die Vorflut abgeleitet.

#### Vorbelastungen

##### Grundwasser

Grundsätzlich können durch die versiegelten Flächen Veränderungen der Grundwasserneubildungsrate durch eine erhöhte Verdunstungs- und verringerte Versickerungsrate gegeben sein. Daten hierzu sind nicht bekannt. Durch das bestehende Grundwassermonitoring sind aktuelle keine Vorbelastungen durch den Betrieb der Deponie bekannt.

##### Oberflächenwasser

Die vorhandenen (temporär) wasserführenden Bereiche Teiche, Gräben, Mulden und Absetzbecken auf dem Betriebsgelände sind alle durch die Nutzungen im Untersuchungsraum geprägt. Durch den Betrieb entstehen Stäube, die sich auf die Gewässer legen. Die Gewässerqualität kann durch diffuse Einflüsse und Einleitungen durch Schadstoffe aus der Luft beeinträchtigt sein.

## 2.2.5 Schutzgut Klima und Luft

### Werthintergrund

Gemäß UVPG § 2 Abs. 1 Nr. 3 sind die Auswirkungen auf die Schutzgüter Klima und Luft zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Neben § 2 UVPG bilden das BNatSchG sowie das BImSchG und die BImSchV die gesetzlichen Grundlagen zur Beschreibung der Schutzgüter Luft und Klima. Beeinträchtigungen des Klimas sind zu vermeiden. Wald und sonstige Gebiete mit günstiger klimatischer Wirkung sowie Luftaustauschbahnen sind zu erhalten, zu entwickeln oder wiederherzustellen.

Gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 5 BNatSchG sind zudem Luftverunreinigungen soweit zu verringern, dass auch empfindliche Bestandteile des Naturhaushaltes nicht nachhaltig geschädigt werden.

Gemäß dem UVPG handelt es sich bei

- Luft und
- Klima

um zwei einzelne Schutzgüter. Nachdem die beiden Schutzgüter fachlich-inhaltlich eng verzahnt sind und eine klare Trennung kaum möglich ist, erfolgt hier eine gemeinsame Bearbeitung.

Durch Deponievorhaben sind Auswirkungen auf das Schutzgut Luft durch Betriebsstoffe aus Nutz- und Baustellenfahrzeugen sowie stoffliche Immissionen durch Stäube und Luftschadstoffe zu erwarten. Durch das Vorhaben dürfen durch die Zusatzbelastung die geltenden Grenzwerte nicht überschritten werden.

Hinsichtlich des Klimas ist vor allem das lokale Klima zu betrachten. Besonders bedeutsam sind hier Flächen mit günstiger lufthygienischer und klimatischer Wirkung wie Kaltluftentstehungsgebiete und Luftaustauschbahnen.

Die Betrachtungen zu den Schutzgütern Luft und Klima haben dabei einen engen Querbezug zum Schutzgut Mensch (Gesundheit und Wohlbefinden).

Die konkrete Belastung auf die Schutzgüter ist nur bedingt quantifizierbar. Gemäß der Abstimmung im Rahmen des Scoping-Termins am 16.01.2020 werden die zu erwartenden Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter zu der bestehenden Genehmigungslage ins Verhältnis gesetzt. (vgl. Ergebnisprotokoll über den Scoping-Termin vom 21.02.2020). Darüber hinaus erfolgt auch keine eigenständige kartographische Darstellung des Schutzgutes Klima und Luft.

### Datengrundlagen

Information	Quelle	Stand
Frischluft- / Kaltluft-entstehungsgebiete	Eigene Erhebungen; Topografische Karte	09/2018
Klimadaten der Stadt Ravensburg	Climate-Data Org	Abfrage 06/2020

### Geschützte Gebietskategorien

Für das Untersuchungsgebiet sind keine Schutzgebiete und geschützte Gebietskategorien gemäß § 47 und § 49 BImSchG sowie gemäß § 12 BWaldG vorhanden.



### Bereiche mit verbindlichen Festlegungen

Verbindliche Vorgaben aus dem BNatSchG und der Raumordnung (Regionalplan Bodensee-Oberschwaben) bestehen im Vorhabensareal nicht. Im weiteren Umfeld der Deponie sind im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben im Süden, Osten und Nordwesten Vorranggebiete für Forstwirtschaft und Waldfunktionen ausgewiesen. Diese befinden sich aber in ca. 500 m Entfernung zum Deponiegelände.

Klimaschutzwald gemäß Waldfunktionsplan besteht im Untersuchungsgebiet nicht.

### Schutzgutausprägungen aufgrund gutachterlicher Erwägungen

Gemäß der effektiven Klimaklassifikation nach KÖPPEN liegt das Vorhabensgebiet in der warmgemäßigten Klimazone bei feuchttemperiertem Klima mit warmem Sommer (Cfb). Die Jahresdurchschnittstemperatur in Ravensburg liegt bei 8.8 °C. Über ein Jahr verteilt summieren sich die Niederschläge zu 1004 mm auf.

Lokalklimatisch sind die im Umfeld der Deponie bestehenden Waldflächen als Frischluftentstehungsgebiete von Bedeutung. Die umgebenden landwirtschaftlichen Flächen sind als Kaltluftentstehungsgebiete zu bewerten. Durch die umgebenden Waldflächen und landwirtschaftlichen Flächen wird der Ort mit ausreichend Kalt- und Frischluft versorgt.

Eine Verschlechterung durch das Vorhaben ist nicht zu erwarten, da weder Wald- noch landwirtschaftliche Flächen vom Vorhaben in Anspruch genommen werden. Durch die bestehende Aufforstungsverpflichtung der Deponie Gutenfurt kommt es faktisch zu einer Verbesserung der lufthygienischen Situation vor Ort.

### Vorbelastungen

Hier ist die bestehende Bundesstraße 30, welche in ca. 600 m in östlicher Richtung verläuft, anzusprechen. Als wesentliche Vorbelastung gilt die Kläranlage Langwiese und ein östlich davon gelegener Reiterhof, welche maßgeblich für die Geruchsimmissionen im erweiterten Untersuchungsraum verantwortlich sind. Vorwiegend bei Westlagen entstehen geruchliche Belastungen, vor allem im angrenzenden Gewerbegebiet, die nachweislich dem Klärwerk zugeordnet werden können (IMA RICHTER & RÖCKLE 2016). Von der Deponie Gutenfurt sind derartige Belastungen nicht zu erwarten, da nur noch mineralische Abfälle verbaut werden, die keine Gerüche abgeben.

Darüber hinaus gilt die bestehende Deponie selbst als Vorbelastungselement. Die Anlage verursacht punktuelle Emissionen zu den Betriebszeiten (werktags zwischen 7.30 bis 16.30).

Entsprechende Emissionen hierbei sind:

- Schallabstrahlung durch Baumaschinen
- Geräuschemissionen durch Werk- und Lieferverkehr
- Staubemissionen bei der Anlieferung und dem Einbau des Deponats, insbesondere auf unbefestigten Wegen
- Schadstoffemissionen durch die (dieselbetriebenen) Fahrzeuge
- Durch die bestehende Bundesstraße 30 bestehen ebenfalls durch die Fahrzeugbewegungen Geräusch- sowie Schadstoffemissionen durch den Verkehr mit KFZ und LKW

## 2.2.6 Schutzgut Orts- bzw. Landschaftsbild

### Werthintergrund

Gemäß UVPG § 2 Abs. 1 Nr. 4 sind die Auswirkungen auf das Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Neben dem § 2 UVPG bilden das BNatSchG, das NatSchG, das BWaldG, das LWaldG sowie das ROG die rechtlichen Grundlagen für die Beschreibung und Bewertung des Schutzgutes.

Das Schutzgut Landschaft beinhaltet folgende Teilaspekte:

- Naturräumlicher Aspekt: Ausdruck des spezifischen, strukturellen und funktional-ökologischen Zusammenspiels der Einzelkomponenten des Naturhaushalts, der sich als Einheit geografisch abgrenzen lässt,
- Ästhetischer Aspekt: ästhetischer Zusammenhang der Landschaft, der durch die Wahrnehmung des Menschen erlebbar wird,
- Kulturhistorischer Aspekt: Landschaft als Zeugnis historischer Landnutzungsformen.

Da es inhaltlich Überschneidungen insbesondere mit dem Schutzgut Menschen hinsichtlich der Erholungseignung und -qualität gibt, wird die Erholungseignung beim Schutzgut Menschen beschrieben.

Der Schwerpunkt des Schutzgutes liegt auf dem landschaftsästhetischen Aspekt. Das Landschaftsbild umfasst die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft. Diese werden unter anderem durch die vorhandenen Nutzungsformen, die wirk-same Reliefvielfalt sowie subjektive, sinnliche Wahrnehmung geprägt.

Bei der Betrachtung von Landschaft und Landschaftsbild sind Komponenten wie naturräumliche Eigenheit und Qualität, die Naturnähe, unzerschnittene, verkehrsarme Räume sowie geschaffene und gewachsene Kulturlandschaften erheblich.

Es gilt die „Vielfalt, Eigenart und Schönheit“ von Natur und Landschaft (dem Landschaftsbild) einschließlich ihres Erholungswertes zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln. Die Landschaft ist vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren.

### Datengrundlagen

Information	Quelle	Stand
Regionalplan Bodensee-Oberschwaben	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	Stand 04.04.1996
Flächennutzungsplan des Gemeindeverbands Mittleres Schussental	Stadt Ravensburg	Stand 21.04.2018
Waldfunktionsplan mit festgesetzten Funktionen als Sichtschutzwald	Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg	08/2017
Naturräumliche Gliederung `Bodenseebecken` (031)	LUBW	o. D.
Naturraumtypische/ landschaftsprägende Strukturen	Eigene Erhebungen, Topografische Karte	09/2018

### Geschützte Gebietskategorien und Bereiche mit verbindlichen Festlegungen

Für das Untersuchungsgebiet sind Schutzgebiete und geschützte Gebietskategorien gemäß § 26 sowie § 28 BNatSchG vorhanden.

Unmittelbar südliche des Deponiegeländes befindet sich das ca. 55 ha große Landschaftsschutzgebiet „Unterlauf der Schwarzach (Grenzbach) mit der Objekt-Kennziffer 4.36.056. Das Areal steht seit dem 17.05.1968 unter Schutz. Es schließt direkt an das weiter südlich gelegene Landschaftsschutzgebiet „Eisrandformen zwischen Rebholz und Knellesberg“ an. Dieses Gebiet mit der Objekt-Kennziffer 4.35.038 ist ca. 34 ha groß und steht seit 19.07.1996 unter Schutz.

Weiterhin existiert westlich des Deponiegeländes ein ca. 0,8 ha großes Naturdenkmal „Streuwiese westl. Lachen“ mit der Objekt-Kennziffer 84360641928, das seit 1990 besteht.

Außerdem ist der Gehölzgürtel der das Deponiegelände direkt und unmittelbar umgibt, im Rahmen des Wald funktionsplans, als Sichtschutzwald ausgewiesen.

### Schutzgutausprägungen aufgrund gutachterlicher Erwägungen

Das Landschaftsbild des Untersuchungsgebiets entspricht weitestgehend den Beschreibungen des Naturraums. Das Offenland bildet in den Niederungsbereichen und Teilen des Bodenseeufers zusammenhängende Flächen. Im Bereich der Molasserücken besteht eine starke Wald-Offenlandverzahnung. Der Wald bildet im Bereich der Molasserücken zusammenhängende Flächen in kleinräumiger Verzahnung mit Offenlandbereichen. Im Bereich der quartären Schotterflächen der Schussenrinne befinden sich einzelne größere zusammenhängende Waldflächen (Tettlinger Wald, Seewald). Wertbestimmende Elemente der Umgebungslandschaft sind die glazial entstandenen Landschaftsformen wie bspw. Toteislöcher, Drumlins, Rundhöcker und Terrassen sowie die Gewässer mit ihren Verlandungszonen, Feuchtgebiete, bewaldete Gebiete. Neben der vergleichsweise hohen landschaftlichen Vielfalt ist auch die Natürlichkeit des Landschaftsraums vergleichsweise hoch. (LUBW o. D.)

Das Gebiet ist an das übergeordnete Straßennetz angeschlossen. Ein hierarchisches Netz an ausgebauten Straßen besteht im Untersuchungsgebiet aber nicht.

Als landschaftsbildprägend hinsichtlich Vielfalt, Eigenheit und Schönheit sind das Relief, die Gehölzstrukturen, die Feuchtwiesen sowie die stehenden und fließenden Kleingewässer zu nennen.

### Vorbelastungen

Die bestehende Deponie selbst gilt als landschaftliche Belastung. Diese weist aufgrund der großflächigen Waldareale, welche das Deponiegelände umfassen, aber nur eine äußerst geringe Wirkung auf. Darüber hinaus ist für die Deponie im Anschluss an die Nachsorgephase, gemäß der abfallrechtlichen Plangenehmigung für den Weiterbetrieb der Deponie Gutenfurt vom 13.12.2004, eine Wiederaufforstung vorgesehen, sodass die bereits geringe Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ausschließlich während des Betriebs der Deponie besteht.

## 2.2.7 Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter

### Werthintergrund

Gemäß UVPG § 2 Abs. 1 Nr. 4 sind die Auswirkungen auf die Schutzgüter Kulturgüter und sonstige Sachgüter zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Kulturgüter und sonstige Sachgüter werden im UVPG als eigenständige Schutzgüter geführt. Im Rahmen des Vorhabens werden sie gemeinsam behandelt.

Die EG-Richtlinie spricht von Sachgütern und dem kulturellen Erbe. Damit wird darauf hingewiesen, dass alle Sachgüter generell zu erfassen sind, sofern sie vom Projekt betroffen sein können. Kulturgüter werden somit als Teilmenge der Sachgüter aufgefasst.

Die maßgeblichen gesetzlichen Grundlagen bilden das BNatSchG, das Baden-württembergische Denkmalschutzgesetz (DSchG) sowie das BGB.

Kulturgüter sind Teil des kulturellen Erbes und verbunden mit heimatlich-naturräumlicher Identität. Dazu zählen insbesondere denkmalrelevante Flächen und Objekte, auch Ensembles. Beispiele hierfür sind Kultur-, Bau- und Gartendenkmale, archäologische Fundstellen bzw. Verdachtsflächen sowie historische Landnutzungsformen und kulturhistorische Landschaften.

Unter dem Begriff ‚Sachgüter‘ ist zunächst rechtlich alles gefasst, was § 90 BGB unter ‚Sache‘ versteht. Sachen sind demnach ‚körperliche Gegenstände‘. Damit umfassen die Sachgüter alle Objekte und Gegenstände im Untersuchungsgebiet, unabhängig von ihrer Beschaffenheit und ihren Eigentumsverhältnissen.

Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung ist es sinnvoll die Auswirkungen auf die Sachgüter abhängig von den vorhabensspezifischen Verhältnisse zu modifizieren und die relevanten Sachgüter zu betrachten.

Zu den Sachgütern im Untersuchungsgebiet zählen die land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen, die Siedlungs- und Verkehrsflächen sowie Infrastruktureinrichtungen. Doppelbetrachtungen innerhalb der Schutzgüter sind zu vermeiden. Im vorhabengegenständlichen Untersuchungsgebiet werden die landwirtschaftlichen Nutzflächen nicht betrachtet, weil hier keine Betroffenheit durch das Vorhaben zu erwarten ist.

### Datengrundlagen

Information	Quelle	Stand
Regionalplan Bodensee-Oberschwaben	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	Stand 04.04.1996
Denkmaldaten	Landesdenkmalpflege BW	Stand 07.11.2019
Flächennutzungsplan des Gemeindeverbands Mittleres Schussental	Stadt Ravensburg	Stand 21.04.2018
Weitere Infrastruktureinrichtungen / Nutzungstypen	Eigene Erhebungen, Topografische Karten	09/2018

### Geschützte Gebietskategorien

Im Untersuchungsgebiet sind lediglich zwei Kulturdenkmäler gemäß § 2 DSchG vorhanden. Dabei handelt es sich um zwei Brückenbauwerke über die Schussen bei Klöcken, die als Baudenkmäler klassifiziert sind. Diese befinden sich auf den Fl.St.-Nr. 0-294/1 und 0-346/3, Gemarkung Eschach sowie auf den Fl.St.-Nr. 0-2356 und 0-2445, Gemarkung Taldorf.

Kleindenkmale an Hauswänden, in Mauern, an Brücken oder entlang von Straßen finden sich lediglich in Form eines Feldkreuzes am südlichen Waldrand des Flurstücks 332/2, Gemarkung Eschach.

### Bereiche mit verbindlichen Festlegungen

Im aktuell rechtskräftigen Regionalplan (Fassung vom 04.04.1996) für das Untersuchungsgebiet ist der Vorhabensbereich als Deponie ausgewiesen. Der Erweiterungsbereich der Deponie ist im Regionalplan als geplante Ver- und Entladestelle für Kies, Sand und Festgestein vorgesehen. Das Areal ist darüber hinaus großflächig als Regionaler Grünzug definiert, das von Bebauung frei zu halten ist. Die Deponie Ravensburg – Gutenfurt ist in der Raumnutzungskarte des Regionalplans 1996 nachrichtlich übernommen und in der Tabelle 4.16 des Regionalplans ausgeführt. Als Element der Abfallentsorgungseinrichtung handelt es sich somit um eine standortgebundene Anlage der technischen Infrastruktur. Das Fehlen zumutbarer Alternativen ist im allgemeinen Erläuterungsbericht und der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung dargelegt. Eine Beeinträchtigung der Ziele der Regionalplanung (hier: Regionale Grünzüge) wird durch das Vorhaben nicht ausgelöst vgl. Kapitel 1.5.1.

Im aktuellen Planentwurf des in der Überarbeitung befindlichen Regionalplans vom 25.06.2021 sind die o.g. Ausweisungen bis auf die Regionalen Grünzüge nicht mehr enthalten. Das gegenständliche Vorhaben zur vertikalen Volumenerweiterung der bestehenden Deponie Gutenfurt entspricht aufgrund der Eigenschaft als standortgebundene bauliche Anlage der technischen Infrastruktur sowie der expliziten Ausnahmeregelung für Aufschüttungen zur Erweiterung bestehender Deponien den Zielen zu den Regionalen Grünzügen bzw. erfüllt den Tatbestand der ausnahmsweisen Vereinbarkeit mit den Zielen des Regionalplans vgl. Kapitel 1.5.1.

Dem Flächennutzungsplan des Gemeindeverbands Mittleres Schusental (Stand 21.04.2018) ist zu entnehmen, dass es sich bei dem Deponiegelände um „Flächen für Versorgungsanlagen (§ 5 Abs.2 Nr.4 und Abs.4 BauGB)“ handelt. Weitere Ausweisungen gemäß FNP sind die im Umfeld der Deponie großflächig ausgewiesenen Flächen „Wald- und Landschaftsprägende Gehölzarten“. Weitere relevante Ausweisungen sowie Ausweisungen zu Kulturgütern bestehen nicht.

### Schutzgutausprägungen aufgrund gutachterlicher Erwägungen

Im Untersuchungsgebiet sind neben der Deponie die im Westen gelegene elektrifizierte Bahnstrecke Ravensburg – Friedrichshafen sowie das im Osten gelegene Gewerbegebiet als Sachgüter zu nennen. Nördlich des Deponiegeländes befindet sich noch das Klärwerk Langwiese. Darüber hinaus sind alle Gebäude sowie die Straßenverkehrswege als Sachgüter zu klassifizieren. Aufgrund der Lage der Sachgüter ist eine Beeinträchtigung durch das gegenständliche Vorhaben ausgeschlossen. Auch eine Beeinträchtigung des Deponiekörpers durch die Volumenerweiterung ist aufgrund der identischen Art von Vorhaben und der rein ergänzenden Wirkung nicht gegeben. Kulturgüter sind im Untersuchungsgebiet neben den genannten Baudenkmalern nicht vorhanden.

### Vorbelastungen

Vorbelastungen für das Schutzgut bestehen keine bzw. sind untergeordnet zu betrachten.

## 2.2.8 Schutzgut Fläche

### Werthintergrund

Gemäß UVPG Abs. 1 Nr. 2 sind die Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche zu erfassen, zu beschreiben und zu bewerten. Wesentliche Aspekte des Schutzguts beziehen sich auf die quantitative Ressourcenschonung und Nutzungseffizienz (Dichte) hinsichtlich der Flächeninanspruchnahme. Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele qualitative Aspekte des Flächenverbrauchs bei anderen Schutzgütern, (insb. Boden, Wasser, Klima, Tiere/Pflanzen und Mensch) betrachtet werden.

Zusammenfassend sind folgende Gesichtspunkte hier vorrangig:

- Flächeninanspruchnahme (dauerhaft und vorübergehender Flächenbedarf)
- Flächenumwandlung (Nutzungsänderung)
- Flächenrelevante Folgewirkungen (Zerschneidung)

Hierfür werden quantitative Berechnungen zum Bedarf an Grund und Boden ermittelt und gemäß ihrer Beanspruchungsart aufgeführt

### Datengrundlagen

Zur Ermittlung maßgeblicher Größen werden folgende Grundlagen herangezogen:

Information	Quelle	Stand
Regionalplan Bodensee-Oberschwaben	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	Stand: 04.04.1996
Biotop- und Nutzungsstrukturtypen gemäß Datenschlüssel des LUBW (Arten, Biotope, Landschaft)	Eger & Partner	09/2018
Deponieplanung	Fachplanung AU Consult	10/2020

### Geschützte Gebietskategorien

Es bestehen keine Schutzgebiete aufgrund gesetzlicher Regelungen und Verordnungen (geschützte Gebietskategorien) für das Untersuchungsgebiet.

### Bereiche mit verbindlichen Festlegungen

Die gegenständliche Deponie ist im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben (04.04.1996) für den Landkreis Ravensburg als Kreismülldeponie, Kompostieranlage, Altholzannahmestelle sowie als Wertstofferrfassungsanlage (Recyclinghof) „Ravensburg/Gutenfurt“ ausgewiesen. Gleichzeitig ist das Gebiet großräumig als Regionaler Grünzug gekennzeichnet, das von Bebauung frei zu halten ist. Die Deponie Ravensburg – Gutenfurt ist in der Raumnutzungskarte des Regionalplans 1996 nachrichtlich übernommen und in der Tabelle 4.16 des Regionalplans ausgeführt. Als Element der Abfallentsorgungseinrichtung handelt es sich somit um eine standortgebundene Anlage der technischen Infrastruktur. Das Fehlen zumutbarer Alternativen ist im allgemeinen Erläuterungsbericht und der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung dargelegt. Eine Beeinträchtigung der Ziele der Regionalplanung (hier: Regionale Grünzüge) wird durch das Vorhaben nicht ausgelöst vgl. Kapitel 1.5.1.

Der Regionalplan befindet sich aktuell in der Überarbeitung. In der Fassung vom 25.06.2021 ist das Gebiet ebenfalls als Regionaler Grünzug ausgewiesen. Das gegenständlichen Vorhaben zur vertikalen Volumenerweiterung der bestehenden Deponie Gutenfurt entspricht aufgrund der Eigenschaft als standortgebundene bauliche Anlage der technischen Infrastruktur sowie der expliziten Ausnahmeregelung für Aufschüttungen zur Erweiterung bestehender Deponien den Zielen zu den Regionalen Grünzügen bzw. erfüllt den Tatbestand der ausnahmsweisen Vereinbarkeit mit den Zielen des Regionalplans vgl. Kapitel 1.5.1.

#### Schutzgutausprägungen aufgrund gutachterlicher Erwägungen

Genehmigungsgrundlage für die Errichtung und den Betrieb der Deponie Gutenfurt ist der Planfeststellungsbescheid des Regierungspräsidium Tübingen (RP Tübingen) vom 09.08.1973. Der Deponiebetrieb erfolgt aktuell durch die REAG GmbH auf der Grundlage des Plangenehmigungsbescheides des RP Tübingen vom 13.12.2004. Der Deponiekörper umfasst eine Flächengröße von ca. 16,5 ha. Die Erweiterung bzw. die Volumenoptimierung der Deponie Gutenfurt erfolgt auf der gleichen Grundfläche wie die bereits bestehende Deponie. Erreicht wird dies durch steilere Böschungen, den Entfall von Bermen und eine moderate Überhöhung. Es erfolgt somit keine Inanspruchnahme von zusätzlichen Flächen. Dies gilt ebenso für Bau- und Betriebswege.

#### Vorbelastung

Die gegenständliche Erweiterungsfläche zur Volumensteigerung ist bereits vollständig als Deponie ausgewiesen. Eine Vorbelastung existiert somit im Rahmen der bestehenden Deponie.

## 2.2.9 Wechselwirkungen

Im Rahmen der Raumanalyse dieses UVP-Berichtes sind die strukturellen und funktionalen Wechselbeziehungen innerhalb eines bzw. zwischen den einzelnen Schutzgütern (und ihrer Teilkomponenten) sowie zwischen den Ökosystemen abzuleiten und zu beschreiben. Auftretende kumulative Wirkungen und Effekte werden auf diese Weise aufgezeigt.

Dabei erfolgt eine Beschränkung auf diejenigen Wechselwirkungen, die vom Vorhaben betroffen sein können.

Dabei werden die Wechselwirkungen in zwei Schritten berücksichtigt:

- schutzgutbezogen: Beschreibung der entscheidungsrelevanten Sachverhalte
- schutzgutübergreifend: Bezug auf das Gesamtökosystem und den vielschichtigen Abhängigkeiten der Schutzgüter untereinander

Vorhabenbezogen lassen sich zusammenfassend als schutzgutübergreifende Wechselwirkungen benennen:

- Veränderung von Standortbedingungen durch anthropogene Überprägungen (Nutzungsänderungen, Flächeninanspruchnahmen, Flächenintensivierung)
- Mögliche Schadstoffbelastungen (in Boden, Luft und Wasser)
- Beeinträchtigung der Erholungsfunktion u. der landschaftlichen Vielfalt/Strukturen
- Beeinträchtigung von Lebensräumen der Tieren/Pflanzen (biologischer Vielfalt)

Die Darstellung möglicher Wechselwirkungen erfolgt in nachfolgender Tabelle:

<b>Schutzgut/ Schutzgutfunktion</b>	<b>Wechselwirkungen zu anderen Schutzgütern</b>
Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> <li>– anthropogene Nutzungen beeinflussen den Lebensraum von Pflanzen und Tieren</li> <li>– anthropogen bedingte Nutzungen verändern die Standortverhältnisse des natürlichen Bodens und führen zu Schadstoffbelastungen</li> <li>– anthropogene Nutzungen beeinflussen den Wasserhaushalt</li> <li>– anthropogene Nutzungen führen zur Umformung und technischen Überprägung der Landschaft</li> <li>– anthropogene Nutzungen führen zu Schadstoffbelastungen der Luft</li> <li>– anthropogene Nutzungen beeinflussen Angebot und Qualität siedlungsnaher Erholungsflächen sowie Freizeitnutzung</li> </ul>
Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Abhängigkeit der Vegetation und Fauna von abiotischen Standorteigenschaften des Bodens, des Geländeklimas, des Vorhandenseins von Oberflächengewässern, des Wasserdargebotes</li> <li>– Abhängigkeit der funktionalen Qualität durch mögliche Schadstoffbelastungen in Boden, Luft und Wasser</li> <li>– Abhängigkeit von anthropogenen Überprägungen und Nutzungen wie Landwirtschaft, Errichtung von Sachgütern, Siedlungen, Gewerbe</li> <li>– Abhängigkeit vom Flächenangebot, Flächengröße und Flächenverbund</li> </ul>



Schutzgut/ Schutzgutfunktion	Wechselwirkungen zu anderen Schutzgütern
Boden	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Bedeutung von Böden und ihren Funktionen im Naturhaushalt für Tiere/Bodenlebewesen und Pflanzen</li> <li>– Bedeutung für den Wasserhaushalt, zum Grundwasserschutz, zur Grundwasserneubildung, Hochwasserrückhalt</li> <li>– Bedeutung als Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion und als Rohstofflieferant</li> <li>– Bedeutung als Senken klimarelevanter Stoffe</li> <li>– Bedeutung als Grundlage für landschaftliche Strukturen</li> </ul>
Wasser	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Bedeutung des Grundwassers zur Trinkwasserversorgung für den Menschen</li> <li>– Beeinträchtigung durch Schadstoffe, Verunreinigungen</li> <li>– Bedeutung als Lebensraum für Tiere und Pflanzen</li> <li>– Bedeutung für das Lokalklima und die Entwicklung von Böden</li> </ul>
Luft und Klima	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Bedeutung der Luftgüte/Lufthygiene für den Menschen und für Tiere und Pflanzen</li> <li>– Bedeutung für das Mikroklima und für Frischluftentstehung und Luftaustausch</li> </ul>
Landschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Bedeutung der Landschaft für die Erholung des Menschen</li> <li>– Bedeutung der Landschaft / der landschaftlichen Strukturen für Tiere und Pflanzen, als Leit- und Austauschlinien</li> <li>– Abhängigkeit des Landschaftsbildes von den Faktoren Relief, Boden, Vegetation, Flächennutzung, Flächeninanspruchnahme</li> <li>– Beeinflussung und Abhängigkeit des Mikroklimas und der Luftreinhaltung</li> </ul>
Kultur- und Sachgüter	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Versorgung des Menschen mit Energie und Rohstoffen</li> </ul>
Fläche	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Zunahme anthropogener Nutzungen und Überprägungen, damit einhergehend Flächenumwandlungen und dauerhafte Flächeninanspruchnahmen</li> <li>– Zunahme von Flächenversiegelung und -intensivierung</li> <li>– Abnahme von zusammenhängenden Lebensräumen für Tiere und Pflanzen</li> </ul>

#### 2.2.10 Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Beschreibung der Umwelt und ihrer Bestandteile aufgetreten sind

Die Bearbeitung der Umweltverträglichkeitsstudie erfolgte auf Grundlage des allgemeinen Kenntnisstandes und der allgemein anerkannten Methoden. Insgesamt ist festzuhalten, dass bei der Bearbeitung keine Schwierigkeiten aufgetreten sind, welche für eine sachgerechte Beurteilung der Umweltauswirkungen des Vorhabens und eine sachgerechte Entscheidungsfindung, von Relevanz sind.

### 2.3 Identifizieren von Bereichen besonderer umweltbezogener Wertigkeit / Bedeutung (Raumwiderstand)

Für die ermittelten Sachverhalte aus der Raumanalyse wird schutzgutübergreifend der sogenannte Raumwiderstand für Bereiche mit unterschiedlichem umweltbezogenen Konfliktpotenzial abgeleitet. Dabei sind Bereiche mit fachrechtlichen und raumordnerischen Festsetzungen, welche ggf. dem Vorhaben entgegenstehen, besonders relevant.

#### 2.3.1 Vorgehensweise

Zur Ableitung des Raumwiderstandes/Konfliktpotenzials werden die ermittelten Sachverhalte der Raumanalyse in Raumwiderstandsklassen zugeordnet. Die Raumwiderstandsklasse ist dabei nicht im Sinne einer Wertstufe zu verstehen, sondern in Sinne der Darstellung des Konfliktpotenzials bzw. der Zulassungsrisiken innerhalb des Planungsraumes.

Dabei werden diejenigen Bereiche, die aufgrund fachrechtlicher oder raumordnerischer Festsetzungen abgegrenzt werden, von denjenigen Bereichen, die aufgrund gutachterlicher Einschätzung mit einem Konfliktpotenzial belegt wurden, unterscheiden, da die Rechtsfolgen unterschiedlich sind. Fachgutachterliche Bewertungen erfolgen dann, wenn sich aus dem Fachrecht keine Beurteilung des Konfliktpotenzials ableiten lässt.

Die Darstellung des Raumwiderstandes ermöglicht dementsprechend eine Einschätzung,

- ob ein Standort in relativ konfliktarme Bereichen mit potenziell geringeren Umweltauswirkungen sinnvoll möglich ist,
- ob ein Standort Bereiche berührt, die erhebliche Umweltauswirkungen erwarten lassen und dementsprechend erhebliche Aufwendungen für Vermeidung, Verminderung und Kompensation bedingt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zuordnung der schutzgutbezogenen Sachverhalte zu den Raumwiderstandsklassen.

Dabei nimmt der Raumwiderstand mit zunehmender Zahl ab (Raumwiderstandsklasse I ist zulassungskritischer als Raumwiderstandsklasse II oder III).

Raumwiderstandsklasse	Definition	Zuordnung der schutzgutbezogenen Sachverhalte
I	<p>= hoher Raumwiderstand = Sachverhalte, die einer Zulassung des Vorhabens entgegenstehen können. Dazu zählen Sachverhalte, die bei vorhabenbedingter Beeinträchtigung erhebliche Umweltauswirkungen erwarten lassen, welche zulassungsrelevant sein können.</p> <p>Im Bezug zum Vorhaben der Erweiterung einer Deponie zählen hierzu:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Raumordnerische Ausweisungen (Vorrang- und Vorbehaltsgebiete)</li> <li>• Ausweisungen gemäß Waldfunktionsplan</li> <li>• Schutzgebiete aus dem Naturschutz (Nationalparke, Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete)</li> <li>• Kompensations- und Ökoflächen gemäß Kompensationsverzeichnis</li> <li>• Streng und besonders geschützte Arten und ihre Lebensstätten (gem. BNatSchG)</li> <li>• Böden mit hoher natürlicher Ertragsfähigkeit</li> <li>• Hochwassergefahrenflächen / Überschwemmungsgebiete</li> <li>• Bauleitplanerische Festsetzungen (Wohn- und Mischgebiete)</li> <li>• Bauliche Sachgüter</li> <li>• Denkmale</li> </ul>	<p><u>Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Siedlungsbereiche (Wohn-, Mischgebiete)</li> <li>▪ Immissionsschutzwald</li> <li>▪ Erholungswald</li> </ul> <p><u>Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ FFH-Gebiete</li> <li>▪ Ökoflächen</li> <li>▪ Biotopverbund Kernfläche/Kernraum</li> <li>▪ Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege</li> <li>▪ Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen</li> <li>▪ Vorranggebiet für Forstwirtschaft und Waldfunktionen</li> <li>▪ Schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft</li> </ul> <p><u>Boden</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bodenschutzwald</li> <li>▪ Boden mit hoher oder sehr hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit</li> </ul> <p><u>Wasser</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Überschwemmungs- bzw. Hochwassergefahrengebiet</li> <li>▪ Oberflächengewässer</li> </ul> <p><u>Landschaft</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Naturdenkmal</li> <li>▪ Sichtschutzwald</li> </ul> <p><u>Kulturgüter und sonstige Sachgüter</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bauliche Sachgüter</li> </ul> <p><u>Klima und Luft</u></p> <p>---</p> <p><u>Fläche</u></p> <p>---</p>

Raum- widerstands- klasse	Definition	Zuordnung der schutzgutbezoge- nen Sachverhalte
II	<p>= mittlerer Raumwiderstand = Sachverhalte können zu erheblichen Umweltauswirkungen führen, der im Rahmen der Abwägung entscheidungserheblich ist. Es ist ein Sachverhalt betroffen, der sich aus gesetzlichen oder untergesetzlichen Normen oder gutachterlichen, umweltqualitätszielorientierten Bewertungen begründet. Die Sachverhalte können sowohl aus der Sachebene als auch aus der gutachterlichen Bewertung resultieren.</p> <p>Im Bezug zum Vorhaben der Erweiterung einer Deponie zählen hierzu:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schutzgebiete aus dem Naturschutz (wie Landschaftsschutzgebiet, geschützte Landschaftsteile, gesetzlich geschützte Biotop)</li> <li>• Siedlungsnaher Freiraum und Erholungsnutzung</li> <li>• Biotoptypen/Biotopverbund</li> <li>• Waldflächen mit besonderen Funktionen gem. Waldfunktionsplan</li> <li>• Seltene Böden / Böden mit Entwicklungspotenzial</li> <li>• Denkmale</li> </ul>	<p><u>Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Freizeitkarte (Rad-/Wanderwege)</li> <li>▪ Wohnen im Außenbereich</li> <li>▪ Siedlungsnaher Freiraum</li> <li>▪ Funktionsbeziehungen zwischen Ortschaften</li> </ul> <p><u>Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt</u> Biotoptypen mit besonderer naturschutzfachlicher Bedeutung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Biotopkartierung (Offenland/Wald)</li> <li>▪ Biotop nach § 30 BNatSchG im Rahmen der Nutzungskartierung</li> <li>▪ Biotopverbund 500m-Suchraum</li> </ul> <p><u>Boden</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Standorte für naturnahe Vegetation (hoch)</li> <li>▪ Boden mit mittlerer bis hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit</li> </ul> <p><u>Wasser</u> ---</p> <p><u>Landschaft</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Landschaftsschutzgebiet</li> </ul> <p><u>Kulturgüter und sonstige Sachgüter</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kleindenkmale (Feldkreuz)</li> </ul> <p><u>Klima und Luft</u> ---</p> <p><u>Fläche</u> ---</p>

Raum- widerstands- klasse	Definition	Zuordnung der schutzgutbezogenen Sachverhalte
III	<p>= geringer Raumwiderstand = Sachverhalte, die bedingt entscheidungsrelevant sind. Es ist ein Sachverhalt betroffen, der sich aus rechtlichen Normen oder anderen verbindlichen Vorgaben ableitet, der aber i. S. der Umweltvorsorge einfließt. Die Sachverhalte können sowohl aus der Sachebene als auch aus der gutachterlichen Bewertung resultieren.</p> <p>Im Bezug zum Vorhaben der Erweiterung einer Deponie zählen hierzu:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kulturlandschaft / landschaftliche Strukturen und Vielfalt</li> <li>• Waldflächen ohne besondere Funktionen</li> <li>• Gewerbeflächen</li> <li>• Infrastruktureinrichtungen</li> </ul>	<p><u>Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gewerbeflächen</li> </ul> <p><u>Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Biotopverbund 1000m-Suchraum</li> <li>▪ Regionale Grünzüge</li> </ul> <p><u>Boden</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Standorte für naturnahe Vegetation (mittel – hoch)</li> <li>▪ Boden mit mittlerer natürlicher Bodenfruchtbarkeit</li> </ul> <p><u>Wasser</u></p> <p>---</p> <p><u>Landschaft</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Landschaftsprägende Gehölzstrukturen</li> </ul> <p><u>Kulturgüter und sonstige Sachgüter</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Infrastruktureinrichtungen und Anlagen der Ver- und Entsorgung</li> <li>▪ Bebauung im Außenbereich</li> </ul> <p><u>Klima und Luft</u></p> <p>---</p> <p><u>Fläche</u></p> <p>---</p>

## 2.3.2 Beschreibung der Bereiche mit besonderer umweltbezogener Bedeutung

Die Bereiche mit unterschiedlicher umweltbezogener Bedeutung sind in den Tabellen von Kapitel 2.3.1 zusammengeführt. Eine Darstellung der Raumwiderstände in einer Raumwiderstandskarte wird durchgeführt. Allerdings gibt es bei der Errichtung der Deponie keine räumlich differenzierten Varianten und somit keine Unterschiede bezüglich der Berührung von Flächen mit hohem Raumwiderstand.

Insgesamt tangiert das Vorhaben keine Bereiche der Raumwiderstandsklasse I (hoch) und nahezu keine Bereiche der Raumwiderstandsklasse II (mittel). Aus umweltfachlicher Sicht stehen dem Vorhaben keine unüberwindbaren Hürden entgegen.

### Beschreibung verbleibender Bereiche mit umweltbezogener Bedeutung:

Die **Raumwiderstandsklasse I** beinhaltet im Vorhabensbereich keine Ausweisungen. Potentielle Konflikte ergeben sich somit nicht.

Die **Raumwiderstandsklasse II** beinhaltet im Vorhabensbereich Biotop, die dem Schutz des § 33 NatSchG unterliegen. Diese ergeben sich aus der Struktur- und Nutzungskartierung die im September 2018 von Eger & Partner durchgeführt wurde. Dabei handelt es sich um Trockenmauern (Einheit 23.40) am Fuß des Deponiekörpers, an vier verschiedenen Standorten des Deponiegeländes.

Darüber hinaus sind randliche Teile des Deponiegeländes bzw. des Deponiekörpers mit einer „mittleren – hohen“ Bodenfruchtbarkeit bewertet. Die Bewertung geht auf die bodenkundlichen Einheiten der Bodenkarte 1:50.000 zurück und ist entsprechend unpräzise. Da die genannten Bereiche bereits seit längerem von dem Deponiekörper überprägt sind ist eine entsprechende Bodenfruchtbarkeit nicht gegeben. Der Sachverhalt wird daher als nicht relevant betrachtet.

Die **Raumwiderstandsklasse III** beinhaltet im Vorhabensbereich eine Ausweisung gemäß Flächennutzungsplan. Dabei handelt es sich um die Ausweisung des Deponiegeländes als Ver- und Entsorgungsanlage. Dieser Sachverhalt steht dem Vorhaben grundsätzlich nicht entgegen.

Die Betrachtung des Raumwiderstandes zeigt deutlich, dass es sich bei dem Untersuchungsraum um ein Gebiet mit umweltbezogener Bedeutung handelt, das partiell besonders hochwertigen Charakter aufweist.

Die Betrachtung zeigt jedoch ebenso deutlich, dass es sich bei dem konkreten Vorhabensbereich um ein durch anthropogene und intensive Nutzungen geprägtes Areal handelt, welches keinen bzw. nur verminderten Umweltbezug aufweist. Aus umweltfachlicher Sicht stehen dem Vorhaben somit keine ausgeprägten Hindernisgründe mit zulassungsgefährdender bzw. zulassungskritischer Bedeutung entgegen. Somit stellen die Bereiche mit besonderer umweltbezogener Bedeutung, die durch das Vorhaben berührt werden, ausschließlich Konfliktpunkte dar.

### Es ergeben sich folgende Konfliktpunkte mit Angabe der betroffenen Schutzgüter:

Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

- |      |  |
|------|--|
| TP 1 | Potentielle (temporäre) Beeinträchtigung von § 33 NatSchG Biotopen durch Flächeninanspruchnahme/Überbauung |
|------|--|

### **3      ÜBERSICHT ÜBER DIE WICHTIGSTEN VOM TRÄGER DES VORHABENS ZU PRÜFENDE LÖSUNGSMÖGLICHKEITEN**

Bei dem gegenständlichen Vorhaben handelt es sich nicht um ein Vorhaben, für das verschiedene mögliche räumliche Varianten existieren. Es handelt sich vielmehr um ein räumlich klar abgegrenztes Vorhaben. Am Standort Gutenfurt bestehen keine Alternativen, die offensichtlich keine oder weniger bzw. geringere Umweltauswirkungen aufweisen. Für den Standort in Gutenfurt ergeben sich somit keine zumutbaren bzw. verhältnismäßigen Alternativen hinsichtlich des Standorts, der räumlichen Ausdehnung sowie der technischen Ausführung. Es erfolgt zwar eine Alternativenprüfung auf Landkreisebene, eine gänzlich neue Deponie an einem anderen Standort bringt jedoch zweifelsfrei größere Umweltauswirkungen mit sich, als das gegenständliche Vorhaben.

Ausgeprägte Konfliktschwerpunkte mit zulassungsgefährdender bzw. zulassungskritischer Bedeutung liegen bei der Berücksichtigung von bestehenden und geplanten Vermeidungs- und Minimierungsmöglichkeiten sowie durch die Kompensationsmöglichkeiten bei der Realisierung des gegenständlichen Vorhabens nicht vor. Somit stellen die Bereiche mit besonderer umweltbezogener Bedeutung, die durch das Vorhaben berührt werden, ausschließlich Konfliktpunkte dar.

## 4 BESCHREIBUNG DER MAßNAHMEN, MIT DENEN ERHEBLICHE NACHTEILIGE UMWELTAUSWIRKUNGEN VERMIEDEN UND VERMINDERT WERDEN KÖNNEN

Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen gem. § 6 Abs. 3 Nr. 2 UVPG sind Bestandteil des Vorhabens und somit der Auswirkungsprognose. Dabei werden Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zur Einhaltung gesetzlicher Standards als auch im Hinblick auf das Vermeidungsgebot dargestellt.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Situierung des Vorhabens im Kontext des Raumwiderstandes zu betrachten. Insgesamt tangiert das Vorhaben keine Bereiche der Raumwiderstandsklasse I (hoch) und nahezu keine Bereiche der Raumwiderstandsklasse II (mittel). Aus umweltfachlicher Sicht stehen dem Vorhaben somit keine ausgeprägten Hindernisgründe mit zulassungsgefährdender bzw. zulassungskritischer Bedeutung entgegen.

Schutzgüter	Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung
<u>Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>An- und Abfahrten finden ausschließlich über die bestehende Zufahrt statt</li> <li>Befeuchtung von Fahrwegen sowie Begrenzung der Fahrgeschwindigkeit</li> <li>Begrenzung der Betriebszeiten sowie des Betriebes ausschließlich an Werktagen</li> </ul>
<u>Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zeitliche Beschränkung der Rodungsarbeiten unter Berücksichtigung der avifaunistisch sensiblen Zeiträume (Vogelschutzzeit)</li> <li>Zeitliche Beschränkung der Rodungsarbeiten unter Berücksichtigung der Fledermausfauna</li> <li>Maßnahmen zum Schutz der Fledermausfauna</li> <li>Verzicht auf Nachtbaustellen</li> </ul>
<u>Boden</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einsatz schadstoffarmer Baumaschinen</li> <li>Berücksichtigung der Vorgaben zum „Bodenschutz bei Baumaßnahmen“ des Landratsamts Ravensburg (siehe Anlage 1) und des BBodSchG</li> </ul>
<u>Wasser</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vermeidung von Eingriffen in den Grundwasserhaushalt; dabei sicheres Einhalten von ausreichend Abstand zwischen Deponie-sole und dem höchsten zu erwartenden freien Grundwasserspiegel</li> <li>Erfassung und Ableitung des Sickerwassers</li> <li>Erfassung des Niederschlagswassers in Randgräben und Ableitung in Zwischenspeicherbecken und Regenüberlaufbecken mit anschließender Entlassung in die Vorflut</li> </ul>
<u>Klima und Luft</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Befeuchtung von Fahrwegen zur Reduzierung von Emissionen</li> </ul>
<u>Landschaft</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Landschaftsgerechte Einbindung der Deponie durch die Wiederaufforstungsverpflichtung des Plangenehmigungsbescheids des RPT vom 13.12.2004</li> </ul>
<u>Kulturgüter und sonstige Sachgüter</u>	---
<u>Fläche</u>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Flächennachnutzung/Flächenumwandlung im Rahmen der Wiederaufforstungsverpflichtung des Plangenehmigungsbescheids des RPT vom 13.12.2004</li> </ul>



## 5 ERMITTLUNG, BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER ZU ERWARTENDEN ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN

In Bezug auf Kapitel 3 werden die zu erwartenden Umweltauswirkungen für das gegenständliche Vorhaben ermittelt und für die Schutzgüter beschrieben. Grundsätzlich werden bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen des Vorhabens unterschieden.

Nachdem es sich bei dem Vorhaben um die Erweiterung einer bereits genehmigten Deponie handelt, ist nach Ansicht des Antragstellers der genehmigte Endzustand als Beurteilungsbasis für die potentiell entstehenden Eingriffe (naturschutzrechtliche Eingriffsregelung) heranzuziehen. Umweltauswirkungen im Sinne des UVPG sind dementsprechend nur dann als vorhabensrelevant einzustufen, wenn sie vom genehmigten Endzustand abweichen. Das betrifft sowohl bau-, betriebs- als auch anlagebedingte Wirkungen. Hinsichtlich des Artenschutzes ist abweichen davon die faunistisch und floristisch aktuelle Ist-Situation zu bewerten. Diese Ansicht wurde von der zuständigen Naturschutzbehörde im Rahmen der Antragskonferenz vom 16.01.2020 sowie einer juristischen Abklärung am 03.06.2020 durch das Regierungspräsidium Tübingen bestätigt.

### 5.1 Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit

Zu beachten sind hier die durch den Bau und Betrieb entstehende Lärm-, Staub- und eventuell Schadstoffemissionen.

Weiterhin sind die bestehenden Freizeitwege (Rad- und Wanderwege), unter anderem in Verbindung mit siedlungsnahen Erholungsflächen zu betrachten.

#### Wirkfaktoren und Wirkreichweiten mit Darstellung der Auswirkungen

Auswirkungen	Dimensionierung/ Beschreibung	Bemerkungen
<p>Stoffliche und nichtstoffliche Immissionen (Stäube, Schadstoffe, Schall) während <b>Bau und Betrieb</b> der Deponie, welche in Siedlungsbereichen sowie Bereichen, die der Erholungsnutzung dienen, wirken können</p> <p><u>Hinweis:</u> Die Belastung ist nur bedingt quantifizierbar und soll daher zur bestehenden Genehmigungslage ins Verhältnis gesetzt werden. (vgl. Ergebnisprotokoll des Scoping-Termins vom 21.02.2020)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Fahrbewegungen:</b> durchschnittlich ca. 10 LKW/Tag <math>\triangleq</math> 1 – 2 LKW pro Stunde max. ca. 50 LKW/Tag <math>\triangleq</math> ca. 6 Fahrbewegungen pro Stunde</li> <li>▪ <b>Betriebszeiten:</b> ausschließlich werktags zw. 7.30 – 12.00 Uhr und 13.00 – 16:30 Uhr, samstags finden i.d.R. keine Anlieferung statt.</li> <li>▪ <b>Geräuschquellen</b> durch Schallabstrahlung von Baumaschinen wie Planierraupen und Abkippen des Materials sowie durch Lieferverkehr</li> <li>▪ <b>Staubemissionen</b> durch Abwehungen beim Einbau, auf dem Anlieferweg auf befestigten (und unbefestigten) Fahrwegen sowie zur Deponiepflege</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Anzahl an Fahrbewegungen entspricht dem Umfang des bisherigen Baus/Betriebs der Deponie Gutenfurt. Umwelterhebliche Wirkungen sind nicht zu erwarten</li> <li>• Die entstehenden Schallemissionen entstehen ausschließlich zu den werktäglichen Betriebszeiten</li> <li>• Die Schallemissionen entsprechen qualitativ und quantitativ dem Umfang, der im Rahmen der Genehmigungsplanung vom 13.12.2004 bewilligten Geräuschkulisse</li> <li>• Die stofflichen Wirkungen (Stäube und Emissionen durch Baumaschinen) beschränken sich auf die Lieferwege und die Vorhabensfläche während des Baus und des</li> </ul>

		<p>Betriebs. Qualitativ und quantitativ entsprechen diese, analog zu den Geräuschemissionen, dem bisherigen Immissionsniveau</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Höchst vorsorglich werden entsprechende Maßnahmen zu Vermeidung und Minderung durchgeführt. (Kap. 4)</li> </ul>
<p>Funktionsbeeinträchtigung von Flächen, die der (siedlungsnahen) Erholung dienen durch <b>Anlage und Betrieb</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Abnahme der Erholungsqualität durch die Zunahme der technischen Überprägung durch Bau, Anlage und Betrieb der Hügeldeponie</li> <li>▪ Beeinträchtigung eines Rad- und Wanderweges im Bereich des Vorhabens durch Bau, Anlage und Betrieb der Deponie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Vorhaben liegt nicht im Bereich siedlungsnaher Freiräume</li> <li>• Der Bereich um das Vorhabengebiet ist tendenziell von untergeordneter Bedeutung für die siedlungsnaher Erholung</li> </ul> <p>Siedlungsnaher Freiräume sowie Rad- und Wanderwege sind vom Vorhaben weder direkt noch indirekt betroffen</p>

## 5.2 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Aktuell befinden sich, bedingt durch den vorhandenen Deponiebetrieb, überwiegend vegetationslose Kies- und Schotterflächen sowie Abdeckplanen aus Geovlies auf dem Deponiekörper. Vereinzelt existieren Ruderalbestände sowie Gebüsche und Hecken. Im Norden des Deponiekörpers befindet sich ein junger strukturarmer Vorwald. Beeinträchtigungen sind durch die betrieblichen Prozesse gegeben.

### Wirkfaktoren und Wirkreichweiten mit Darstellung der Auswirkungen

Auswirkungen	Dimensionierung/ Beschreibung	Bemerkungen
Verlust/temporäre Beeinträchtigung von Lebensräumen planungsrelevanter Tierarten durch Flächeninanspruchnahme während des <b>Bau und Betriebs</b> der Deponie	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Artnachweise gemäß faunistischem Gutachten: einige Artnachweise des Teichfroschs und der Erdkröte, ein Nachweis der Ringelnatter, viele Nachweise der allochthonen Mauereidechse sowie von 27 Vogelarten</li> <li>▪ Verlust von strukturarmem Vorwald</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vermeidung von Verbotsstatbeständen gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG, hierzu Durchführung von Vermeidungsmaßnahmen)</li> <li>• Vermeidung von Beeinträchtigungen durch entsprechende Maßnahmen (vgl. Kap. 4) während Bau und Betrieb der Anlage</li> </ul>
Verlust und nachhaltige Beeinträchtigung von Lebensräumen planungsrelevanter, streng geschützter Tierarten (Vögel der Feldflur) durch die <b>Anlage</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Artnachweise gemäß faunistischem Gutachten im Umgriff der Vorhabenfläche: Vögel: 31 Artnachweise Amphibien: 2 Artnachweise Reptilien: 2 Artnachweise</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vermeidung von Verbotsstatbeständen gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG</li> <li>• im Rahmen der saP höchst vorsorgliche Durchführung von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen</li> </ul>

Temporäre Überprägung eines mit Gehölzen bestandenen Areals durch die <b>Anlage</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>1,6 ha Wald (strukturarme Vorwaldgesellschaft)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Temporäre Inanspruchnahme von 1,6 ha zwischenbegrünter Fläche mit anschließender Wiederbegrünung des Deponiekörpers.</li> </ul>
Beeinträchtigung von planungsrelevanten, streng geschützten Tierarten durch visuelle Reize sowie Lärm während <b>Bau und Betrieb</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Artnachweise gemäß faunistischem Gutachten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Beeinträchtigungen sind bereits durch den bestehenden Betrieb gegeben. Darüber hinaus gehende Wirkungen sind nicht zu erwarten</li> </ul>
Beeinträchtigung von benachbarten Biotopen/ Lebensräumen planungsrelevanter Tierarten durch stoffliche Immissionen (Stäube) durch <b>Bau und Betrieb</b> der Deponie  <u>Hinweis:</u> Die Belastung ist nur bedingt quantifizierbar und soll daher zur bestehenden Genehmigungslage ins Verhältnis gesetzt werden. (vgl. Ergebnisprotokoll des Scoping-Termins vom 21.02.2020)	<ul style="list-style-type: none"> <li>Staubemissionen durch Abwehungen beim Einbau und auf dem Anlieferweg über die Recyclinganlage</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Beeinträchtigung bestehen bereits durch den aktuellen Betrieb. Darüber hinaus zusätzliche wirkungsame Beeinträchtigungen sind nicht zu erwarten</li> </ul>
<b>Anlage- bzw. baubedingt</b> vermeintlicher Time-Lag-Effekt der Rekultivierung/ Aufforstung durch zeitliche Streckung der Ablagerungsphase	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Deponiegenehmigung enthält kein Abschlussdatum, das Enddatum der Deponie richtet sich daher nach dem genehmigten Deponievolumen und der Anlieferungsmenge</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der vorhandene Planfeststellungsbeschluss sieht die Aufforstung im Anschluss an die Nachsorgephase vor. Die Deponie war ursprünglich für Haus und Gewerbemüll konzipiert. Hier war ein großes Setzungsverhalten vorhanden. Seit 2005 wird kein Hausmüll mehr abgelagert. Mit dem neuen Planfeststellungsantrag soll die Aufforstung wesentlich früher, nämlich sobald technisch möglich, festgelegt werden. Die Hauptsetzung erfolgt, da ausschließlich mineralische Abfälle abgelagert werden, zügiger als bei den ehemaligen Hausmülldeponien.</li> </ul>

### 5.3 Boden

Die Böden sind durch die Bestandsdeponie bereits vollständig überprägt. Durch die ausschließlich vertikale Erweiterung der Deponie ergibt sich kein dauerhafter Verlust biotisch gewachsenen Böden und deren Bodenfunktionen.

#### Wirkfaktoren und Wirkreichweiten mit Darstellung der Auswirkungen

Auswirkungen	Dimensionierung/ Beschreibung	Bemerkungen
<p>Schadstoffeinträge in Böden durch auslaufende Schmier- und Betriebsstoffe sowie Ruß von Dieselmotoren während des <b>Betriebes</b></p> <p><u>Hinweis:</u> Die Belastung ist nur bedingt quantifizierbar und soll daher zur bestehenden Genehmigungslage ins Verhältnis gesetzt werden. (vgl. Ergebnisprotokoll des Scoping-Termins vom 21.02.2020)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einsatz von Maschinen und LKW für den Transport und Einbau</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Durch die Basisabdichtung der Deponie erfolgt keine Beeinträchtigung von natürlichen Böden</li> <li>• Minimierungs- und Vermeidungsmaßnahmen werden durchgeführt, so dass eingesetzte Geräte und Maschinen die Vorgaben der 28. BImSchV einhalten</li> <li>• Maschinen und Geräte werden auf dem aktuellen Stand der Technik gehalten sowie regelmäßig gewartet (s. Bodenschutz bei Baumaßnahmen)</li> </ul>
<p>Flächenversiegelung durch <b>Bau, Anlage und Betrieb</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Planfeststellungsgrenze des gegenständlichen Vorhabens umfasst einen Bereich von ca. 18 ha</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bedingt durch die ausschließlich vertikale Erweiterung der Deponie entsteht kein zusätzlicher Flächenverbrauch. Der Bau und der Betrieb finden auf den bereits bestehenden Straßenverkehrswegen des Depo-niegeländes statt</li> </ul>

## 5.4 Wasser

Zur Kontrolle der Grundwasserqualität sind insgesamt sieben Grundwassermessstellen vorhanden. In Bezug auf die vorhandenen Oberflächengewässer handelt es sich überwiegend um kleinere tümpelartige Stillgewässer sowie temporär Wasserführende Gräben.

### Wirkfaktoren und Wirkreichweiten mit Darstellung der Auswirkungen

Auswirkungen	Dimensionierung/ Beschreibung	Bemerkungen
<p>Beeinträchtigung der Grundwasserqualität durch Schadstoffeintrag, u.a. durch belastete Sickerwässer bei <b>Anlage und Betrieb</b> der Erweiterung</p> <p><u>Hinweis:</u> Die Belastung ist nur bedingt quantifizierbar und soll daher zur bestehenden Genehmigungslage ins Verhältnis gesetzt werden. (vgl. Ergebnisprotokoll des Scoping-Termins vom 21.02.2020)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Umwelterhebliche Beeinträchtigungen des Grundwassers werden durch geeignete technische Maßnahmen während Bau- und Betrieb sowie in der Nachsorgephase des Vorhabens ausgeschlossen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Deponie befindet sich nicht in einem Wasserschutzgebiet. Es erfolgt keine Nutzung für die öffentliche Wasserversorgung im Umfeld</li> <li>Eine Veränderung der Deponiesohle gegenüber dem Ist-Zustand entsteht nicht. Ausreichend Abstand zum Grundwasser ist gegeben.</li> <li>Technische Ausführung der Deponieabdichtung durch Basisabdichtung über einer 25 m starken geologische Barriere und somit Vermeidung einer möglichen Schadstoffverfrachtung</li> <li>Erfassung des Sickerwassers in einem Sickerwasserspeicherbecken sowie Ableitung zur Kläranlage Langwiese</li> <li>Überwachung des Grundwassers mittels Grundwassermessstellen</li> </ul>
Veränderung der Grundwasserneubildungsrate durch die <b>Anlage</b> der Deponieerweiterung	<ul style="list-style-type: none"> <li>Durch Abdichtung der Deponie an Sohle und Oberfläche sowie durch die Versiegelung von notwendigen Betriebseinrichtungen erfolgt u. U. eine Minimierung der Grundwasserneubildung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Das Erweiterungsvorhaben erfolgt lediglich vertikal. Eine zusätzliche Flächeninanspruchnahme die eine Veränderung der Grundwasserneubildungsrate zur Folge hätte entsteht nicht</li> </ul>
Beeinträchtigung der Güte von Oberflächengewässern/Gräben durch die Einleitung von Niederschlagswasser beim <b>Bau und Betrieb</b> der Deponie	<ul style="list-style-type: none"> <li>Durch Abwehungen beim Betrieb können die bestehenden Gräben beeinträchtigt werden.</li> <li>Ableitung der anfallenden Niederschlagswässer über Randgräben in Zwischenspeicherbecken und Regenüberlaufbecken.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erhebliche zusätzliche Auswirkungen gegenüber den Eintragungen aus dem bestehenden Betrieb sind nicht zu erwarten</li> <li>Wie beim gegenständlichen Betrieb erfolgt die Einleitung des unbelasteten Niederschlagswassers in die Vorflut. Zusätzliche erhebliche Wirkungen entstehen nicht</li> </ul>

## 5.5 Klima und Luft

Aktuell entstehen durch den regulären Betrieb bereits vernachlässigbar geringe Beeinträchtigungen hinsichtlich der Luftgüte, durch von Baumaschinen verursachte Stäube. Durch die Volumenerweiterung sind keine Verstärken zu erwarten.

### Wirkfaktoren und Wirkreichweiten mit Darstellung der Auswirkungen

Auswirkungen	Dimensionierung/ Beschreibung	Bemerkungen
<p>Beeinträchtigung der Luftgüte im Umfeld der Deponie durch Schadstoffmissionen (Stäube und Baumaschinen) bei <b>Bau und Betrieb</b></p> <p><u>Hinweis:</u> Die Belastung ist nur bedingt quantifizierbar und soll daher zur bestehenden Genehmigungslage ins Verhältnis gesetzt werden. (vgl. Ergebnisprotokoll des Scoping-Termins vom 21.02.2020)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Abwehungen bei Transport und Einbau möglich</li> <li>▪ Abgase der Betriebsfahrzeuge</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine gegenüber dem bestehenden Bau/Betrieb umwelterhebliche Zunahme der lufthygienischen Belastung besteht nicht</li> <li>• Durch Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen (Bewässerung, Abdeckung, Maschinen auf technisch aktuellem Stand) ist die potentielle Wirkung als geringfügig zu bewerten</li> </ul>

## 5.6 Orts- bzw. Landschaftsbild

Im entsprechenden Landschaftsausschnitt existiert mit dem bestehenden Deponiekörper bereits eine Anlage mit entsprechend vertikaler Ausprägung. Eine Erhöhung der Anlage besitzt grundsätzlich das Potential hinsichtlich des Landschaftsbildes funktionsbeeinträchtigend zu wirken.

### Wirkfaktoren und Wirkreichweiten mit Darstellung der Auswirkungen

Auswirkungen	Dimensionierung/ Beschreibung	Bemerkungen
<p>Funktionsbeeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die Erhöhung der <b>Anlage</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Veränderung des Deponiekörpers in der Höhe</li> </ul> <p>OK-Rekultivierung der Plangenehmigung vom 29.02.1984: 468,00 - 469,00 m ü. NN</p> <p>OK-Rekultivierung der gegenständlichen PFST: 467,50 m ü. NN</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes ergeben sich durch die Erhöhung des Deponiekörpers nicht, da sich das Vorhaben unterhalb der ursprünglich (1984) planfestgestellten Maximalhöhe von 468 - 469 m ü. NN bewegt (vgl. Planfeststellungsantrag)</li> <li>• Der Wald der die Deponie umgibt wirkt stark abschirmend</li> <li>• Es besteht eine Wiederaufforstungsverpflichtung welche eine potentielle Beeinträchtigung des Landschaftsbildes minimiert bzw. ausgleicht</li> </ul>

## 5.7 Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Im Untersuchungsraum ist lediglich ein Kleindenkmal bekannt. Sachgüter liegen in Form von Gebäuden bzw. in Form von Infrastruktureinrichtungen vor. Im Bereich des Deponiegeländes existiert lediglich der bereits bestehende Deponiekörper als Sachgut.

### Wirkfaktoren und Wirkreichweiten mit Darstellung der Auswirkungen

Auswirkungen	Dimensionierung/ Beschreibung	Bemerkungen
Bauliche Überprägung/ Beeinträchtigung von Kul- tur- bzw. Sachgütern durch <b>Bau, Betrieb und Anlage</b> der Deponieerweiterung	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bauliche Überprägung/ Beeinträchtigung des be- stehenden Deponiekör- pers</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bei dem gegenständli- chen Vorhaben handelt es sich um denselben Vorhabentyp</li> <li>Eine mögliche Beein- trächtigung des Horizon- talschachts des Sicker- wassersystems durch die zusätzliche statische Auf- last kann ausgeschlossen werden. Ein Nachweis darüber wurde bereits er- bracht Der Erweiterungsbau ist somit nicht in der Lage den bestehenden Depo- niekörper zu schädigen</li> </ul>

## 5.8 Fläche

Bedingt durch die ausschließlich vertikale Erhöhung der Deponie auf der gleichen Grundfläche des Plangenehmigungsbescheids vom 13.12.2004 entsteht durch das Vorhaben keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme.

## 5.9 Wechselwirkungen

Bei der Errichtung des Erweiterungsvorhabens wirkt vor allem die bauliche Anlage selbst (überhöhter Deponiekörper) auf die Umwelt ein. Zusätzliche, aber wenig starke (vgl. Kapitel 1.3.2), Wirkungen ergeben sich durch Emissionen während der Betriebsphase und die anfallenden Wässer (Sicker- und Oberflächenwasser).

Grundsätzlich werden bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen des Vorhabens unterschieden.

Die Ermittlung der mittelbaren wie unmittelbaren Auswirkungen wurde getrennt nach den zu betrachtenden Schutzgütern qualitativ und wenn möglich auch quantitativ erfasst und beschrieben. Dabei ergeben sich Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, die nachfolgend tabellarisch dargestellt werden.

Darstellung der Umweltauswirkungen mit Bezug zu Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern:

Auswirkungen	Schutzgüter							
	Mensch	Tiere u. Pflanzen, biologische Vielfalt	Boden	Fläche	Wasser	Luft und Klima	Landschaft	Kultur- und Sachgüter
<b>Baubedingt</b>								
stoffliche und nichtstoffliche Immissionen (Stäube, Abgase, Schall, vis. Reize)	0	(x)	0	0	0	0	0	0
Verlust / temporäre Beeinträchtigung von Lebensräumen planungsrelevanter Tierarten	0	0*	0	0	0	0	0	0
Funktionsverlust der relevanten Bodenfunktionen auf der gesamten Deponiefläche mit Betriebseinrichtungen	0	0	0	(x)	0	0	(x)	0
<b>Anlagebedingt</b>								
Funktionsbeeinträchtigung von Flächen, die der Erholung (vor allem siedlungsnah) dienen	(x)	0	0	(x)	0	0	(x)	0
Verlust und nachhaltige Beeinträchtigung von Lebensräumen planungsrelevanter Tierarten	0	0*	0	0	0	0	0	0
Beeinträchtigungen durch das Erweiterungsbauwerk; Funktionsverlust der Bodenfunktionen	0	0	0	0	0	0	0	0
Mögliche Schadstoffeinträge ins Grundwasser	0	0	0	0	0	0	0	0
Veränderung der Grundwasserneubildung im Bereich der Deponie	0	0	0	(x)	0	0	0	0



<b>Betriebsbedingt</b>								
Stoffliche und nichtstoffliche Immissionen (Stäube, Schadstoffe, Schall)	0	0	0	0	0	0	0	0
Funktionsbeeinträchtigung von Flächen, die der Erholung (vor allem siedlungsnah) dienen	0	0	0	(x)	0	0	0	0
Verlust / temporäre Beeinträchtigung von Lebensräumen planungsrelevanter Tierarten	0	0	0	0	0	0	0	0
Funktionsverlust der relevanten Bodenfunktionen	0	0	0	0	0	0	0	0

xx erhebliche negative Auswirkungen  
x negative Auswirkungen  
0 Auswirkungen nicht relevant  
(x) durch andere Schutzgüter abgedeckt

\* Die Mauereidechse wird nicht als planungsrelevante Tierart eingestuft (s. spezielle artenschutzrechtliche Prüfung, Anlage 3)

Im Rahmen der Durchführung des Vorhabens werden Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen durchgeführt, so dass sich erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermeiden und mindern lassen. (vgl. Kap. 4 und 5.1 bis 5.8)

## 5.10 Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Prognose der Umweltauswirkungen aufgetreten sind

Nach § 40 Abs. 2 Nr. 7 UVPG sind im Zuge der UVS Schwierigkeiten aufzuzeigen, die sich bei der Zusammenstellung der Daten ergaben und Lücken bzw. fehlende Kenntnisse zu benennen.

Bei der Zusammenstellung der erforderlichen Informationen und Unterlagen sind keine außergewöhnlichen Schwierigkeiten aufgetreten. Spezifische Angaben zu Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sind zwar nur in einem bestimmten Rahmen möglich, gemäß Protokoll des Scoping-Termins vom 21.02.2020 diese aber nicht zwingend in quantifizierter Form erforderlich.

„Das Referat 54.2 weist darauf hin, dass kein baubedingtes Verkehrsaufkommen zu erwarten ist, da keine Baumaßnahmen im eigentlichen Sinne erforderlich sind. [...] Belastbare baubedingte Faktoren sind im Zusammenhang mit der beantragten Deponieerweiterung nicht festzustellen.“ (RPT 2020)

Vor diesem Hintergrund bestehen keine fehlende Kenntnisse, technische Lücken oder weitere Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben für die Prüfung der Umweltverträglichkeit maßgeblich oder entscheidungserheblich sind.

## **6 ERGEBNISSE DER VERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG(EN) NACH § 34 BNATSCHG SOWIE DER ARTENSCHUTZRECHTLICHEN BE- TRACHTUNG**

Im Vorhabensgebiet selbst sind keine nach § 34 BNatSchG geschützte Gebiete (NATURA 2000-Gebiete) vorhanden im weiteren Untersuchungsgebiet befindet sich das FFH-Gebiet 8223-311 „Schussenbecken mit Tobelwäldern südlich Blitzenreute“, sodass eine Abschätzung und Prüfung hierzu durchgeführt wurde.

### **6.1 FFH-Verträglichkeit**

Im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsvorprüfung sind der Lebensraumtyp Auenwälder mit Erle, Esche und Weide (91E0\*) und die Lebensstätten folgender Anhang II Arten der FFH-RL als vorhabensbedingt relevant definiert worden: Grüne Flussjungfer (1037), Strömer (1131), Groppe (1163), Bechsteinfledermaus (1323) und Biber (1337).

Die Durchführung der FFH-Verträglichkeitsvorprüfung ergab, dass vorhabensbedingt keine dauerhaften oder umwelterheblichen Wirkungen bzw. Beeinträchtigungen der genannten relevanten Lebensraumtypen oder Arten und deren Lebensräumen/Lebensstätten entstehen.

Das Vorhaben verursacht somit keine erheblichen Beeinträchtigungen des FFH-Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele maßgeblichen Bestandteilen.

### **6.2 Beachtung des Artenschutzes**

Aus dem Spektrum der europäisch geschützten Arten in Baden-Württemberg wurden als potenziell zu erwartende, planungsrelevante Tiergruppen die Gruppe der Vögel, Amphibien, Reptilien und speziell die Mauereidechse für vertiefende faunistische Erhebungen ausgewählt.

Im Ergebnis sind für die untersuchten planungsrelevanten Arten keine erheblichen nachteiligen projektspezifischen Wirkungen durch das Vorhaben zu erwarten, sodass relevante Auswirkungen auf den lokalen Bestand bzw. den Erhaltungszustand der lokalen Population nicht mehr zu erwarten sind. Lediglich für die Artgruppe der Fledermäuse sind höchst vorsorglich Vermeidungsmaßnahmen zu treffen. Die Mauereidechse stellt in diesem Zusammenhang ein Spezialfall dar.

#### Avifauna

Im avifaunistischen Untersuchungsgebiet wurden 31 Vogelarten beobachtet. Der Großteil davon wurde im Gehölzbestand außerhalb der Deponie und den angrenzenden Waldbereichen erfasst. Das Artenspektrum besteht überwiegend aus anpassungsfähigen Ubiquisten (sog. ‚Allerweltsarten‘), mit geringer Störungsempfindlichkeit. Mehrere Arten, darunter Greifvögel (Rot- und Schwarzmilan, Mäusebusard, Turmfalke), Dohle und Saatkrähe, wurden nur außerhalb des Areals oder beim Überflug beobachtet, können jedoch als Nahrungsgäste (im Bereich der Schafweide) eingestuft werden. Hervorzuheben ist der Graureiher. Im Fichtenbestand am östlichen Rand des Untersuchungsgebiets konnte eine Brutkolonie mit min. 7 Nestern erfasst werden. Von Bedeutung im Hinblick auf den geplanten Eingriff (Rodung von Gehölzbeständen) sind darüber hinaus vor allem Höhlenbrüter.

Bei den von einer geplanten Rodung betroffenen Gehölzbeständen im Norden des Schlackehügels handelt es sich um einen Laubholzbestand mittleren Alters, in dem nur wenige potenzielle Brutbäume für Höhlenbrüter vorhanden sind. Demgegenüber sind die Waldbereiche außerhalb des Zauns regelmäßig mit Altbäumen durchsetzt

und von höhlenbrütenden Vogelarten (Spechte, Kleiber, Meisen) besiedelt, die innerhalb des Areals nicht beobachtet wurden. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die Rodungsbereiche für besonders planungsrelevante Arten derzeit von untergeordneter Bedeutung sind und ihr Verlust keine erhebliche Verschlechterung des Brutplatzangebots bedeutet.

Auswirkungen auf europäische Vogelarten des Anhangs 1 der Vogelschutzrichtlinie sind innerhalb des Untersuchungsgebietes somit auszuschließen. Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 - 3 BNatSchG liegen nicht vor.

#### Säugetiere (Fledermäuse)

Die Relevanzprüfung ergab, dass das Verbreitungsgebiet einiger Fledermausarten im Wirkraum des Vorhabens liegt. Von diesen Arten finden folgende baumbewohnende Fledermäuse im Vorhabensgebiet der Deponie einen potentiell geeigneten Lebensraum vor: Bechsteinfledermaus, Kleine Bartfledermaus, Fransenfledermaus, Rauhaufledermaus und Braunes Langohr. Ein konkreter Art- bzw. Quartiernachweis konnte nicht erbracht werden. Dafür wurden im Rahmen der avifaunistischen Kartierung durch HARTMANN (2020) drei Biotopbaumstandorte im Gehölzbestand auf dem Deponiekörper festgestellt. Diese weisen ein grundsätzliches Quartierpotenzial für Fledermäuse auf. Das Quartier- und Habitatpotenzial der Bäume und des gesamten Gehölzbestandes gilt jedoch als deutlich herabgesetzt im Vergleich zu den in direkter Umgebung befindlichen potenziellen Quartieren und Habitaten. Dem Vorsorgeprinzip folgend, werden höchst vorsorglich Vermeidungsmaßnahmen ergriffen um potenziellen Verbotstatbeständen wirkungsvoll zu begegnen.

Auswirkungen auf Individuen oder Habitate der europarechtlich geschützten Fledermausarten sind innerhalb des Untersuchungsgebietes auszuschließen. Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 - 3 BNatSchG liegen nicht vor.

#### Amphibien

Die Relevanzprüfung ergab, dass das Verbreitungsgebiet von Gelbbauchunke, Kreuzkröte und Europäischem Laubfrosch im Wirkraum des Vorhabens liegt. Ein entsprechender Lebensraum liegt im Untersuchungsgebiet aber nicht vor. Darüber hinaus konnte im Rahmen der faunistischen Erhebung in den diversen Kleingewässern um den Deponiekörper keine Amphibienarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie erfasst werden. Lediglich die häufig anzutreffenden Arten Erdkröte und Teichfrosch konnten nachgewiesen werden. Entsprechende Wirkungen gehen vom Vorhaben jedoch nicht aus, Betroffenheiten ergeben sich daher nicht.

Auswirkungen auf Individuen oder Habitate der europarechtlich geschützten Amphibienarten sind innerhalb des Untersuchungsgebietes auszuschließen. Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 - 3 BNatSchG liegen nicht vor.

#### Reptilien

Die Relevanzprüfung ergab, dass das Verbreitungsgebiet von Schlingnatter und Zauneidechse im Wirkraum des Vorhabens liegt. Aufgrund des Fehlens von entsprechenden Habitatstrukturen im Untersuchungsgebiet sowie der Absenz der Art im Rahmen der faunistischen Kartierung kann eine Betroffenheit der Schlingnatter ausgeschlossen werden. Von der Zauneidechse existiert ein ehemaliger Fundort im Nordwesten des Deponiegeländes aus dem Jahr 2015. Bei erneuten Kontrollen im Rahmen der faunistischen Kartierung im Jahr 2019 konnten keine Nachweise eines

Vorkommens erbracht werden. Eine Betroffenheit kann daher ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus wurde im Rahmen der faunistischen Kartierung die Mauereidechse nachgewiesen. Die Mauereidechse stellt einen artenschutzrechtlichen Spezialfall dar und wird daher separat behandelt. Weitere Reptilienarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie konnten im Untersuchungsgebiet nicht nachgewiesen werden.

Insgesamt bestehen keine Auswirkungen auf Individuen oder Habitate der europarechtlich geschützten Reptilienarten innerhalb des Untersuchungsgebietes. Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 - 3 BNatSchG liegen nicht vor.

#### Sonstige Artnachweise

Im Rahmen von Beibeobachtungen wurden im Untersuchungsgebiet und der näheren Umgebung 6 Libellenarten und 7 Heuschreckenarten erfasst. Bei den Libellenarten handelt es sich mit einer Ausnahme um häufige und weit verbreitete Arten, die keine besonderen Ansprüche an ihre Entwicklungsgewässer stellen. Hervorzuheben ist die Zweigestreiften Quelljungfer.

Die Nachweise der Heuschrecken erfolgten überwiegend außerhalb des Untersuchungsgebiets in der südwestlich benachbarten Erdaushubdeponie, die als potenzieller Lebensraum der Zauneidechse mit aufgenommen wurde.

Eine Betroffenheit der Libellen- und Heuschreckenarten ist aber nicht zu erwarten.

#### Spezialfall Mauereidechse

Die Mauereidechse (*Podarcis muralis*) wurde bei diversen Begehungen auf dem Deponiegelände sowie konkret auf dem Deponiekörper, im unmittelbaren Vorhabensbereich, beobachtet. Im Rahmen der faunistischen Kartierung zur Artgruppe der Reptilien konnte die Art ebenfalls zahlreich nachgewiesen werden. Im Rahmen der Umsetzung des gegenständlichen Vorhabens würden die Individuen der Mauereidechse und deren Lebensräume extrem stark beeinträchtigt bzw. beschädigt. Unabhängig vom gegenständlichen Vorhaben besteht diese Problematik auch im Rahmen der verpflichtenden derzeit schon genehmigten Oberflächenabdichtung in Kombination mit den Rekultivierungsmaßnahmen. Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG sind somit grundsätzlich einschlägig.

Ergänzend zu diesem Sachverhalt kam eine genetische Untersuchung der Mauereidechsenpopulation auf dem Deponiegelände zu dem Ergebnis, dass es sich bei der lokalen Mauereidechsenpopulation im Bereich der Deponie Gutenfurt um die zentralitalienische Unterart der Mauereidechse (*Podarcis muralis maculiventris*) handelt. Bei der lokalen Population handelt es sich somit um ein allochthones Vorkommen. Zum Sachverhalt allochthoner Mauereidechsen verweist die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg in der Veröffentlichungsreihe Naturschutz und Landschaftspflege in Baden-Württemberg in Band 77: Praxisorientierte Umsetzung des strengen Artenschutzes auf die direkte Gefährdung der heimischen Arten und Lebensräume durch die Anwesenheit allochthoner Vorkommen von Mauereidechsen und folgt somit der Einstufung von SCHULTE (2012), dass es sich bei den gebietsfremden Unterarten bzw. Linien der Mauereidechse in Baden-Württemberg um invasive Vorkommen handelt. Vor dem Hintergrund des invasiven Charakters der allochthonen Mauereidechse in Baden-Württemberg wird eine Umsiedlung des lokalen Vorkommens nicht nur als fachlich nicht sinnvoll, sondern eine Beseitigung zur Gefahrenabwehr bzw. zum Schutz heimischer Arten und Ökosysteme nach § 40 Abs. 3 sogar als rechtlich geboten erachtet.

Das allochthone Vorkommen der zentralitalienischen Mauereidechsen-Unterart im Vorhabensgebiet der Deponie Ravensburg-Gutenfurt bildet einen artenschutzrechtlichen Sonderfall. Konfliktsituationen wie diese, in der eine Art vermeintlichen Schutz im Sinne des strengen nationalen Artenschutzes genießt und gleichzeitig nach eben jenem nationalen Recht als zu beseitigende Gefahrenquelle für heimische Arten und Lebensräume auftritt, sind im Rahmen der nationalen Rechtsprechung zum Artenschutz (BNatSchG) nicht erfasst. Das BNatSchG bietet hierzu keine Lösung an, die juristische Einordnung ist nicht abschließend geklärt.

Während die Situation fachlich zwar unumstritten ist, so ist die rechtliche Bewertung (Schutzstatus) allochthoner Arten in Baden-Württemberg, in diesem Fall im Speziellen der südeuropäischen Mauereidechse, nach wie vor nicht abschließend geklärt. Vor diesem Hintergrund wird höchst vorsorglich eine formale Ausnahmegenehmigung gem. § 45 BNatSchG beantragt. Ausnahmegründe gemäß § 45 Abs. 7 Nr. 1 – 5 sowie der Nachweis fehlender zumutbarer Alternativen liegen vor (vgl. saP, Kap. 5). Das Populationsverschlechterungsverbot kommt aus Sicht des Antragsstellers in diesem speziellen Fall nicht zur Anwendung, da die in der Folge zu ergreifenden Maßnahmen unweigerlich zu einer Gefährdung der vorrangig geschützten heimischen Eidechsenpopulation führen würde.

### **Fazit:**

Im Fachbeitrag zur artenschutzrechtlichen Prüfung wurden die planungsrelevanten Arten auf die Einschlägigkeit von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG geprüft. Im Detail ergaben sich bei den Untersuchungen der für das Untersuchungsgebiet relevanten Arten unter Berücksichtigung der projektspezifischen Wirkungen und der zu ergreifenden Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen keine Erfüllung von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG für die Artgruppen Säugetiere (ohne Fledermäuse), Amphibien, Fische, Libellen, Käfer, Falter, Schnecken und Muscheln. Unter Einhaltung der konzipierten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen (vgl. Kap. 3) sind auch für die Artgruppe der Fledermäuse keine Verbotstatbestände einschlägig.

Die Mauereidechse stellt ein Spezialfall dar. Aufgrund von Unklarheiten bei der rechtlichen Bewertung (Schutzstatus) wird für sie höchst vorsorglich eine Ausnahme gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG beantragt. Die erforderlichen Ausnahmegründe liegen vor. Die Alternativenprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass keine zumutbaren Alternativen bestehen, die zu einer Vermeidung der (potentiellen) Verbotstatbestände führen. Das Populationsverschlechterungsverbot des § 45 BNatSchG kommt in diesem speziellen Fall nicht zur Anwendung, da dies eine Gefährdung der vorrangig geschützten heimischen Eidechsenpopulationen zur Folge hätte.

## 7 MÖGLICHKEITEN DER KOMPENSATION ERHEBLICHER UMWELTAUSWIRKUNGEN

Die rechtlichen Grundlagen bezüglich der Kompensation von Eingriffen sind im Bundesnaturschutzgesetz sowie im Baden-Württembergischen Naturschutzgesetz geregelt. Es werden hierbei auch die Belange des europäischen Gebiets- und Artenschutzes berücksichtigt.

Das Erfordernis zur Abarbeitung der Eingriffsregelung ist beim gegenständlichen Vorhaben nicht gegeben, da kein Eingriff in Natur und Landschaft gemäß § 14 BNatSchG vorliegt. Im Rahmen des Scoping-Termins zum Vorhaben 16.01.2020 wurde der Sachverhalt thematisiert und besprochen. Als Ausgangszustand kommen der genehmigte Endzustand der Deponie sowie der derzeitige Ist-Zustand in Frage. Die Vertreter des Landkreis Ravensburg vertreten die Auffassung, dass für die Bilanzierung der genehmigte Endzustand und für die Bearbeitung des Artenschutzes die aktuelle Ist-Situation heranzuziehen ist. Der Vertreter der Unteren Naturschutzbehörde des LRA Ravensburg (UNB) stimmt dem grundsätzlich zu. Eine juristische Abklärung erfolgte durch das Referat 54.2 (Industrie/Kommunen, Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft) mit dem Referat 55 (Naturschutz) des RPT. Das Ergebnis wurde im Ergebnisprotokoll über den Scoping-Termin gemäß § 5 UVPG zum Planfeststellungsverfahren für die Erweiterung der Deponie Ravensburg-Gutenfurt festgehalten. Die juristische Einordnung des Sachverhalts durch des Regierungspräsidiums Tübingen erfolgte am 03.06.2020 schriftlich durch das Referat 54.2:

*„Hinsichtlich der Eingriffsregelung kann der bisher genehmigte Endzustand als Ausgangspunkt für die Umweltprüfung herangezogen werden. Anderes gilt für den absolut geltenden Artenschutz. Hier ist zu jedem Zeitpunkt auf die aktuelle Situation abzustellen.“*

Für das gegenständliche Vorhaben ist somit der genehmigte Endzustand heranzuziehen ein Eingriff findet somit nicht statt. Die Eingriffsregelung muss daher nicht abgearbeitet werden.

Artenschutzrechtlich ist der aktuelle Ist-Zustand für die Beurteilung heranzuziehen. Die artenschutzrechtlichen Belange wurden im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (Anlage 3) abgearbeitet.

Damit für das Vorhaben keine erheblich nachteiligen Umweltwirkungen verbleiben, ist die Umsetzung von artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen zur Umsetzung von Anforderungen des speziellen Artenschutzes erforderlich:

- 1.1 V Zeitliche Beschränkung der Rodungsarbeiten unter Berücksichtigung der avifaunistisch sensiblen Zeiträume (Vogelschutzzeit)
- 1.2 V Zeitliche Beschränkung der Rodungsarbeiten unter Berücksichtigung der Fledermausfauna
- 2 V Maßnahmen zum Schutz der Fledermausfauna

## 8 VERGLEICH DER ALTERNATIVEN (FAKULATATIV WENN ALTERNATIVEN GEPRÜFT WERDEN)

Gemäß § 16 UVPG muss der UVP-Bericht eine Prüfung alternativer Standorte des Vorhabens, unter Angabe der wesentlichen Gründe für die getroffene Wahl sowie unter Berücksichtigung der jeweiligen Umweltauswirkungen, enthalten.

Für die Suche nach potentiell geeigneten alternativen Deponiestandorten der Deponieklasse II wurde das ortskundige Fachbüro Dr. Ebel & Co. Ingenieurgesellschaft für Geotechnik und Wasserwirtschaft mbH aus Bad Wurzach hinzugezogen. Die vollständige Standortalternativenprüfung ist der Anlage 1 des allgemeinen Erläuterungsberichtes in zu entnehmen.

Das Gutachterbüro recherchierte auf Basis eines abgestimmten Kriterienkatalogs die potentielle Eignung verschiedener Standorte im Landkreis Ravensburg. Neben den bestehenden Deponiestandorten Gutenfurt und Obermooweiler II kommen überwiegend bestehende Abgrabungen bzw. Abbaustätten in Frage. Die Rechercheergebnisse wurden anschließend in Standort-Steckbriefen zusammengefasst und dienten als Grundlage für die Bewertung der Standorte hinsichtlich ihrer Eignung als Deponiestandort. Insgesamt wurden die beiden bestehenden Deponiestandorte Gutenfurt und Obermooweiler II sowie 13 weitere potentielle Standorte näher geprüft.

1	Potentiell geeignete Standorte	2	Bestehende Deponiestandorte
1.1	Standort Kögel	2.1	Deponie Gutenfurt
1.2	Standort Knollengraben	2.2	Deponie Obermooweiler
1.3	Standort Grenis		
1.4	Standort Hintermoos		
1.5	Standort Schweineberg		
1.6	Standort Stöcklis		
1.7	Standort Weberholz		
1.8	Standort Eintürnen-Molpertshausen		
1.9	Standort Mennisweiler		
1.10	Standort Brugg (Arnach)		
1.11	Standort Tautenhofen		
1.12	Standort Haid		
1.13	Standort Hoßkirch		

Die 13 recherchierten Standorte und die beiden Deponiestandorte wurden mittels einer Bewertungsmatrix auf ihre Eignung als Deponiestandort überprüft. Die angesetzten Bewertungskriterien lassen sich dabei in grundlegende Kriterien gemäß DepV, Anhang 1, Ziff. 1.1, Nr. bis 5 sowie weitere bzw. ergänzende Bewertungskriterien einteilen. Eine negative Bewertung der Grundlegenden Bewertungskriterien kann unter Umständen dazu führen, dass ein Standort als nicht geeignet bewertet und daher von der weiteren Prüfung ausgeschlossen wird. Bei grundsätzlich positiver Bewertung werden die weiteren Bewertungskriterien geprüft. Die Kriterien sind im Folgenden aufgelistet:

Grundlegende Bewertungskriterien (nach DepV)
Geologische und hydrogeologische Randbedingungen des Standortes
Nähe zu besonders geschützten oder schützenswerten Flächen
Ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten
Gegebenenfalls bestehende Umweltgefahren
Ableitbarkeit des gesammelten Sickerwassers im freien Gefälle

Weitere Bewertungskriterien
Vornutzung des Deponiestandortes
Verfügbarkeit des Deponiegrundstückes
Verkehrstechnische Anbindung
Nutzbare allgemeine Infrastruktur am Standort
Nutzbare Infrastruktur zur Sickerwasserentsorgung am Standort
Nachsorgerückstellungen
Synergieeffekte mit bestehenden abfallwirtschaftlichen Einrichtungen
Nutzvolumen bzw. Grundfläche für Deponienerneubau
Lage zum Schwerpunkt des Abfallanfalls

Die jeweiligen Kriterien erfahren eine Bewertung die grundsätzlich gemäß der nachfolgenden 3-stufigen Bewertungsskala erfolgt:

Bewertung	Bewertung
Sehr gut	5 Punkte
Mittel	3 Punkte
Ungenügend	0 Punkte

Zudem erfolgt eine Gewichtung nach technisch-wirtschaftlichem Stellenwert des jeweiligen Kriteriums. Hierzu erfolgt eine Multiplikation der Punktzahl aus oben genannter Tabelle mit den folgenden Faktoren:

Stellenwert	Bewertung
Hoher Stellenwert	Faktor 3
Mittlerer Stellenwert	Faktor 2
Geringer Stellenwert	Faktor 1

Eine detaillierte Aufstellung aller Kriterien mit den jeweilig definierten Werteigenschaften, und dem entsprechenden Stellenwert bzw. Gewichtung des Kriteriums ist, wie auch die ausführliche Bewertungsmatrix und die Standort-Steckbriefe mit den ausführlichen Standortinformationen, der Anlage 1 der Standortalternativenprüfung des allgemeinen Erläuterungsberichts zu entnehmen.

Im Folgenden sind die geprüften Standorte mit ihrer jeweiligen Gesamtbewertung aufgelistet:

Nr.	Standorte	Bewertung
<b>1</b>	<b>Potentiell geeignete Standorte</b>	
1.1	<i>Standort Kögel</i>	<i>Ausschluss</i>
1.2	Standort Knollengraben	137 Punkte
1.3	<i>Standort Grenis</i>	<i>Ausschluss</i>
1.4	Standort Hintermoos	145 Punkte
1.5	<i>Standort Schweineberg</i>	<i>Ausschluss</i>
1.6	Standort Stöcklis	155 Punkte
1.7	Standort Weberholz	147 Punkte
1.8	Standort Eintürnen-Molpertshausen	138 Punkte
1.9	Standort Mennisweiler (Süd/Nord)	138/138 Punkte
1.10	<i>Standort Brugg (Arnach)</i>	<i>Ausschluss</i>
1.11	<i>Standort Tautenhofen</i>	<i>Ausschluss</i>
1.12	<i>Standort Haid</i>	<i>Ausschluss</i>
1.13	Standort Hoßkirch	125 Punkte
<b>2</b>	<b>Bestehende Deponiestandorte</b>	
2.1	Deponie Gutenfurt	225 Punkte
2.2	Deponie Obermooweiler II	207 Punkte



Das Ergebnis der Standortalternativenprüfung zeigt, dass die beiden bestehenden Deponiestandorte Ravensburg-Gutenfurt und Wangen-Obermooweiler gemäß ihrer Bewertung die am besten geeigneten Deponiestandorte darstellen. Dementsprechend sollen die beiden Standorte primär für die mittelfristige Sicherstellung der Abfallentsorgung des Landkreises Ravensburg genutzt werden.

Am Standort Gutenfurt kann durch eine Optimierung des Ablagerungsvolumens, eine effektivere Nutzung des bestehenden Deponiestandorts erreicht werden. Am Standort Obermooweiler kann dies durch die Wiederinbetriebnahme der Deponie Obermooweiler II erreicht werden.

In der Gesamtschau stellen die beiden bereits bestehenden Deponiestandorte unter den Gesichtspunkten der gesetzlich erforderlichen Standortbedingungen, welche in der DepV formuliert sind, sowie hinsichtlich weiterer wichtiger Gesichtspunkte somit die geeignetsten Standorte dar. Zudem stellen sie auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die beste Lösung für die Abfallentsorgung dar.

Die Alternativenprüfung des Standorts hat darüber hinaus gezeigt, dass im Landkreis Ravensburg viele Standorte existieren, welche (vorbehaltlich einer näheren Prüfung) nach einer vollständigen Verfüllung der Deponien Gutenfurt und Obermooweiler II grundsätzlich als Abfalldeponie in Frage kommen können.

Außerdem konnten bestimmte Standorte gänzlich ausgeschlossen werden. Darunter befinden sich die Standorte Kögel (1.1), Brugg (1.10), Tautenhofen (1.11) und Haid (1.12). Diese liegen jeweils in der Schutzzone IIIA eines Wasserschutzgebiets und befinden sich damit im Bereich besonders geschützter Flächen gemäß DepV, Anhang 1.1, Nr. 1. Als Deponiestandort sind sie daher grundsätzlich ungeeignet. Darüber hinaus ist der Standort Grenis (1.3) ein Nassabbau. Der erforderliche Grundwasserabstand gem. DepV kann dort nicht eingehalten werden. Eine Eignung als Deponiestandort ist somit ebenfalls nicht gegeben. Der Standort Schweineberg (1.5) ist weitgehend rekultiviert und eignet sich ebenfalls nicht als Deponiestandort.

## 9 ZUSAMMENFASSUNG

Das Entsorgungszentrum Gutenfurt im Landkreis Ravensburg soll aufgrund der weitgehenden Verfüllung der bestehenden Deponie erweitert werden. Träger ist der Landkreis Ravensburg. Pächter des Geländes und Betreiber der Anlage ist, seit 01.01.2005, die Ravensburger Entsorgungs-Anlagen GmbH (REAG). Der aktuelle Deponiebetrieb erfolgt auf der Grundlage des Plangenehmigungsbescheids des Regierungspräsidiums Tübingen (RPT) vom 13.12.2004.

Das Vorhaben ‚Erweiterung der Deponie Gutenfurt‘ unterliegt gemäß § 6 UVPG sowie § 7 UVPG in Verbindung mit Anlage 1 Nr.12.2.1 der UVP-Pflicht. Das Regierungspräsidium Tübingen – Referat 54.2 – Industrie/Kommunen, Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft ist als Planfeststellungsbehörde für das Planfeststellungsverfahren zuständig.

Im Rahmen dieses UVP-Berichtes sind die Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter „Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit“, „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt“, „Boden“, „Fläche“, „Wasser“, „Luft und Klima“, „Landschaft“ und „Kultur- und sonstige Sachgüter“ sowie die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Gemäß dem Feststellungsprotokoll zum Scoping-Termin (16.01.2020) sowie der juristischen Abklärung durch die höhere Naturschutzbehörde des Regierungspräsidiums Tübingen (03.06.2020) ist beim gegenständlichen Vorhaben kein Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) zu erstellen. Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) mit faunistischen Erhebungen ist dagegen erforderlich (Anlage 3). Die wesentlichen Aspekte des Vorhabens lassen sich wie folgt zusammenfassen:

### 1. Beschreibung des Vorhabens:

Auf der Deponie Gutenfurt werden sämtliche DK I- und DK II-Abfälle des Landkreises Ravensburg entsorgt. Auf Grund der fortgeschrittenen Verfüllung weist die Deponie zum Stand Ende 2019 lediglich noch ein geringes Restvolumen auf.

Zur mittelfristigen Sicherstellung der Entsorgungssicherheit für DK I- und DK II-Abfälle im Landkreis Ravensburg beabsichtigt der Landkreis das Ablagerungsvolumen am Standort Gutenfurt zu erhöhen. Die Volumenoptimierung soll primär durch die Versteilung von Böschungen, den Entfall von Bermen und die maßvolle Überhöhung der Deponie erreicht werden.

Die Volumenoptimierung der Deponie Gutenfurt bietet aufgrund des bereits weit fortgeschrittenen Verfüllzustands im DK I und DK II-Bereich die Möglichkeit, den Standort zu sichern und weiterhin Deponieraum vorzuhalten. Zudem wird, bedingt durch die Mantelverordnung eine Zunahme der DK I-Mengen erwartet. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass die Entsorgungssicherheit für z.B. DK I-Abfälle in Baden-Württemberg nur noch knapp gegeben ist. (AU CONSULT 2020)

## 2. Bereiche mit besonderer umweltbezogener Bedeutung / Konfliktschwerpunkte:

Bei der Erweiterung der Deponie Gutenfurt ergeben sich keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt. Im Rahmen der Durchführung der Raumanalyse und der Ermittlung des Raumwiderstandes ergibt sich für das Deponiegelände, aufgrund des naturschutzfachlich nur geringwertigen Areals, durchgehend die Raumwiderstandsklasse III. In den Randarealen finden sich zwar Bereiche der Raumwiderstandsklasse II dies basiert auf der Bodenkarte 1:50.000, deren kleiner Erfassungsmaßstab keine besonders präzisen Abgrenzungen zulässt. Dieser Klasse ebenfalls zuzuordnen sind wenige Kleinstflächen, ebenfalls im Randbereich der Deponie. Dabei handelt es sich um Trockenmauern die gemäß dem Schlüssel zum Erfassen, Beschreiben und Bewerten von Arten, Biotope und Landschaft der LUBW ab einer Mindesthöhe von 0,5 m und einer Mauerfläche von 2 m<sup>2</sup> als gesetzlich geschützte Biotope nach § 33 NatSchG gelten.

Darüber hinaus existieren im Bereich des Deponiegeländes keine Areale mit besonderer umweltbezogener Bedeutung (Raumwiderstandsklasse I). Konfliktschwerpunkte, die aus der Überlagerung mehrerer besonders wertgebender Strukturen heraus entstehen, ergeben sich nicht.

## 3. Alternativenprüfung

„Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens ist eine Standort-Alternativenprüfung durchzuführen. Dabei ist zu untersuchen, ob im Landkreisgebiet andere Standorte vorhanden sind, die unter Abwägung sämtlicher relevanter Kriterien als Deponiestandorte ebenso oder besser geeignet sind, als die vom Landkreis geplanten Deponievorhaben. Für die Recherche von potentiell geeigneten Deponiestandorten für eine Deponie der Deponieklasse II im Landkreis Ravensburg wurde das ortskundige Fachbüro Dr. Ebel & Co. Ingenieurgesellschaft für Geotechnik und Wasserwirtschaft mbH aus Bad Wurzach eingeschaltet.

Als alternative Standorte zu den Deponien Gutenfurt und Obermooweiler II kommen im Wesentlichen bestehende Abgrabungsflächen in Frage. In der Folge wurden die aktiven Abbaustätten im Landkreis Ravensburg anhand der Karte mineralischer Rohstoffe 1:50.000 (KMR50) ausgewertet. Auf der Basis eines abgestimmten Kriterienkatalogs recherchierte das Gutachterbüro geeignete Standorte und stellte Informationen über die potentiell geeigneten Standorte in Form von Standort-Steckbriefen zur Verfügung.

Die Bewertung der verschiedenen Standorte erfolgte auf der Basis von geeigneten Bewertungskriterien. Neben den ggf. ausschließenden Kriterien gemäß Anhang 1 Ziffer 1 der Deponieverordnung wurden noch weitere wichtige Kriterien für die Standortauswahl miteinbezogen. Auf der Grundlage eines überwiegend dreistufigen Beurteilungsschemas wurden potentiell geeignete sowie bestehende Deponiestandorte im Landkreis Ravensburg geprüft und bewertet.

Die Standortalternativenprüfung hat gezeigt, dass sich die Standorte Gutenfurt und Obermooweiler als Deponiestandorte besonders geeignet sind. Es handelt sich dabei zudem um die einzigen Standorte, die bereits als Deponien genutzt werden bzw. wurden. Durch eine Optimierung des Ablagerungsvolumens auf der Deponie Gutenfurt und eine Wiederinbetriebnahme der Deponie Obermooweiler II kann eine effektive Nutzung der bestehenden Deponiestandorte erreicht werden. Im Vergleich zu einem neuen Deponiestandort stellen die Volumenoptimierung der Deponie Gutenfurt und die Wiederinbetriebnahme der Deponie Obermooweiler II zudem die wirtschaftlichsten Lösungen für die Abfallentsorgung dar.“ (AU CONSULT 2020)

#### 4. Vermeidung und Verminderung von erheblichen Umweltauswirkungen

Um Umweltauswirkungen zu vermindern, wurden beim Projektentwurf zur Einhaltung der gesetzlichen Standards hierzu Maßnahmen integriert:

- Vermeidungsmaßnahmen im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung
- Optimierte Lage durch eine ausschließlich vertikale Deponieerweiterung

Darüber hinaus bestehen durch die Plangenehmigung vom 13.12.2004 unter anderem verbindliche Vorgaben zu folgenden Aspekten:

- Herstellung einer Basis-, Zwischen- und Oberflächenabdichtung
- Rekultivierung der Deponieoberfläche
- Wiederaufforstung der Deponie zur Einbindung in die Umgebung
- Ableitung des Sickerwassers und Sammlung in Sickerwasserbecken
- Sickerwassererfassung und -beprobung
- Betreiben einer Deponiegasanlage im Hausmüllbereich
- Erstellen einer Wasserhaushaltsbilanz

#### 5. Schwerpunkte der Umweltauswirkungen

Durch das Vorhaben lassen sich grundsätzlich bau-, anlage- und betriebsbedingte Umweltauswirkungen unterscheiden. Beim gegenständlichen Vorhaben existieren jedoch keine baubedingten Wirkungen, da keine Baumaßnahmen im eigentlichen Sinne erforderlich sind (RPT 2020). Ein Baubetrieb entsteht erst bei der Installation der Oberflächenabdichtung, die dem Grunde nach bereits genehmigt ist. Die unter Umständen erforderliche Sanierung des Sickerwassersammelsystems kann, sofern diese erforderlich ist, vom bisherigen Geräuschniveau abweichen und so zusätzlichen Baulärm verursachen. Ein Geräuschpegel in umwelterheblichem Ausmaß ist jedoch nicht zu erwarten.

Erhebliche betriebsbedingte Umweltauswirkungen entstehen nicht, da diese in ihrem qualitativen Ausmaß nicht vom bereits genehmigten Niveau abweichen. Betriebsbedingte Wirkungen entstehen somit lediglich in Rahmen einer zeitlichen Streckung bereits bestehender betriebsbedingter Wirkungen. Eine Umwelterheblichkeit ergibt sich daraus aber nicht.

Anlagebedingte Auswirkungen existieren beim gegenständlichen Vorhaben aufgrund des hochgradig anthropogen veränderten und technogen überprägten Vorhabensbereichs in äußerst geringem und somit unerheblichem Umfang.

Beim Schutzgut Mensch findet aufgrund der großen Entfernung zu den nächstgelegenen Siedlungsflächen (inklusive siedlungsnahen Freiräumen und Naherholungsflächen) keine Beeinträchtigung statt.

Bei den Schutzgütern Boden/Fläche kommt es zu keinen Funktionsverlusten und oder einer dauerhaften Flächeninanspruchnahme, da keine natürlichen Bedingungen mehr für den Bodenstandort vorhanden sind und keinerlei zusätzliche Flächeninanspruchnahme stattfindet.

Für das Schutzgut Wasser sind die für den Betrieb der Deponie notwendige Ableitungen und Sammelsysteme für anfallende Wasser bereits vorhanden. Diese sind ausreichend bemessen und müssen daher, aus Gründen der Dimensionierung, nicht ergänzt oder erweitert werden.

Beim Schutzgut Landschaft entsteht ebenfalls keine Beeinträchtigung, da der neue Hochpunkt der Deponie innerhalb der bereits genehmigten Höhenausdehnung der Planfeststellung vom 29.02.1984 liegt.

Eine Beeinträchtigung des Schutzguts Klima/Luft findet nicht statt.

Kultur- und Sachgüter werden nicht beeinträchtigt. Der bestehende Deponiekörper, als Sachgut, wird erweitert.

Das Schutzgut Arten, Biotope und biologische Vielfalt unterliegt ebenfalls keiner umwelterheblichen Beeinträchtigung. Die gesetzlich geschützten Biotope am Rand des Deponiekörpers unterliegen im Rahmen des Vorhabens keiner Einwirkung. Erst im Rahmen der bereits genehmigten Oberflächenabdeckung könnte es unter Umständen zu einer (temporären) Betroffenheit kommen. Darüber hinaus entstehen potentielle Beeinträchtigungen von planungsrelevanten Tierarten. (Die Mauereidechse gilt dabei nicht als planungsrelevante Tierart, vgl. spezielle artenschutzrechtliche Prüfung, Anlage 3). Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag kommt aber zu dem Ergebnis, dass sich bei höchst vorsorglicher Durchführung von artenschutzrechtlichen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen bei keiner der planungsrelevanten Arten Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG zu erwarten sind.

#### 6. Kompensation von erheblichen Umweltauswirkungen

Nachdem es sich beim gegenständlichen Vorhaben um die Erweiterung einer bereits genehmigten Deponie handelt, ist nach Ansicht des Antragstellers der genehmigte Endzustand als Beurteilungsbasis für die potentiell entstehenden Eingriffe heranzuziehen. Umweltauswirkungen sind dementsprechend nur dann als vorhabensrelevant anzusehen, wenn sie vom genehmigten Sachstand abweichen. Das betrifft sowohl bau-, betriebs- als auch anlagebedingte Wirkungen. Diese Ansicht wurde im Rahmen der Antragskonferenz vom 16.01.2020 sowie durch eine juristische Abklärung durch die höhere Naturschutzbehörde am 03.06.2020 bestätigt. Vor diesem Hintergrund kann kein Eingriff festgestellt und somit auch keine Kompensation bemessen werden.

## 10 LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

### 10.1 Gesetze und Richtlinien

BauGB	Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) geändert worden ist
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465) geändert worden ist
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist
BWaldG	Bundeswaldgesetz vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Januar 2017 (BGBl. I S. 75) geändert worden ist
DepV	Deponieverordnung vom 27. April 2009 (BGBl. I S. 900), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 3005) geändert worden ist
DSchG	Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale (Denkmalschutzgesetz - DSchG) in der Fassung vom 6. Dezember 1983; letzte berücksichtigte Änderung: § 3 geändert durch Artikel 37 der Verordnung vom 23. Februar 2017 (GBl. S. 99, 104)
FFH-RL	Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie)
LAbfG	Gesetz zur Neuordnung des Abfallrechts für Baden-Württemberg (Landesabfallgesetz - LAbfG) Vom 14. Oktober 2008 (GBl. Nr. 14, S. 370) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (GBl. Nr. 23, S. 802) in Kraft getreten am 24. Dezember 2009
LBodSchAG	Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz - LBodSchAG) Vom 14. Dezember 2004; letzte berücksichtigte Änderung: § 6 geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (GBl. S. 809, 815)
NatSchG	Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft (Naturschutzgesetz - NatSchG) vom 23. Juni 2015; letzte berücksichtigte Änderung: mehrfach geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.11.2017 (GBl. S. 597, ber. S. 643, ber. 2018, S. 4)
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 117 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist
UVPVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV) vom 18.09.1995 (GMBI. S. 671)
VS-RL	Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutzrichtlinie)
WHG	Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 253 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist
WRR-RL	Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik

## 10.2 Literatur / Quellen

- AU CONSULT GMBH (2020):** Volumenoptimierung Deponie Gutenfurt - Planfeststellungsantrag
- GEMEINDEVERBAND MITTLERES SCHUSSENTAL (2018):** Gemeinsamer Flächennutzungsplan; Aktueller Übersichtsplan aller rechtswirksamen Darstellungen; Planfassung vom 21.04.2018
- EGER & PARTNER, (2018):** Kartierung der Biotop- und Nutzungstypen (gem. Arten, Biotope Landschaft - Schlüssel zum Erfassen, Beschreiben, Bewerten sowie der ÖKVO)
- EGER & PARTNER, (Stand 2020):** Unterlagen zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung
- LANDESAMT FÜR GEOLOGIE, ROHSTOFFE UND BERGBAU BADEN-WÜRTTEMBERG (2020):** Geologische Karte 1:50.000 (GeoLa GK50); Zuletzt abgerufen am 13.07.2020; Link: <https://maps.lgrb-bw.de/>
- LANDESAMT FÜR GEOLOGIE, ROHSTOFFE UND BERGBAU BADEN-WÜRTTEMBERG (2020):** Bodenkarte 1:50.000 (GeoLa GK50); Zuletzt abgerufen am 13.07.2020; Link: <https://maps.lgrb-bw.de/>
- LANDESAMT FÜR GEOLOGIE, ROHSTOFFE UND BERGBAU BADEN-WÜRTTEMBERG (2020):** Hydrogeologische Karte 1:50.000 (GeoLa HK50); Zuletzt abgerufen am 13.07.2020; Link: <https://maps.lgrb-bw.de/>
- LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG – LUBW (2009):** Arten, Biotope, Landschaft – Schlüssel zum Erfassen, Beschreiben, Bewerten; 4. Auflage, Karlsruhe
- LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG – LUBW (2010):** Verordnung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr über die Anerkennung und Anrechnung vorzeitig durchgeführter Maßnahmen zur Kompensation von Eingriffsfolgen (Ökokonto-Verordnung – ÖKVO) vom 19. Dezember 2010
- LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG – LUBW (2010):** Naturräume Baden-Württembergs – Naturräume in den Gemeinden Baden-Württembergs
- LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNG UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2014):** Naturschutz und Landschaftspflege Baden-Württemberg; Band 77; Praxisorientierte Umsetzung des strengen Artenschutzes am Beispiel von Zaun- und Mauereidechsen; Hubert Laufer; S. 128 ff.
- LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG – LUBW (o. D.):** Naturraumsteckbrief: Naturraum Bodenseebecken (Nr.: 31)
- RAVENSBURGER ENTSORGUNGSANLAGEN GESELLSCHAFT MBH - REAG; KANZLEI SONDEMANN, RECHTSANWÄLTE (2004):** Abfallrechtliche Plangenehmigung für den Weiterbetrieb und für die Sicherung der Deponie Gutenfurt des Landkreises Ravensburg
- REGIONALVERBAND BODENSEE-OBERSCHWABEN (1996):** Regionalplan Bodensee-Oberschwaben; Nach der Verbindlicherklärung vom 4. April 1996
- REGIONALVERBAND BODENSEE-OBERSCHWABEN (2003):** Regionalplan Bodensee-Oberschwaben; Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe 2003; Verbindlicherklärung durch das Wirtschaftsministerium Baden-Württembergs vom 26. August 2003

**REGIONALVERBAND BODENSEE-OBERSCHWABEN (2018):** Regionalplan Bodensee-Oberschwaben; Änderung des Regionalplans durch Neuabgrenzung der Regionalen Grünzüge im östlichen Uferbereich des Bodensees; Entwurf zur 2. Anhörung gem. Beschluss der Verbandsversammlung vom 14. Dezember 2018

**REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN (2020):** Ergebnisprotokoll über den Scoping-Termin gemäß § 5 UVPG zum Planfeststellungsverfahren für die Erweiterung der Deponie Ravensburg-Gutenfurt.

**SCHULTE, U.; VEITH M.; HOCHKIRCH A. (2012):** Rapid genetic assimilation of native wall lizard populations (*Podarcis muralis*) through extensive hybridization with introduced lineages; *Molecular Ecology*; 21: 4313–4326.

**TOPOGRAPHIC MAP (2020):** Topografische Karte Baden-Württemberg, Höhe, Relief; Zuletzt abgerufen am 13.07.2020; Link: <https://de-de.topographic-map.com/maps/p4yx/Baden-W%C3%BCrttemberg>

### 10.3 Gutachten

**BERGHOF - PBU UMWELTENGINEERING UND ANALYTIK GMBH (1997):** Hydrogeologische Untersuchungen HMD – „Gutenfurt“; Abschlussbericht vom 27.05.1997

**HARTMANN, P. (2020):** Erweiterung der Mülldeponie Gutenfurt Lkr. Ravensburg – Faunistisches Gutachten. August 2020

**IMA RICHTER & RÖCKLE GMBH & Co. KG (2016):** Prognose der Geruchsimmissionen im geplanten Gewerbegebiet `Karrer Nord und Karrer Ost´ - Entwurf 31.10.2016;